

7. DATENAUSTAUSCH MIT DEM BUNDESZENTRALAMT FÜR STEUERN (§ 139B AO)



OSCI® ist eine registrierte Marke
der Freien Hansestadt Bremen

7.1 Ausgangssituation und Zielsetzung

Durch den § 139a AO wird das Bundeszentralamt für Steuern (BZSt) verpflichtet, jedem Steuerpflichtigen ein *Identifikationsmerkmal zum Zweck der Identifizierung in Besteuerungsverfahren* zuzuteilen.¹ Dieses ist bundesweit eindeutig und wird dem Steuerpflichtigen dauerhaft zugeordnet. Bei den Steuerpflichtigen wird unterschieden zwischen „*wirtschaftlich Tätigen*“ (diese erhalten eine Wirtschafts-Identifikationsnummer), und natürlichen Personen, für die „*Identifikationsnummern*“ vergeben werden. Das Identifikationsmerkmal besteht aus einer Ziffernfolge, die nicht aus anderen Daten über den Steuerpflichtigen gebildet oder abgeleitet werden darf. Es ist bei Anträgen, Erklärungen oder Mitteilungen gegenüber Finanzbehörden anzugeben. Da grundsätzlich jede natürliche Person im Inland steuerpflichtig ist, muss jedem der mehr als 80 Millionen Bundesbürger eine solche Identifikationsnummer (IdNr) zugeteilt werden.

Das BZSt ist beauftragt, eine Datenbank (im folgenden BZSt-Datenbank) aufzubauen, die für alle Steuerpflichtigen die gesetzlich festgelegten Daten enthält (§ 139b Abs. 3 AO). Eindeutiges Kennzeichen ist die genannte IdNr. In der BZSt-Datenbank wird für jeden Steuerpflichtigen ein Teil der Daten gespeichert, die auch in den Melderegistern zu finden sind, siehe § 139b Abs. 6 i. V. m. Abs. 3 AO). Die Daten dürfen ausschließlich für die in § 139b Abs. 4 AO genannten Zwecke genutzt werden, jede darüber hinaus gehende Nutzung ist untersagt (§ 139b Abs. 5 AO).

Tabelle 7-1: Datenfelder in der BZSt-Datenbank für natürliche Personen

Nr.	Inhalt	MRRG	XMeld (ggf. Rolle)
1	Identifikationsnummer	§ 2 Abs. 2 Nr. 7	SteuerIdentifikation
2	Wirtschafts-Identifikationsnummer	<i>Wird im Melderegister nicht gespeichert; ist nicht Gegenstand der Datenübermittlung zwischen Meldebehörden und dem BZSt.</i>	
3	Familienname	§ 2 Abs. 1 Nr. 1	NameNatuerlichePerson (Familienname, Ehepartner, Lebenspartner)
4	Frühere Namen	§ 2 Abs. 1 Nr. 2	NameNatuerlichePerson (Geburtsname)
5	Vornamen	§ 2 Abs. 1 Nr. 3	NameNatuerlichePerson (Vornamen, Rufname)
6	Doktorgrad	§ 2 Abs. 1 Nr. 4	NameNatuerlichePerson (Doktorgrad)
8	Tag und Ort der Geburt	§ 2 Abs. 1 Nr. 6	Geburt

1. Diese Datenübermittlung erfolgt auch für alle Personen, die im Melderegister geführt werden, obwohl sie nicht meldepflichtig sind

Nr.	Inhalt	MRRG	XMeld (ggf. Rolle)
9	Geschlecht	§ 2 Abs. 1 Nr. 7	Geschlecht
10	gegenwärtige oder letzte bekannte Anschrift	§ 2 Abs. 1 Nr. 12	Wohnung bzw. Anschrift (siehe unten)
11	Tag des Ein- und/oder Auszugs, Datum des Wohnungsstatuswechsels	§ 2 Abs. 1 Nr. 13	Wohnung bzw. Anschrift (siehe unten)
12	Übermittlungssperre	§ 2 Abs. 1 Nr. 18	Auskunftssperre
13	zuständige Finanzämter	<i>Wird im Melderegister nicht gespeichert; ist nicht Gegenstand der Datenübermittlung zwischen Meldebehörden und dem BZSt.</i>	
14	Sterbetag	§ 2 Abs. 1 Nr. 19	Tod

Die Meldebehörden haben dem BZSt für Zwecke der erstmaligen Zuteilung der IdNr die initialen Daten der in ihren Melderegistern geführten Einwohner mitzuteilen (§ 139b Abs. 6 Satz 1 AO). Dabei wird unter Meldebehörde in diesem Kapitel grundsätzlich die Meldebehörde der Haupt- oder alleinigen Wohnung verstanden. Die Meldebehörde einer Nebenwohnung kommuniziert nicht mit dem BZSt.

Das BZSt teilt jedem Steuerpflichtigen eine IdNr zu und übermittelt diese den Meldeämtern zur Speicherung im Melderegister (§ 139b Abs. 6 AO).

Die Meldebehörden sind verpflichtet, Änderungen der Daten nach § 139b Abs. 7 AO in Verbindung mit § 5c 2. BMeldDÜV dem BZSt mitzuteilen. Auf diese Weise soll sichergestellt werden, dass die Datenbestände zwischen den dezentral geführten Melderegistern und der BZSt-Datenbank konsistent sind und bleiben. Es ist von einer Größenordnung von über 10 Mio. Geschäftsvorfällen pro Jahr auszugehen.

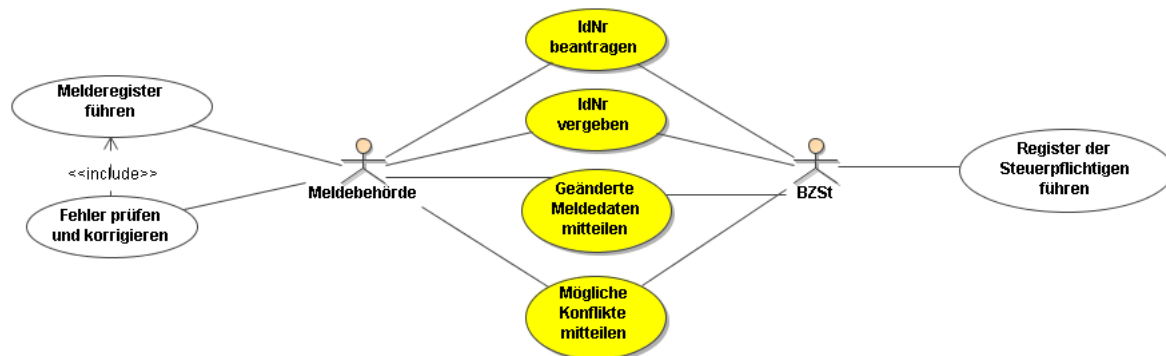
Sofern bei der Übermittlung von Daten zwischen Meldebehörden und BZSt Probleme oder Fehler bezüglich der IdNr von Betroffenen auftreten, sind die Regularien des § 4a MRRG zu beachten:

(1) Ist das Melderegister unrichtig oder unvollständig, hat es die Meldebehörde von Amts wegen zu berichtigen oder zu ergänzen (Fortschreibung). Von der Fortschreibung sind unverzüglich diejenigen Behörden oder sonstigen öffentlichen Stellen zu unterrichten, denen im Rahmen regelmäßiger Datenübermittlungen unrichtige oder unvollständige Daten übermittelt worden sind.

(2) Liegen der Meldebehörde bezüglich einzelner oder einer Vielzahl namentlich bekannter Einwohner konkrete Anhaltspunkte für die Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit des Melderegisters vor, hat sie den Sachverhalt von Amts wegen zu ermitteln.

(3) Die in Absatz 1 Satz 2 genannten Stellen, soweit sie nicht Aufgaben der amtlichen Statistik wahrnehmen oder öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften sind, haben die Meldebehörden unverzüglich zu unterrichten, wenn ihnen konkrete Anhaltspunkte für die Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit übermittelter Daten vorliegen. Sonstige öffentliche Stellen, denen auf deren Ersuchen hin Meldedaten übermittelt worden sind, dürfen die Meldebehörden bei Vorliegen solcher Anhaltspunkte unterrichten. Absatz 2 bleibt unberührt. Gesetzliche Geheimhaltungspflichten, insbesondere das Steuergeheimnis nach § 30 der Abgabenordnung, und Berufs- oder besondere Amtsgeheimnisse stehen der Unterrichtung nach Satz 1 und 2 nicht entgegen, soweit sie sich auf die Angabe beschränkt, dass konkrete Anhaltspunkte für die Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit übermittelter Daten vorliegen.

Insgesamt ergeben sich die in [Bild 7-1](#) dargestellten Verantwortlichkeiten, wobei die farblich unterlegten UseCases Bestandteil dieser Spezifikation sind.

Bild 7-1 Akteure und Verantwortlichkeiten der Datenübermittlung nach § 139a AO

Dieses Dokument beschreibt die für die Kommunikation zwischen Meldebehörden und BZSt anzuwendenden Prozessmodelle und Nachrichten. Es werden alle in § 139b AO genannten Geschäftsvorfälle unterstützt. In diesem Sinne ist dieses Kapitel der OSCI-XMeld Spezifikation vollständig.

Es muss an dieser Stelle jedoch darauf hingewiesen werden, dass die hier beschriebene Datenübermittlung neu ist. Im Unterschied zu den meisten anderen Kapiteln der OSCI-XMeld Spezifikation, in denen es „nur“ darum geht, bestehende Datenübermittlungen zu standardisieren, sind die hier beschriebenen Geschäftsvorfälle *alle neu zu etablieren*. Es besteht daher noch keine Erfahrung mit den Auswirkungen in der Praxis.

7.1.1 Vermeidung der Durchbrechung des Prinzips der Einheitlich- und Dauerhaftigkeit

Die Konsistenz der BZSt-Datenbank und der dezentral geführten Melderegister wird durch die Führung und Übermittlung der bei den Meldebehörden gespeicherten IdNrn gewährleistet. Diese IdNrn wandern bei einem Umzug des Einwohners innerhalb Deutschlands mit.

Aufgrund der derzeitigen Rechtslage (§ 10 Abs. 2 MRRG) hat die Meldebehörde bei einem Verzug des Einwohners ins Ausland oder nach unbekannt jedoch die IdNr „unverzüglich“ zu löschen.¹ Damit wäre bei einem erneuten Zuzug dieses Einwohners aus dem Ausland oder von unbekannt diese Information nicht mehr vorhanden und es müsste eine Neubeantragung der IdNr beim BZSt durchgeführt werden. Grundsätzlich würde hier ein erneuter Prüfungsmechanismus einsetzen, der zum einen eine eigentlich vermeidbare Dublettenprüfung hervorbrächte, zum anderen aber auch die doppelte Anlage ein- und desselben Steuerpflichtigen in der BZSt-Datenbank zur Folge haben könnte. Neben einem erhöhten Aufwand für die Melde- und Finanzbehörden widerspräche dies dem Grundsatz der Einheitlichkeit und der Dauerhaftigkeit der Vergabe der IdNr.

Aus diesem Grund wird folgende Regelung getroffen:

Aufgrund der derzeitigen Rechtslage (§ 10 Abs. 2 MRRG) hat die Meldebehörde nach dem Wegzug und der Auswertung der Rückmeldung oder dem Tod einer Person verschiedene Daten unverzüglich zu löschen. Zu diesen Daten zählen auch das VBM und die IdNr.

Vor dem Hintergrund der bestehenden Gefahr des unwiederbringlichen Datenverlustes durch automatisierte Prozessabläufe scheint es vertretbar, wenn die Datenlöschung mit einem gewissen Zeitverzug nach Versendung der Rückmeldungsauswertungsnachricht 0203 erfolgt. Hintergrund dafür ist, dass die an das BZSt übersandte Nachricht 0504 dort auch bestimmte Prüfungsprozesse durchläuft und die Mitteilung eines eventuellen Konflikt- oder Problemfalls ebenfalls mit Zeitverzug bei der Meldebehörde eintreffen kann. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass der Betroffene an der Klärung eines derartigen Falles nur beteiligt werden kann, wenn er bereits einmal eine IdNr erhalten hat.

1. Aus der Begründung der TaskForce vom 11.12.2006 zu dieser Sachlage: „Die Problemstellung soll im Rahmen der Vorarbeiten für ein Bundesmeldegesetz aufgegriffen und vertieft erörtert werden.“

Die Frist für das jeweilige Lösungsgebot ist auf Landesebene festzulegen.

7.2 Übersicht über den Ablauf

In dieser Übersicht über den Ablauf werden die wesentlichen Entwurfsentscheidungen und Prinzipien dargestellt, anhand derer die Abläufe und Nachrichten entworfen worden sind.

7.2.1 Meldebehörden sind führende Systeme

Gemäß § 139b AO übermitteln Meldebehörden Daten der Betroffenen an das BZSt, damit initial eine IdNr zugeordnet wird. Bei anschließenden Änderungen an den Daten des Betroffenen informiert die zuständige Meldebehörde das BZSt, damit die Änderungen auch im Register der Steuerpflichtigen nachgezogen werden. Damit ist klar, dass die Meldebehörden gegenüber dem BZSt die *“führenden Systeme”* sind.

In dem Design der Prozessmodelle und Nachrichten wirkt sich das so aus, dass das BZSt grundsätzlich die von den Meldebehörden übermittelten Anforderungen (*“IdNr vergeben!”*, *“Daten ändern!”*) durchzuführen hat, wenn die Nachricht nicht offensichtlich fehlerhaft ist. Die Möglichkeiten der Plausibilitätsprüfung auf Seiten des BZSt sind nach jetzigem Kenntnisstand sehr begrenzt. Trotzdem wird das BZSt aktiv gegenüber und mit den Meldebehörden tätig werden. Dies ist in zwei Konstellationen denkbar bzw. erforderlich:

1. Stellt das BZSt im Rahmen einer Anforderung einer IdNr mittels eines Datenabgleiches in der BZSt Datenbank fest, dass es bereits Datensätze mit (fast) identischen persönlichen Daten gibt, so könnte dies auf eine *“Dublette”* hindeuten. Der Betroffene wäre irrtümlich in mehr als einer Gemeinde mit Haupt- oder alleiniger Wohnung gemeldet. Das BZSt vermutet einen Fehler in den Melderegistern und bittet bei der Erstvergabe die involvierten Meldebehörden bzw. die Meldebehörde, die im laufenden Betrieb eine IdNr beantragt, unter Bezug auf § 4a MRRG um Klärung von Amts wegen. Dies ist im [Abschnitt 7.2.3 auf Seite 423](#) näher erläutert.

Das Entwurfsprinzip (*“Meldebehörden sind führende Systeme”*) wird also dahingehend *erweitert*, dass das BZSt die betroffene(n) Meldebehörde(n) auffordern kann ihre Anforderung noch einmal zu überprüfen. Als Ergebnis der Prüfung teilen die betroffenen Meldebehörden unabhängig voneinander mit, ob sie für die jeweilige Person zuständig sind oder nicht. Teilen alle Meldebehörden die Zuständigkeit mit, so handelt es sich nicht um eine Dublette.

2. Noch nicht geklärt ist der Fall, dass sich im laufenden Betrieb (evtl. lange) nach der Vergabe von IdNr auf Seiten der Meldebehörde herausstellt, dass eine Person (unabhängig davon, ob sie identisch ist mit einer anderen Person oder nicht) zu Unrecht im Melderegister gespeichert wird. Hier kann einer entsprechenden Aufforderung der Meldebehörde zur Löschung des Datensatzes und der dazu gehörenden IdNr im Regelfall nicht sofort Folge geleistet werden, da Seiteneffekte auf Seiten der Finanzressorts erst geklärt werden müssen. Hierzu sind – vor allem auf Seiten des BZSt – noch weitere Überlegungen notwendig, um Inkonsistenzen zwischen Melderegistern und BZSt auszuschließen.

7.2.2 Die Vergabe der Identifikationsnummern

Die erstmalige Zuteilung der IdNr an mehr als 80 Millionen in Deutschland gemeldete Personen wird nicht in wenigen Tagen zu erledigen sein. Dagegen spricht zum einen die erhebliche Datenmenge, die aus mehreren tausend dezentralen Melderegistern an eine zentrale Stelle zu übermitteln ist. Vor allem aber ist ein Konsolidierungsbedarf in erheblichem Umfang zu erwarten. Durch das Zusammenführen von bisher ausschließlich dezentral gespeicherten Daten an einer zentralen Stelle wird es zu Fällen kommen, in denen vermutete Unrichtigkeiten in Melderegistern von Amts wegen zu klären sind. Wir gehen daher von einer relativ langen *“Konsolidierungs- und Aufbauphase (Erstvergabe)”* für die BZSt-Datenbank aus. Nach jetzigem Kenntnis- und Planungsstand wird sie im Oktober 2007 beginnen und mehrere Monate in Anspruch nehmen. Sobald diese Phase beendet ist (wenn also für einen hinreichend großen Anteil an Betroffenen die IdNr ggf. nach Klärung vergeben worden ist), wird sie durch den *“Produktivbetrieb”* abgelöst. In [Tabelle 7-2 auf Seite 421](#) ist dargestellt, wie nach jetziger Planung der zeitliche Ablauf sein wird:

Tabelle 7-2: Einführung der Datenübermittlung nach § 139b AO

Zeitpunkt	Aktivität	Status
01.01.2007	Erprobung Nachrichtenaustausch zwischen Meldebehörden und BZSt mit ausgewählten Meldebehörden Auswertung Testergebnisse Dublettenermittlung aus 2006	erledigt
30.06.2007T24:00:00	Vergabe des vorläufigen Bearbeitungsmerkmals (VBM) durch alle Meldebehörden	erledigt
01.07.2007T00:00:00	Beginn der Lieferung (Erstübermittlung Nachricht datenuebermittlung.anforderungidnr.0500) der Meldebehörden an das BZSt Veränderung bez. Daten nach § 139b AO (Nachrichten 0502, 0504, 0506, 0507, und 0510) werden ab sofort ebenfalls an das BZSt übermittelt BZSt übermittelt Nachricht 0508 (Fehlernachrichten) an Meldebehörden	erledigt
31.07.2007	Alle Meldebehörden müssen die Erstübermittlung abgeschlossen haben.	erledigt
15.11.2007	BZSt-seitig sind die Erstübermittlungen vollständig in der Datenbank.	erledigt
Dezember 2007	BZSt/ZIVIT startet den Prozess zur Dublettenermittlung.	erledigt
ab Juli 2008	Das BZSt versendet Konfliktnachrichten (0505) und die Meldebehörden beginnen mit der Bereinigung (Konsolidierung) der Melderegister.	erledigt
ab August 2008	Das BZSt teilt Meldebehörden und betroffenen Personen die IdNr mit. Das laufende Verfahren beginnt.	erledigt

Nach jetzigem Kenntnisstand unterscheiden sich die Prozesse in den beiden Phasen “*Erstvergabe*” und “*laufender Betrieb*”. Diesen Sachverhalt werden wir in [Abschnitt 7.3 auf Seite 424](#) weiter detaillieren.

7.2.2.1 Prüzfifferberechnung für die IdNr nach § 139b AO

Die Identifikationsnummer (IdNr) besteht aus einer elfstelligen Ziffernfolge, die elfte Stelle ist eine Prüzfiffer. Betrachtet man die IdNr ohne Prüzfiffer, dann kommt immer eine der zehn Ziffern zweimal vor (obligatorische Ziffernwiederholung). Die restlichen acht Ziffern sind jeweils einmal enthalten. Die erste Stelle der IdNr wird nie mit der Ziffer 0 belegt. Aus organisatorischen Gründen werden für einen Übergangszeitraum von mindestens 3 Jahren auch die Ziffern 1, 2 und 3 auf der ersten Stelle nicht vergeben.

Beispiele:

IdNr ohne Prüzfiffer	doppelte Ziffer	einfache Ziffern
4895437120	4	8, 9, 5, 3, 7, 2, 1, 0
5549267083	5	4, 9, 2, 6, 7, 0, 8, 3

Die Prüzfiffer berechnet sich wie folgt (Algorithmus in Pseudo-Code):

```

cj stehe für eine der Ziffern c1 bis c10,
pz ist die Prüzfiffer,
j, produkt, summe bezeichnen Hilfsfelder.
begin
  produkt := 10
  summe := 0

```

```

for j = 1 to 10 step 1
  summe := (cj + produkt) mod 10
  if summe = 0
    then summe := 10
  end-if
  produkt := (2 * summe) mod 11
end-for
pz := 11 - produkt
if pz = 10
  then pz := 0
end-if
end.

```

7.2.2.2 Das vorläufige Bearbeitungsmerkmal (VBM)

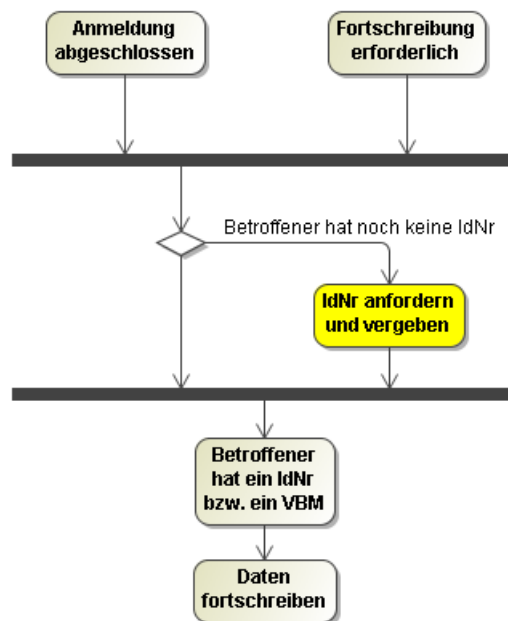
Da nach realistischer Planung die Aufbau- und Konsolidierungsphase mehrere Monate dauern wird, in dieser Zeit aber natürlich betroffene Personen weiterhin umziehen werden, bedarf es eines Mechanismus um zwischen Meldebehörden und dem BZSt die eindeutige Identifizierung von Personen sicherzustellen.

Zu diesem Zweck dient das *“vorläufige Bearbeitungsmerkmal (VBM)”*. Für jede Person, der nach Kenntnis der Meldebehörde noch keine IdNr zugeordnet ist, vergibt die Meldebehörde ein eindeutiges VBM. Anschließend wird unter Angabe des VBM für den Betroffenen die Vergabe einer IdNr beim BZSt beantragt. Jegliche weitere Kommunikation zwischen Meldeämtern und dem BZSt erfolgt nunmehr unter Bezug auf dieses VBM. Wenn das BZSt für den Betroffenen eine IdNr vergeben hat, teilt sie dies dem zuständigen Meldeamt mit. Dort wird dann das VBM durch die IdNr ersetzt. (Das VBM wird im Melderegister gelöscht, statt dessen wird die IdNr gespeichert).

Wenn ein Betroffener in der Zeit zwischen der Beantragung einer IdNr und der Vergabe durch das BZSt umzieht und dadurch ein anderes Meldeamt zuständig wird, dann *“wandert das VBM mit dem Betroffenen”* zu der nunmehr zuständigen Meldebehörde. Dies erfolgt mittels des vorausgefüllten Meldescheines oder im Rahmen der Rückmeldung. Gleichzeitig wird dem BZSt unter Angabe des VBM das nunmehr für den Betroffenen zuständige Meldeamt mitgeteilt. Das BZSt ist dadurch in der Lage, die neu vergebene IdNr dem jeweils zuständigen Meldeamt mitzuteilen. Die sichere Identifikation des Betroffenen auf Seiten der Meldebehörde erfolgt mittels des VBM.

Dieser Mechanismus gilt generell. Er wird aber insbesondere während der Aufbau- und Konsolidierungsphase intensiv genutzt werden, weil während dieser Phase von langen Zeiträumen zwischen der Beantragung einer neuen IdNr und deren Vergabe auszugehen ist. Die Wahrscheinlichkeit dafür, dass der Betroffene in dieser Zwischenzeit seinen Wohnort wechselt und damit ein anderes Meldeamt zuständig wird, ist somit besonders hoch.

An dem festgelegten Stichtag (01.07.2007) vergeben alle Meldeämter *in einer logischen Sekunde* für alle in ihrem Zuständigkeitsbereich gemeldeten Personen ein eindeutiges VBM. Anschließend beantragen sie auf die eben beschriebene Weise die IdNr für diese Personen. Während der Aufbau- und Konsolidierungsphase wird zwischen den Meldeämtern und dem BZSt unter Bezug auf das VBM kommuniziert. Sukzessive werden die VBM durch IdNr ersetzt. Irgendwann werden fast alle Konfliktfälle geklärt sein, und die meisten der zum Stichtag vergebenen VBM sind durch IdNr ersetzt worden. Die Aufbau- und Konsolidierungsphase ist damit beendet, sie wird durch die Produktivphase ersetzt.

Bild 7-2 Übersicht über die Datenübermittlungen mit dem Bundeszentralamt für Steuern

7.2.3 Dubletten und Konflikte

Stellt das BZSt im Rahmen einer Anforderung einer IdNr mittels eines Datenabgleiches in der BZSt-Datenbank fest, dass es bereits Datensätze mit (fast) identischen persönlichen Daten gibt, so könnte dies auf eine „*Dublette*“ hindeuten. Möglicherweise ist der Betroffene in mehr als einer Gemeinde mit Haupt- oder alleiniger Wohnung gemeldet. In mindestens einem der Melderegister ist dann eine Korrektur erforderlich. Es ist allerdings keineswegs sicher, dass es sich wirklich um ein Problem handelt. Es kann auch eine rein zufällige Übereinstimmung von Daten zweier verschiedener Personen vorliegen.

Das BZSt generiert in diesen Situationen einen Konfliktfall, wobei je nach Phase („*Erstvergabe*“ oder „*laufender Betrieb*“) unterschiedlich verfahren wird. Jeder Konfliktfall wird eindeutig identifiziert (**typpe.bzst.139b.ao.konfliktmanagement**) und bearbeitet. Das BZSt kann die Konflikte nicht klären, aber es ist zuständig für die Überwachung der Klärung im Zusammenhang mit den Meldebehörden.

Wir haben folgende Situationen identifiziert, die zu Dubletten führen können:

1. Erstvergabe – Das BZSt verschickt eine Nachricht **datenuebermittlung.konfliktmitteilung.0505** an die an der vermuteten Dublette beteiligten Meldebehörden, damit diese von Amts wegen die Klärung untereinander herbeiführen.

Die Prüfung bei den Meldebehörden kann ergeben:

- a. Es handelt sich um verschiedene Personen. Daher ist von den beteiligten Meldebehörden die Nachricht **datenuebermittlung.zustaendigkeit.0509** zu schicken.
Auf Seiten des BZSt wird die Dublette aufgelöst, da es sich um verschiedene Personen handelt.
- b. Es handelt sich um ein- und dieselbe Person. Damit ist nur eine Gemeinde zuständig und schickt folglich eine Nachricht **datenuebermittlung.zustaendigkeit.0509**.

Nicht zuständige Gemeinden schicken eine Nachricht **datenuebermittlung.nichtzustandigkeit.0511**, um mitzuteilen, dass sie für diese Person *nicht* zuständig ist. Im Zuge der Versendung dieser Nachricht ist das VBM zu löschen.

2. Produktionsbetrieb – Beim BZSt ist ein *eingeschwungener Zustand* vorhanden. Durch den Empfang einer Nachricht von einer Meldebehörde wird ein möglicher Konfliktfall ausgelöst. Daraufhin verschickt das BZSt an die auslösende Meldebehörde eine Nachricht **datenuebermittlung.konfliktmitteilung.anausloeser.0503**, wodurch diese Meldebehörde mit der Klärung des Sachverhalts beauftragt wird.

Die Prüfung bei der auslösenden Meldebehörde kann ergeben:

- a. **Es handelt sich um eine neue Person:** In diesem Fall liegt keine Dublette vor, die anderen Meldebehörden sind daher nicht betroffen und die auslösende Meldebehörde teilt durch Übersendung einer Nachricht **datenuebermittlung.zustaendigkeit.0509** ihre Zuständigkeit für diese (neue) Person mit.
- b. **Die Meldebehörde ist nicht zuständig:** Die Klärung hat ergeben, dass die auslösende Meldebehörde nicht für die Person zuständig ist. Dies teilt sie dem BZSt mit einer Nachricht **datenuebermittlung.nichtzustaendigkeit.0511** mit. Die anderen Meldebehörden brauchen nicht aktiv zu werden.
- c. **Die Person ist bereits bei einer anderen Meldebehörde registriert:** Falls die auslösende Meldebehörde im Rahmen der Klärung feststellt, dass die Person, für die eine IdNr beantragt worden ist, bereits bei einer anderen Meldebehörde registriert ist, storniert sie mit einer Nachricht **datenuebermittlung.zustaendigkeitnachdublette.0512** ihre IdNr-Beantragung. Statt dessen gibt sie dem BZSt diejenige IdNr bekannt, welche weiterhin geltend sein soll.

7.2.4 Änderung persönlicher Daten des Betroffenen

Eine Nachricht zur Änderung der persönlichen Daten des Betroffenen erfolgt grundsätzlich immer unter Angabe des VBM oder der IdNr des Betroffenen.

Es wird stets der gesamte Datensatz mit den aktuellen Daten nach Änderung übermittelt. Bei einer Fortschreibung werden in der BZSt-Datenbank alle vorhandenen Daten des Betroffenen durch die in der Nachricht befindlichen aktuellen Daten ersetzt. (Im Rahmen des § 139b AO speichert das BZSt die durch die Änderung inaktuell gewordenen Namens- und Adressangaben.)

Änderungsnachrichten dürfen nur durch die für den Betroffenen zuständige Meldebehörde an das BZSt übermittelt werden. Änderungsnachrichten von nicht zuständigen Meldebehörden werden vom BZSt zurückgewiesen.

Die Ummeldung / der Statuswechsel innerhalb der Gemeinde führt nicht zu einem Wechsel der für den Betroffenen zuständigen Meldebehörde. Dieser Geschäftsvorfall wird daher als normale Änderungsnachricht übermittelt. Die neue Anschrift ist Bestandteil der aktuellen Daten des Betroffenen.

Ein gemeindeübergreifender Umzug/Statuswechsel führt zu einem Wechsel der Zuständigkeiten. Dieser Geschäftsvorfall wird daher mit einer anderen Nachricht mitgeteilt, in der die neue Meldebehörde das BZSt darüber informiert, dass sie ab jetzt für den Betroffenen zuständig ist. Die neue Anschrift des Betroffenen ist Bestandteil dieser Nachricht.

7.3 Der Ablauf im Detail

Wir beschreiben in diesem Abschnitt sowohl die stichtagsbezogene, erstmalige Vergabe der IdNr an alle Steuerpflichtigen als auch den Produktivbetrieb, also die Phase nach dem Stichtag.

7.3.1 Das vorläufige Bearbeitungsmerkmal (VBM) und die Vergabe der IdNr

1. Stellt eine Meldebehörde fest, dass ein Betroffener noch keine IdNr hat, so muss sie entsprechend § 139b Abs. 7 eine Nachricht mit den Daten des Betroffenen an das BZSt senden. Sie wird eine Antwortnachricht erhalten, in der die vom BZSt vergebene IdNr des Betroffenen enthalten ist. Um die eindeutige Zuordnung dieser IdNr an den Betroffenen sicherzustellen, vergibt die Meldebehörde daher in einem ersten Schritt ein (bundesweit eindeutiges!) vorläufiges Bearbeitungsmerkmal (VBM) für den Betroffenen.
2. Dieses VBM wird an das BZSt übermittelt. Das BZSt wird eine IdNr vergeben und sie der Meldebehörde mitteilen.

3. In der Zwischenzeit (also in der Zeit von der Vergabe des VBM durch die Meldebehörde bis zur Übermittlung der IdNr des Betroffenen vom BZSt an das dann zuständige Meldeamt) wird das VBM des Betroffenen wie dessen IdNr behandelt:
 - a. Es wird im Melderegister gespeichert.
 - b. Es wird bei Umzügen des Betroffenen im Rahmen des vorausgefüllten Meldescheines sowie der Rückmeldung von der Wegzugs- an die Zuzugsmeldebehörde übermittelt.
 - c. Bezüglich datenschutzrechtlicher Regelungen gelten die gleichen Regelungen wie bei der IdNr.
4. Sobald die vom BZSt übertragene IdNr im Melderegister eingetragen worden ist, wird die IdNr anstelle des VBM verwendet. Für einen Übergangszeitraum, dessen Länge noch zu definieren ist, können im Melderegister VBM und IdNr parallel gespeichert werden. In den Nachrichten (mit Ausnahme der Nachricht `datenuebermittlung.antwortidnr.0501`) wird, sobald bekannt, nur die IdNr übertragen, bis zu diesem Zeitpunkt nur das VBM.
5. Benötigt die Meldebehörde nach Buchung einer Rücknahme
 - der Abmeldung ins Ausland,
 - der Abmeldung von Amts wegen,
 - der Abmeldung nach unbekannt *oder*
 - des Todes der Person
 auf Grund der gesetzlich vorgeschriebenen Löschung des VBM oder der IdNr erneut die Zuteilung einer IdNr vom BZSt, so übermittelt sie wiederum eine Nachricht `datenuebermittlung.anforderungidnr.0500`.

7.3.2 Detaillierung der Kommunikation zwischen Meldebehörden und dem BZSt

Wie bereits beschrieben unterscheiden wir zwischen den folgenden beiden Betriebsarten:

Erstvergabe Diese Phase beginnt, sobald alle Meldebehörden ihre Erstübermittlungen abgeschlossen haben (geplanter Termin: 01.10.2007).

In dieser Phase findet auf Seiten des BZSt die Konsolidierung der mehr als 80 Millionen übermittelten Datensätze statt. Während dieses Prozesses werden sukzessive die VBM durch IdNrn ersetzt. Allerdings erfolgt die Übermittlung der IdNrn an die Meldebehörden (und per Briefpost an die Betroffenen) erst zum Ende dieser Phase.

Laufender Betrieb An die Erstvergabe schließt sich der laufende Betrieb an. Diese Betriebsart ist dadurch gekennzeichnet, dass im wesentlichen nur noch mit IdNrn gearbeitet wird. VBMs kommen nur noch bei z. B. Geburten und Zuzügen aus dem Ausland sowie der Klärung noch offener Konfliktfälle (aus der Erstvergabe-Phase) ins Spiel.

Die beiden Betriebsarten weichen in ihrem Prozesscharakter voneinander ab. Daher werden sie in den beiden nachfolgenden Unterabschnitten entsprechend beschrieben.

Hinweis: Nach einem Zuzug aus dem Ausland ist *immer* eine IdNr beim BZSt mit einer Nachricht `datenuebermittlung.anforderungidnr.0500` zu beantragen, da, wie am Ende des Abschnitts *“Ausgangssituation und Zielsetzung”* beschrieben, aufgrund der geltenden Rechtslage die IdNr des Betroffenen beim Wegzug ins Ausland (oder nach unbekannt) gelöscht werden muss.

7.3.2.1 Die erstmalige Zuteilung zu einem Stichtag (§ 139b Abs. 6 AO)

Die erstmalige Zuteilung der IdNr wird stichtagsbezogen durchgeführt. Zu diesem Stichtag vergeben alle Meldebehörden Deutschlands dezentral für alle bei ihnen mit Hauptwohnung gemeldeten Einwohner je ein VBM. Für die Erzeugung der Erstmeldung ist maßgeblich, dass der Einwohner am Stichtag um 00:00 Uhr mit alleiniger Wohnung bzw. Hauptwohnung im Bestand geführt ist.

Stellt sich in einer nach dem Stichtag eingehenden Rückmeldungsauswertung `rueckmeldung.auswertung.0203` heraus, dass sowohl die bisherige als auch die neue Meldebehörde ein VBM generiert und damit die Zuteilung einer IdNr mit der Nachricht `datenuebermittlung.anforderungidnr.0500` beantragt haben, so storniert die neue Meldebehörde ihre Anforderung mit der Nachricht `datenuebermittlung.stornoanforderungidnr.0506`, überschreibt das VBM im eigenen Be-

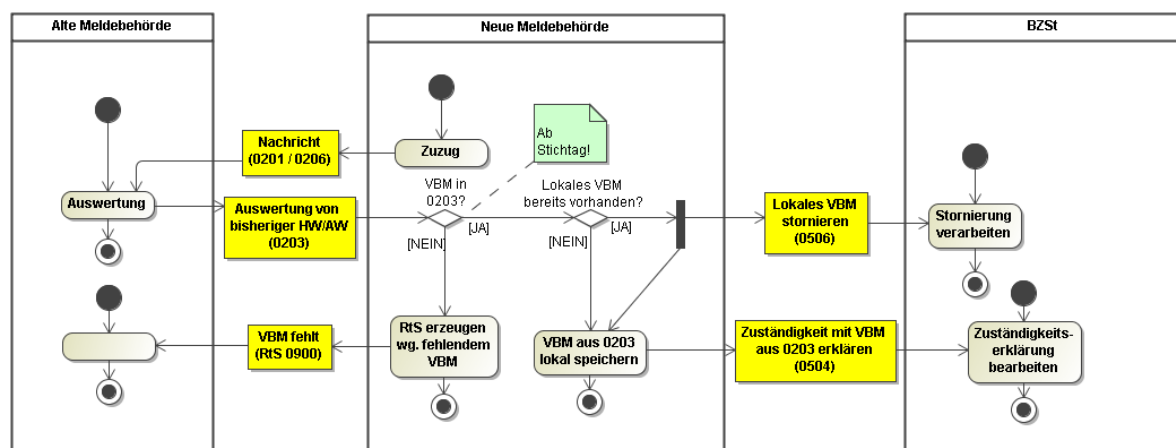
stand mit dem VBM der bisherigen Meldebehörde und erklärt mit dem VBM der bisherigen Meldebehörde in der Nachricht **datenuebermittlung.zustaendigkeitsteuerpflichtiger.0504** die Zuständigkeit gegenüber dem BZSt.

Falls nur die bisherige Meldebehörde ein VBM erzeugt hat, erklärt die neue Meldebehörde mit diesem VBM ihre Zuständigkeit.

Sofern nur die neue Meldebehörde ein VBM erzeugt hat, ist keine weitere Benachrichtigung des BZSt erforderlich.

Die Vorgehensweise in den vorgenannten vier Situationen ist in [Bild 7-3 auf Seite 426](#) dargestellt.

Bild 7-3 Stichtagsbezogene Zuteilung der IdNr



Durch einen relativ einfachen Mechanismus wird die Eindeutigkeit des VBM sichergestellt: Für das VBM ist im DSMeld das Feld 2702 mit einer Länge von 20 Zeichen vorgesehen. Der Aufbau ist in der Beschreibung des DSMeld-Feldes wie folgt geregelt: AGS + MR-eindeutiges Merkmal mit 8+12=20 Stellen, z. B. "10010010123456789012".

In einem anschließenden Prozess vergibt das BZSt für alle Betroffenen die IdNr und teilt diese mit.

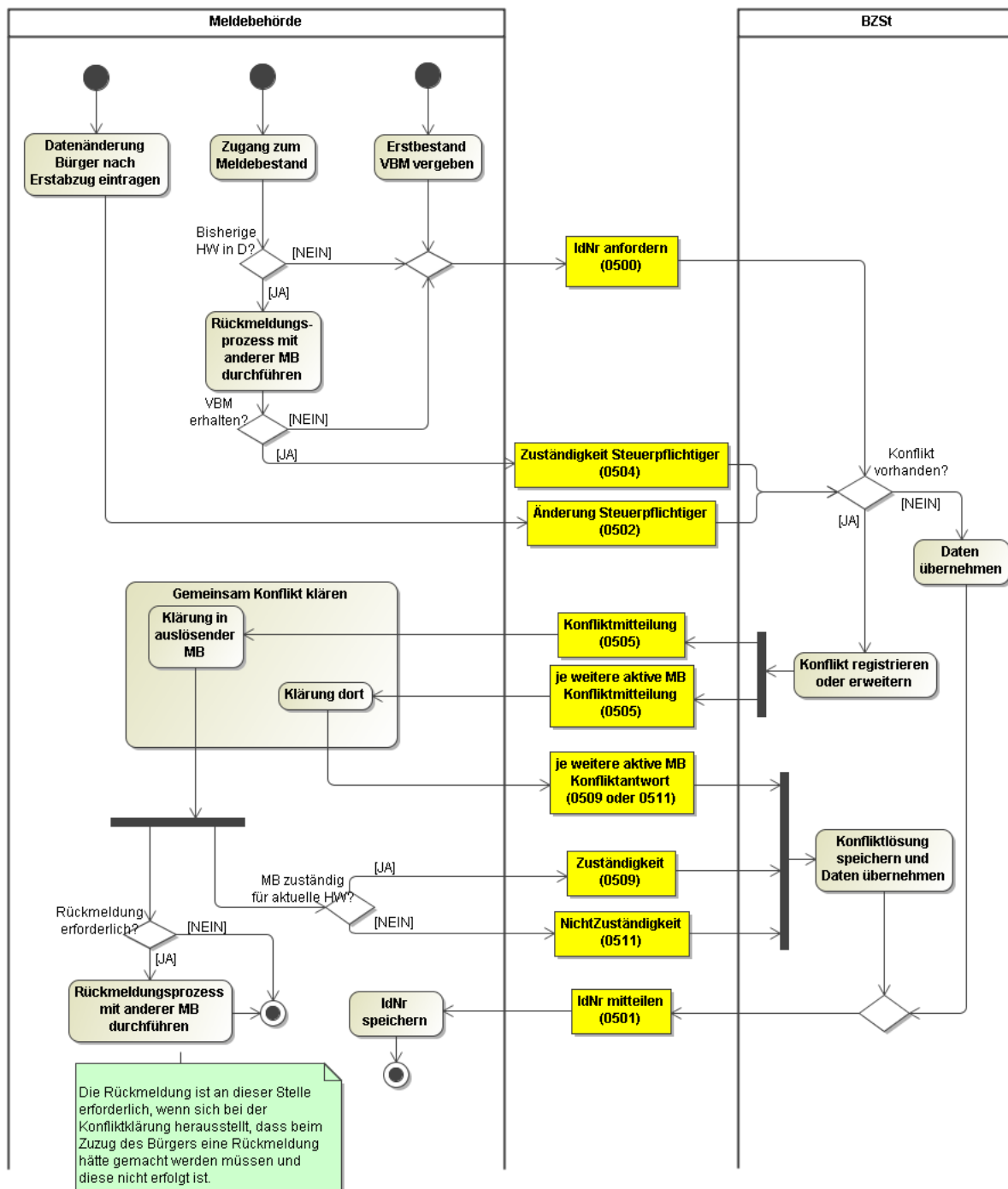
In der Praxis wird vor allem die Tatsache zu beachten sein, dass die Zeit von der Vergabe des VBM bis zur Vergabe der IdNr erheblich länger sein wird als im *“Produktivbetrieb”* (vermutlich mehrere Monate während der Erstvergabe zum Stichtag, später wenige Stunden). Dieser Zeitbedarf ist unproblematisch, wenn in der Zwischenzeit das VBM genau wie die IdNr des Betroffenen behandelt und bei einem Umzug des Betroffenen als Bestandteil des vorausgefüllten Meldescheines und der Rückmeldung von der Wegzugs- an die Zuzugswohnung übermittelt wird.

Zu beachten ist weiterhin, dass das BZSt die IdNr des Betroffenen an die Meldebehörde seiner *aktuellen Hauptwohnung* senden muss (dies kann eine andere Gemeinde sein als die, welche für den Betroffenen die Vergabe der IdNr beantragt hat).

Hinweis: Da nach einem Wiederrückzug aus dem Ausland bei keiner Meldebehörde mehr die IdNr des Betroffenen gespeichert ist, darf folglich auch keine Nachricht `dateneuebermittlung.zustaendigkeitsteuerpflichtiger.0504` geschickt werden. Statt dessen ist eine Neubeantragung mit der Nachricht `dateneuebermittlung.anforderungidnr.0500` durchzuführen. (Eine Zuständigkeitsklärung `dateneuebermittlung.zustaendigkeitsteuerpflichtiger.0504` setzt *immer* das Vorhandensein einer IdNr voraus.)

In [Bild 7-4 auf Seite 427](#) ist der Erstvergabe-Prozess dargestellt.

Bild 7-4 Der Prozess der “Erstvergabe”



7.3.2.2 Der laufende Betrieb

Im laufenden Betrieb erfolgt die Erstvergabe einer IDNr nur noch:

- bei einer Geburt,
- bei einem Zuzug aus dem Ausland sowie
- für noch aus der Erstvergabe-Phase offene Konflikte.

Die Meldebehörde vergibt im Rahmen der Erfassung der Person ein VBM, das genau so gebildet wird wie bei der Erstvergabe beschrieben.

Anschließend sendet sie eine Nachricht **datenuebermittlung.anforderungidnr.0500** zur Anforderung der IdNr, die im Regelfall durch das BZSt mit der Nachricht **datenuebermittlung.antwortidnr.0501** beantwortet wird, in der die festgelegte IdNr mitgeteilt wird.

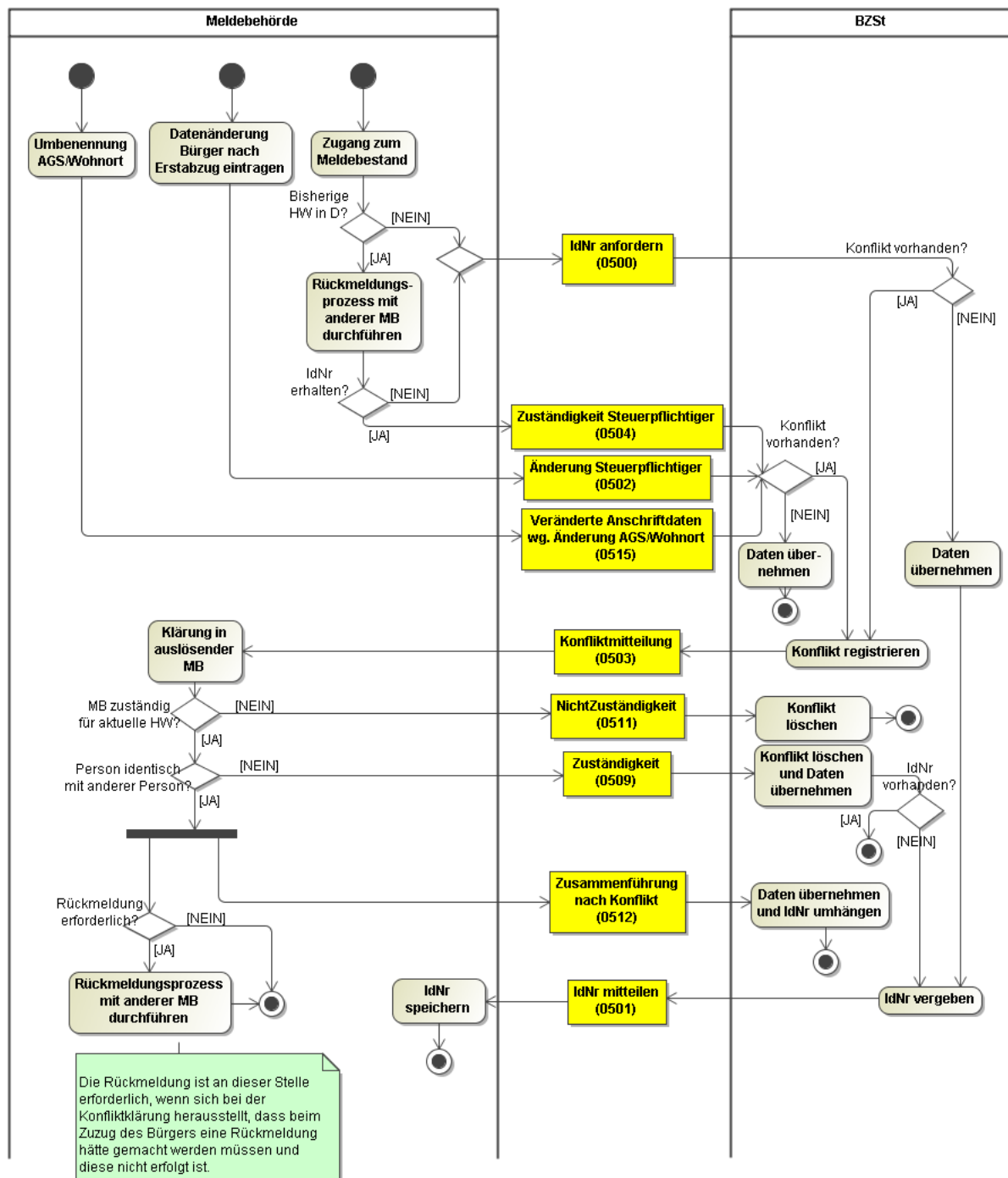
Abweichungen zu dieser Regel wird es geben, wenn bei der Prüfung durch das BZSt Hinweise darauf erkannt werden, dass die betroffene Person bereits im Bestand gespeichert ist. In diesem Fall wird die anfordernde Meldebehörde über den Sachverhalt mit einer Nachricht **datenuebermittlung.konfliktmitteilunganausloeser.0503** informiert und zur Klärung aufgefordert. Der Ablauf der Konfliktbearbeitung ist in [Abschnitt 7.3.11 auf Seite 435](#) beschrieben.

Da der Klärungsprozess eine bestimmte Zeitspanne in Anspruch nimmt, ist es natürlich möglich, dass sich zum betrachteten Datensatz Änderungen ergeben. Deshalb muss die Meldebehörde unabhängig von den Aktivitäten der Klärung alle in der Folge aufgeführten Nachrichten des Regelbetriebes an das BZSt übersenden. Mitgeteilt werden muss also die Änderung der Daten mit der Nachricht **datenuebermittlung.aenderungsteuerpflichtiger.0502** oder das Ende der Zuständigkeit mit der Nachricht **datenuebermittlung.endezustaendigkeitsteuerpflichtiger.0510**. Wechselt die Zuständigkeit zur Person, muss auch die neu zuständige Behörde eine Nachricht **datenuebermittlung.zustaendigkeitsteuerpflichtiger.0504** übersenden. Sofern eine Gemeinde umbenannt wird oder eine Änderung am Gemeindegefüge (Änderung des AGS und/oder amtl. Gemeindenames (Wohnort)) erfolgt, werden die dadurch veränderten Anschriftdaten dem BZSt mit der Nachricht **datenuebermittlung.umbenennungagswohnt.0515** mitgeteilt, siehe auch [Abschnitt 7.3.13 auf Seite 437](#).

Hinweis: Da nach einem Wiederezug aus dem Ausland bei keiner Meldebehörde mehr die IdNr des Betroffenen gespeichert ist, darf folglich auch keine Nachricht **datenuebermittlung.zustaendigkeitsteuerpflichtiger.0504** geschickt werden. Statt dessen ist eine Neubeantragung mit der Nachricht **datenuebermittlung.anforderungidnr.0500** durchzuführen. (Eine Zuständigkeitserklärung **datenuebermittlung.zustaendigkeitsteuerpflichtiger.0504** setzt *immer* das Vorhandensein einer IdNr voraus.)

In [Bild 7-5 auf Seite 429](#) ist der laufende Betrieb dargestellt.

Bild 7-5 Der "laufende Betrieb"



7.3.2.3 Die Nichtzuordenbarkeit des VBM / der IdNr im Melderegister

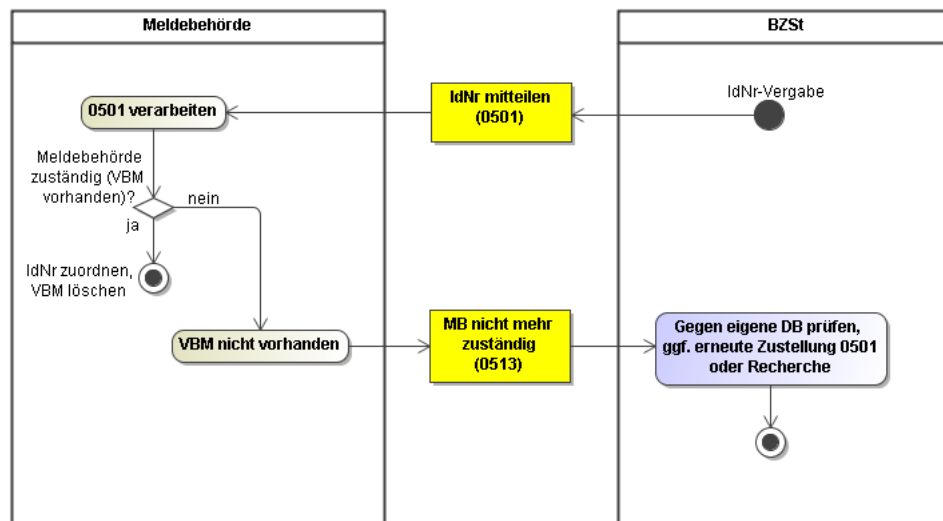
Sollte die Meldebehörde die Nachricht `dateneuebermittlung.antwortidnr.0501` des BZSt erhalten, obwohl sie nicht mehr zuständig ist, so reagiert sie darauf mit der Nachricht `dateneuebermittlung.nichtmehrzustandigkeit.0513`.

Da mit dem Ende der Zuständigkeit die Meldebehörde das VBM resp. die IdNr löscht, kann sie auch keine Zuordnung aus der Nachricht `dateneuebermittlung.antwortidnr.0501` im Melderegister vornehmen.

Daher enthält die Nachricht `dateneubermittlung.nichtmehrzustandigkeit.0513` den Inhalt der Nachricht `dateneubermittlung.antwortidnr.0501`.

In [Bild 7-6 auf Seite 430](#) ist dargestellt, wie bei Nichtzuordenbarkeit verfahren wird.

Bild 7-6 “Nichtzuordenbarkeit” des VBM / der IdNr im Melderegister



7.3.2.4 Die Nichtzustellbarkeit der IdNr-Benachrichtigung an den Bürger

Nach der Vergabe der IdNr wird dem Einwohner diese einschließlich der beim BZSt gespeicherten Daten per Briefpost mitgeteilt. Sollte der Brief nicht an die angegebene Adresse zustellbar sein, so erfolgt keine Nachsendung sondern die Weiterleitung des Briefes an die für diese Adresse zuständige Meldebehörde. (Hierzu wird insbesondere auch auf den Kommentar im Kindelement `ruecksendeinfo-nichtzustellbarkeit` der Nachrichten `dateneubermittlung.anforderungidnr.0500`, `dateneubermittlung.aenderungsteuerpflichtiger.0502` und `dateneubermittlung.zustandigkeitsteuerpflichtiger.0504` verwiesen.) Die Bearbeitung der Briefe durch die Meldebehörde erfolgt im Rahmen der Amtshilfe.

Es ist davon auszugehen, dass die Nachricht `dateneubermittlung.antwortidnr.0501` vor dem Zustellungsversuch beim Einwohner bei der zuständigen Meldebehörde eingeht. Sollte die IdNr-Benachrichtigung an den Bürger nicht zugestellt werden können, obwohl die Meldebehörde während der IdNr-Zuteilung (noch) zuständig war, so muss sie dieses dem BZSt mitteilen. Für die Nichtzustellbarkeit kann es mehrere Gründe geben:

- nicht beschrifteter Briefkasten
- nicht vorhandener oder nicht gefundener Briefkasten
- Steuerpflichtiger ist zwischenzeitlich weggezogen oder verstorben
- fehlende Hinweise auf frühere Gemeindenamen
- etc

Dies stellt die Meldebehörde aber erst fest, wenn sie die nicht zustellbaren Briefe zur weiteren Aufklärung erhalten hat.

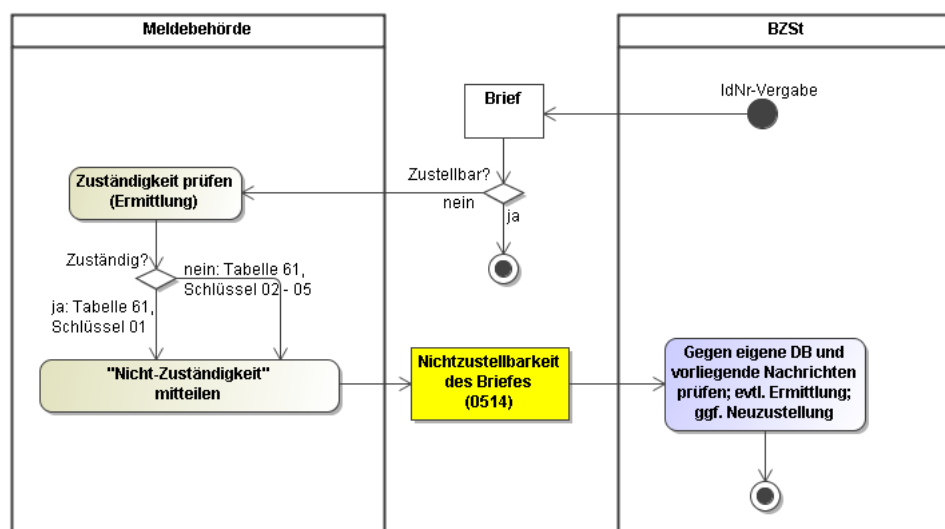
In diesen Fällen muss die Meldebehörde prüfen, ob ihre Melderegisterdaten noch der Realität entsprechen. Sie teilt dem BZSt mit der Nachricht **datenuebermittlung.briefnichtzustellbar.0514** diese Tatsache sowie anhand des Schlüsselwertes aus Schlüsseltabelle 61 (Schlüssel 01 – 05) die entsprechende Ausprägung mit:

- Sollte die Meldebehörde erst durch diese Prüfung feststellen, dass sie weiterhin zuständig ist (Schlüsseltabelle 61, Schlüsselwert 01), so liegt ihr aber das VBM resp. die IdNr vor und sie kann diese in der Nachricht **datenuebermittlung.briefnichtzustellbar.0514** übermitteln.
- Liegt keine Zuständigkeit bei Prüfung mehr vor (Schlüsseltabelle 61, Schlüsselwerte 02 – 05), so wurde das VBM resp. die IdNr mit dem Ende der Zuständigkeit gelöscht. In diesen Fällen darf die Meldebehörde die nicht an den Betroffenen zustellbare IdNr-Benachrichtigung öffnen. Sie übernimmt die darin enthaltene IdNr und übermittelt sie im Kindelement **steueridentifikation** in der Nachricht **datenuebermittlung.briefnichtzustellbar.0514**. Anschließend vernichtet die Meldebehörde das IdNr-Benachrichtigungsschreiben.

Mit der Anschrift wird auch der frühere Gemeindename (DSMeld-Blatt 1204) von der Meldebehörde an das BZSt übermittelt. Damit wird sichergestellt, dass Mitteilungsschreiben über Steueridentifikationsnummern nicht wegen fehlender Hinweise auf frühere Gemeindennamen unzustellbar sind.

In **Bild 7-7 auf Seite 431** ist dargestellt, wie bei Nichtzustellbarkeit verfahren wird.

Bild 7-7 “Nichtzustellbarkeit” der IdNr-Benachrichtigung



7.3.3 Rückweisung von Nachrichten

Bei nicht validierbaren Nachrichten, abgelaufenen Zertifikaten etc. reagiert der Empfänger mit einer **ReturnToSender-Nachricht** (**administration.returntosender.0901**, **administration.returntosender.0902**).

7.3.4 Plausibilitätsprüfung

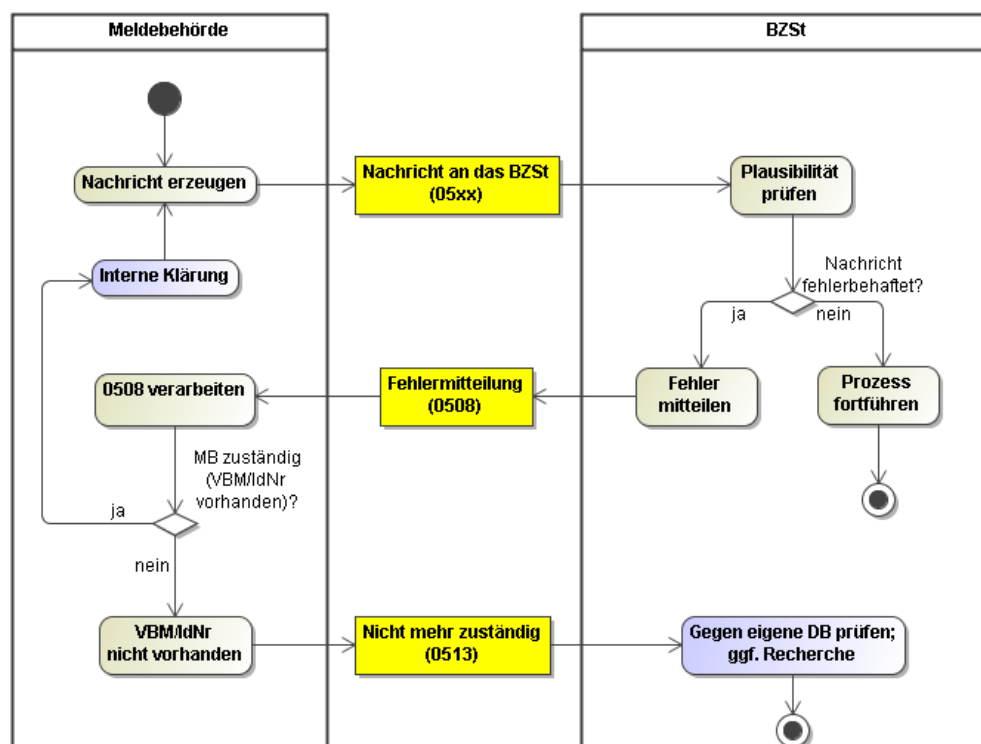
Bei den Prozessmodell-Diagrammen für die Erstvergabe und den laufenden Betrieb haben wir aus Gründen der Übersichtlichkeit auf die Betrachtung der Plausibilitätsüberprüfung auf Seiten des BZSt verzichtet. Dies holen wir mit der Darstellung des Teilprozesses zur Plausibilitätsprüfung in [Bild 7-8 auf Seite 432](#) nach.

Es muss damit gerechnet werden, dass bei der Übermittlung von Nachrichten in Einzelfällen auch konkrete Fehler entdeckt werden. In einem solchen Fall kann die Nachricht durch das BZSt nicht verarbeitet werden. Die Meldebehörde wird über diesen Sachverhalt durch Übersendung der Nachricht **datenuebermittlung.fehlerhaftenachricht.0508** informiert.

Derzeit unterscheiden wir folgende Konflikt-/Fehlersituationen:

- Die IdNr befindet sich nicht im BZSt-Bestand.
- Es liegt ein Eingabefehler bei der IdNr vor (Zahlendreher).
- Es gibt mehrere Meldungen zu einer im BZSt-Bestand gespeicherten Person.
- Doppelte Erstlieferung des VBM.
- Bei einer Änderungsmitteilung aufgrund einer Fortschreibung in der mitteilenden Meldebehörde besteht eine Abweichung zwischen **person.vorher** und dem BZSt-Bestand. Mögliche Folgerung: *“Verlorene Nachricht?”*
- Die Nachricht enthält Fehler (Geburtsdatum liegt in der Zukunft, fehlende Einträge in Pflichtfeldern, etc).

Bild 7-8 Plausibilitätsprüfung



Sollte die Meldebehörde die Nachricht **datenuebermittlung.fehlerhaftenachricht.0508** des BZSt erhalten, obwohl sie nicht mehr zuständig ist, so reagiert sie darauf mit der Nachricht **datenuebermittlung.nichtmehrzustaendigkeit.0513**.

Da mit dem Ende der Zuständigkeit die Meldebehörde das VBM resp. die IdNr löscht, kann sie auch keine Zuordnung aus der Nachricht `dateneuebermittlung.fehlerhaftenachricht.0508` im Melderegister vornehmen.

Daher enthält die Nachricht `dateneuebermittlung.nichtmehrzustaendigkeit.0513` den Inhalt des Kindelementes `steueridentifikation` der Nachricht `dateneuebermittlung.fehlerhaftenachricht.0508`.

7.3.5 Mitteilung einer Änderung (ohne Stornierung einer Person)

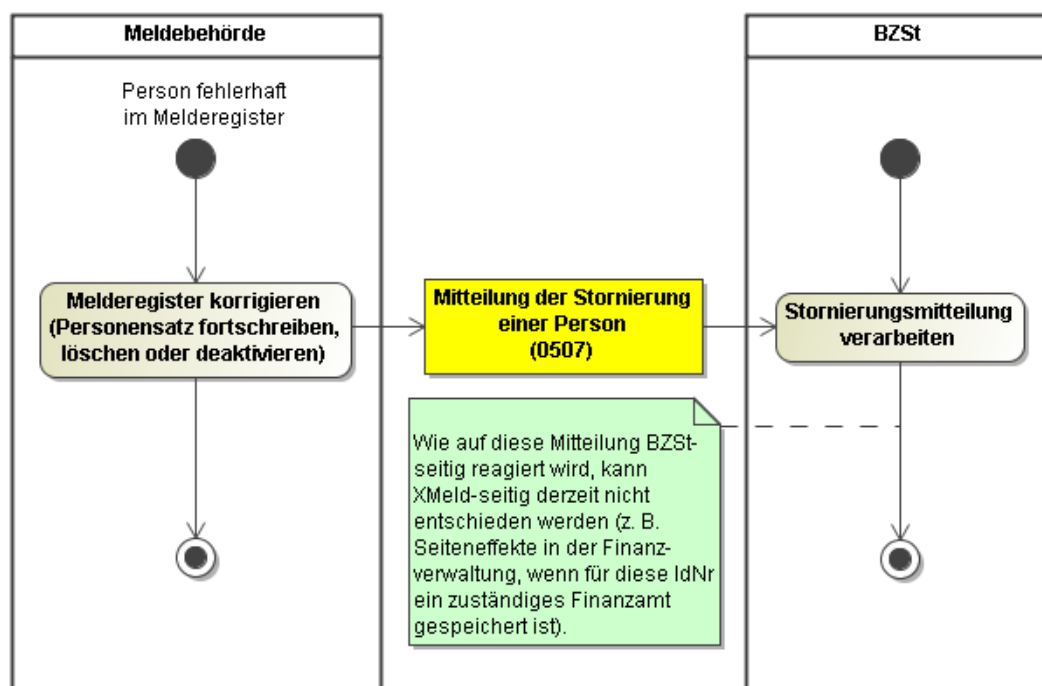
Ändern sich zu einer mit Haupt- oder alleiniger Wohnung gemeldeten Person die in § 139 AO genannten Daten, ohne dass es sich um einen Zugang oder Abgang aus dem Meldedatenbestand handelt und ohne dass sich die Zuständigkeit für diesen Datensatz ändert, so ist diese Änderung unverzüglich dem BZSt mitzuteilen. Dazu ist die Nachricht `dateneuebermittlung.aenderungsteuerpflichtiger.0502` zu verwenden.

Dem BZSt werden in diesem Fall immer die in § 139 AO genannten Daten komplett übergeben – unabhängig von der Art der Änderung der Daten.

7.3.6 Mitteilung der Stornierung einer Person

Wenn innerhalb eines Melderegisters beispielsweise durch einen Konsolidierungslauf eine Person ermittelt wird, die „nicht existiert“, so informiert die Meldebehörde das BZSt über diesen Sachverhalt mit der Nachricht `dateneuebermittlung.stornierungperson.0507`, siehe [Bild 7-9 auf Seite 433](#).

Bild 7-9 Mitteilung der Stornierung einer Person



7.3.7 Zuständigkeitswechsel durch gemeindeübergreifenden Wohnsitzwechsel

Wenn ein Betroffener durch Zuzug in eine Gemeinde oder durch gemeindeübergreifenden Statuswechsel eine neue Hauptwohnung (oder alleinige Wohnung) bezieht, ist hiermit ein Zuständigkeitswechsel verbunden.

Zwar ist mit der erfolgten Anmeldung (idealerweise unter Nutzung des vorausgefüllten Meldescheines) bei der Meldebehörde der neuen Hauptwohnung (oder alleinigen Wohnung) die melderechtliche Zuständigkeit neu festgelegt, dies hat allerdings noch keine Außenwirkung insbesondere in Richtung BZSt. – Zunächst muss noch ein Rückmeldeprozess gestartet werden, der komplett durchzuführen ist. Bei Auswertungsabweichungen (oder nicht möglicher Identifikation) wird im Rahmen des Rückmeldeprozesses eine manuelle Fallklärung durchgeführt.

Anschließend informiert die Meldebehörde, die für die neue Haupt- oder alleinige Wohnung zuständig ist, das BZSt mit der Nachricht **datenuebermittlung.zustaendigkeitsteuerpflichtiger.0504** über den mit der erfolgten Anmeldung verbundenen Zuständigkeitswechsel. Dies ist in den beiden Prozessmodellen in [Abschnitt 7.3.2 auf Seite 425](#) dargestellt ([Bild 7-4 auf Seite 427](#) und [Bild 7-5 auf Seite 429](#)).

Diese Vorgehensweise ist auch bei einem gemeindeübergreifenden Wohnsitzwechsel bzw. einem Statuswechsel innerhalb einer Meldebehörde anzuwenden.

7.3.8 Ende der Zuständigkeit einer Meldebehörde

In bestimmten Fällen endet die Zuständigkeit einer Meldebehörde für den Betroffenen. Dies kann die Meldebehörde mit der Nachricht **datenuebermittlung.endezustaendigkeitsteuerpflichtiger.0510** dem BZSt mitteilen. Diese Nachricht wird in folgenden Fällen geschickt:

- Abmeldung ins Ausland
- Abmeldung nach Unbekannt
- Abmeldung von Amts wegen
- Tod des Betroffenen

7.3.9 Rücknahme der Nichtzuständigkeit (inkl. Sonderfall *“Korrektur Sterbedatum”*)

Bis einschließlich OSCI–XMeld 1.3.2 war davon ausgegangen worden, dass mit der Nachricht **datenuebermittlung.endezustaendigkeitsteuerpflichtiger.0510** die Rücknahme der Nichtzuständigkeit (vier Sachverhalte) möglich ist. Dies ist nicht der Fall, da *“Nichtzuständigkeit”* auf Seiten der Meldebehörde bedeutet, dass VBM/IdNr gelöscht werden. Damit stehen aber zu einem späteren Zeitpunkt die notwendigen Identifikationsdaten für eine Nachricht **datenuebermittlung.endezustaendigkeitsteuerpflichtiger.0510** überhaupt nicht mehr zur Verfügung. Somit werden die Schlüssel 05 – 08 in Schlüsseltabelle 48 gelöscht.

Daher wird die Rücknahme über eine Neuansforderung mit der Nachricht **datenuebermittlung.anforderungidnr.0500** realisiert, wobei der neue Schlüssel 05 *“Neuanforderung IdNr wegen Rücknahme der Nichtzuständigkeit”* zu verwenden ist. (Dadurch erkennt das BZSt unmittelbar, dass für einen Betroffenen eine IdNr angefordert wird, obwohl der Betroffene bereits mit IdNr im BZSt-Bestand existieren muss.)

Der Sonderfall der Korrektur eines Sterbedatums wird demnach wie folgt realisiert:

- zunächst Nachrichten 0500/0501 zur Neu-Anforderung und Übermittlung der (alten) IdNr
- anschließend Nachricht 0510 zur Mitteilung des Todes des Betroffenen

Da als logische Konsequenz die Nachricht 0502 nur noch für die Bruttodatenänderung verwendet wird, ist damit auch nur noch der Schlüssel 10 aus Tabelle 47 erlaubt. Aus Vereinfachungsgründen wird daher die Schlüsseltabelle 47 ganz gelöscht und das betroffene Kindelement aus Nachricht 0502 entfernt.

7.3.10 Neuansforderung IdNr bei irrtümlich gelöschter IdNr/VBM

Falls auf Seiten der Meldebehörde die IdNr/VBM irrtümlich gelöscht wurde, obwohl die Meldebehörde weiterhin für den Betroffenen zuständig ist, ist die IdNr/VBM mit der Nachricht **datenuebermittlung.anforderungidnr.0500**, Schlüssel 06 beim BZSt erneut anzufordern.

7.3.11 Mögliche Konflikte im Rahmen der Datenübermittlung zwischen dem BZSt und den Meldebehörden

Es ist davon auszugehen, dass beim Aufbau der BZSt-Datenbank und bei Neuzugängen auf Seiten des BZSt mögliche Konflikte im Melderegister entdeckt werden. Aufgrund § 4a Abs. 3 MRRG ist das BZSt verpflichtet, bei Vorliegen von konkreten Anhaltspunkten bzgl. unrichtiger Daten im Melderegister die zuständige(n) Meldebehörde(n) unverzüglich zu unterrichten. Hierfür werden in der Phase der Erstvergabe die Nachrichten `dateneuebermittlung.konfliktmitteilung.0505` sowie `dateneuebermittlung.konfliktmitteilunganausloeser.0503` im laufenden Betrieb verwendet.

Bei Auftreten derartiger Fälle führt das BZSt ein Konfliktmanagement durch. Dazu erhalten die an einem Konflikt beteiligten Meldebehörden im Rahmen der Nachrichten `dateneuebermittlung.konfliktmitteilung.0505` bzw. `dateneuebermittlung.konfliktmitteilunganausloeser.0503` jeweils ein eindeutiges Element vom Typ `type.bzst.139b.ao.konfliktmanagement` mit übermittelt (wobei das darin enthaltene *Konfliktkennzeichen* bei allen Elementen identisch ist). Diese Konfliktmanagement-Elemente werden dann sowohl in der Kommunikation der Meldebehörden untereinander (bei der sog. „*Klärung von Amts wegen*“) als auch in der weiteren Kommunikation von Meldebehörden mit dem BZSt verwendet.

Sollte ein Konfliktfall auf Seiten der Meldebehörde(n) unbeantwortet bleiben, so kann das BZSt die Nachricht `dateneuebermittlung.konfliktmitteilung.0505` bzw. `dateneuebermittlung.konfliktmitteilunganausloeser.0503` erneut versenden, versehen mit einem Erinnerungsstatus.

7.3.11.1 Vermutung von Dubletten in der Erstvergabe-Phase

Ganz schematisch aufgeführt läuft das Verfahren der Konfliktklärung bei der Vermutung von Dubletten wie folgt ab:

Das BZSt übersendet an alle Meldebehörden, für die ein Konfliktfall erkannt wurde, eine Nachricht `dateneuebermittlung.konfliktmitteilung.0505`. Die Meldebehörden klären untereinander den Sachverhalt und melden das Resultat jeweils gesondert unter Verwendung der Nachrichten `dateneuebermittlung.zustaendigkeit.0509` und `dateneuebermittlung.nichtzustaendigkeit.0511`.

Beispiel:

*Bei der Erstvergabe stellt das BZSt fest, dass es hinreichende Ähnlichkeiten bei der Anforderung einer IdNr für jeweils eine Person aus Magdeburg, München und Hamburg gefunden hat. Für diesen Fall wird für alle drei Städte jeweils ein eindeutiges Element vom Typ `type.bzst.139b.ao.konfliktmanagement` vergeben (mit identischem Kindelement *konfliktkennzeichen*, aber unterschiedlichen Kindelementen *dublettennummer*).*

Das BZSt schickt an alle drei Meldebehörden jeweils eine Nachricht `dateneuebermittlung.konfliktmitteilung.0505`, die neben diesem Konfliktmanagement-Element auch einen Bezug auf die anderen involvierten Meldebehörden enthält.

Nach dem Eintreffen der Nachrichten bei den Meldebehörden treten diese miteinander in Kontakt und klären den Fall, wobei die Art und Weise der Klärung hier nicht beschrieben werden kann, da es sicher von Fall zu Fall Abweichungen geben wird.

Sei das Ergebnis der Klärung, dass die Person aus München identisch ist mit der Hamburger Person und in Hamburg lebt. Die Magdeburger Person ist aber eine eigenständige Person und weist zum „Hamburg-Münchner Fall“ nur Ähnlichkeiten auf.

In diesem Fall versenden die Meldebehörden folgende Nachrichten an das BZSt:

- *Die Meldebehörden Hamburg und Magdeburg erklären mit je einer Nachricht `dateneuebermittlung.zustaendigkeit.0509` ihre Zuständigkeit. Beide (eigenständigen) Fälle werden im BZSt weiter bearbeitet.*
- *Die Meldebehörde München erklärt mit der Nachricht `dateneuebermittlung.nichtzustaendigkeit.0511` ihre Nicht-Zuständigkeit. Der Anforderung der IdNr für München wird beim BZSt gelöscht.*

7.3.11.2 Konfliktauslösung durch eine Meldebehörde im Produktivbetrieb

Das nachfolgende Szenario setzt den Produktivbetrieb des BZSt-Registers mit konsolidiertem Stand voraus. Beteiligt an dem Szenario sind die Meldebehörden Jena, Stuttgart und Berlin. Bei den Meldebehörden Stuttgart und Jena liegt für jeweils eine Person eine eigene IdNr vor.

Nach Zuzug aus dem Ausland nach Berlin wird für die betreffende Person mit der Nachricht **datenuebermittlung.anforderungidnr.0500** eine IdNr beantragt. Durch das BZSt werden Ähnlichkeiten zu je einem Datensatz in Jena und Stuttgart festgestellt.

Das BZSt vergibt ein Konfliktmanagement-Element und informiert Berlin (= die auslösende Meldebehörde) mit einer Nachricht **datenuebermittlung.konfliktmitteilunganausloeser.0503** unter Mitteilung des Konfliktmanagement-Elementes und unter Bezug auf die Datensätze in Jena und Stuttgart über die Vermutung, dass es sich um eine Dublette handeln könnte.

Nun sind folgende Fälle möglich:

1. Es handelt sich nicht um eine Dublette. Der Datensatz bezieht sich auf eine noch nicht gemeldete Person. In diesem Fall teilt Berlin dies dem BZSt unter Verwendung der Nachricht **datenuebermittlung.zustaendigkeit.0509** mit. Jena und Stuttgart werden nicht aktiv.
2. Es wird festgestellt, dass es sich nicht um einen Zuzug aus dem Ausland handelt sondern um einen Zuzug aus dem Inland. Die Person hat früher bzw. bisher bereits in Jena gewohnt. Nun muss zwischen den Behörden ein Rückmeldeverfahren durchgeführt werden, bei dem die Person in Berlin entweder den Status Nebenwohnung oder Alleinige Wohnung resp. Hauptwohnung erhält. Berlin teilt dem BZSt eine der beiden folgenden Nachrichten mit:
 - Berlin ist neue Hauptwohnung resp. Alleinige Wohnung und teilt mit der Nachricht **datenuebermittlung.zustaendigkeitnachdublette.0512** die Zuständigkeit nach Dublettenklärung mit. Bestandteil dieser Nachricht ist die IdNr der bereits beim BZSt bekannten Person. Gleichzeitig wird die vorherige IdNrn-Beantragung hiermit storniert und die IdNr in Berlin im Melderegister eingetragen. Jena und Stuttgart werden auch in diesem Fall nicht aktiv.
 - Berlin ist nur Nebenwohnung und teilt mit der Nachricht **datenuebermittlung.nichtzustaendigkeit.0511** dem BZSt mit, dass Berlin doch nicht zuständig ist. Jena und Stuttgart werden auch in diesem Fall nicht aktiv.

7.3.12 Übermittlung der Übermittlungssperren

7.3.12.1 Erstübermittlung

Gemäß § 139b Abs. 6 AO erhalten die Meldebehörden die Aufgabe, für alle Personen, die mit Haupt- oder alleiniger Wohnung gemeldet sind und für die eine Übermittlungssperre nach § 21 Abs. 5 oder § 21 Abs. 7 Nr. 2 MRRG gespeichert ist, diese Übermittlungssperren an das BZSt zu übermitteln. Die Erstübermittlung hat ab dem 01.11.2008 (Inkrafttreten von OSCI-XMeld 1.3.3) zu erfolgen und muss bis zum 30.11.2008 abgeschlossen sein. Dazu verschicken die Meldebehörden über OSCI-Transport automatisiert eine Nachricht **datenuebermittlung.aenderungsteuerpflichtiger.0502** mit dem erweiterten Datenumfang.

7.3.12.2 Laufende Übermittlung ab 01.11.2008

Nach der Erstübermittlung von Übermittlungssperren aufgrund § 21 Abs. 5 oder § 21 Abs. 7 Nr. 2 MRRG ist jede Änderung einer entsprechenden Übermittlungssperre (Einrichtung und Löschung) mit Hilfe einer Nachricht **datenuebermittlung.aenderungsteuerpflichtiger.0502** über OSCI-Transport an das BZSt zu übermitteln. Sollte für Neuzugänge (Geburt, Zuzug aus dem Ausland) bereits eine entsprechende Übermittlungssperre vorliegen, ist diese in der Nachricht **datenuebermittlung.anforderungidnr.0500** stets mitzuteilen. Ebenso sind Übermittlungssperren bei einem Zuständigkeitswechsel zwischen Meldebehörden mitzuteilen (Nachricht **datenuebermittlung.zustaendigkeitsteuerpflichtiger.0504**).

7.3.13 Änderung des Gemeindennamens / Amtlichen Gemeindeschlüssels

Ändert sich der Gemeindename und/oder der Amtliche Gemeindeschlüssel, so kann, in Abstimmung mit dem BZSt, für alle betroffenen Personen die Nachricht **datenuebermittlung.umbenennungagswohnoort.0515** übermittelt werden.

Diese Nachricht wird analog zur Nachricht 0504 verarbeitet.

Die Nachricht **datenuebermittlung.umbenennungagswohnoort.0515** enthält für die betroffenen Personen den neuen Gemeindennamen und/oder den neuen Amtlichen Gemeindeschlüssel. Das BZSt führt eine Plausibilitätsprüfung auf die Daten der Elemente **geburt** und **steueridentifikation** durch.

7.4 Datentypen

In diesem Abschnitt beschreiben wir die BZSt-bezogenen Datentypen. Für Informationen über die allgemeinen Datentypen sei auf [Abschnitt 2 auf Seite 104](#) verwiesen.

7.4.1 BZSt.Konfliktkennzeichen

*Typ: **type.bzst.konfliktkennzeichen***

Durch die Verwendung dieses Datentyps wird ab OSCI-XMeld 1.3.3 gewährleistet, dass nur noch schemakonforme Werte für das BZSt-Konfliktkennzeichen verwendet werden.

Dieser Typ ist eine Einschränkung des Basistyps **xs:string**.

Die Werte müssen dem Muster 'd{9}' entsprechen.

7.4.2 BZSt.Dublettennummer

*Typ: **type.bzst.dublettennummer***

Durch die Verwendung dieses Datentyps wird ab OSCI-XMeld 1.3.3 gewährleistet, dass nur noch schemakonforme Werte für die BZSt-Dublettennummer verwendet werden.

Dieser Typ ist eine Einschränkung des Basistyps **xs:string**.

Die Werte müssen dem Muster 'd{9}' entsprechen.

7.4.3 BZSt.Versionsnummer

*Typ: **type.bzst.versionsnummer***

Durch die Verwendung dieses Datentyps wird ab OSCI-XMeld 1.3.3 gewährleistet, dass nur noch schemakonforme Werte für die BZSt-Versionsnummer verwendet werden.

Dieser Typ ist eine Einschränkung des Basistyps **xs:string**.

Die Werte müssen dem Muster 'd{9}' entsprechen.

7.4.4 BZSt.Erinnerungsstatus

*Typ: **type.bzst.erinnerungsstatus***

Durch die Verwendung dieses Datentyps wird ab OSCI-XMeld 1.3.3 gewährleistet, dass nur noch schemakonforme Werte für den BZSt-Erinnerungsstatus verwendet werden.

Dieser Typ ist eine Einschränkung des Basistyps **xs:string**.

Die Werte müssen dem Muster '00|1E|2E' entsprechen.

7.4.5 BZSt.Zeicheneinzelfall

Typ: `type.bzst.zeicheneinzelfall`

Durch die Verwendung dieses Datentyps wird ab OSCI-XMeld 1.4 gewährleistet, dass ein konkreter BZSt-Zeicheneinzelfall maximal 25 Zeichen umfassen kann. Außer den Zeichen **A** . . **Z**, **a** . . **z** sowie den Ziffern 0 . . 9 sind maximal zwei Sonderzeichen erlaubt. Umlaute und das “ß” gelten als Sonderzeichen.

Dieser Typ ist eine Einschränkung des Basistyps `xs:string`.

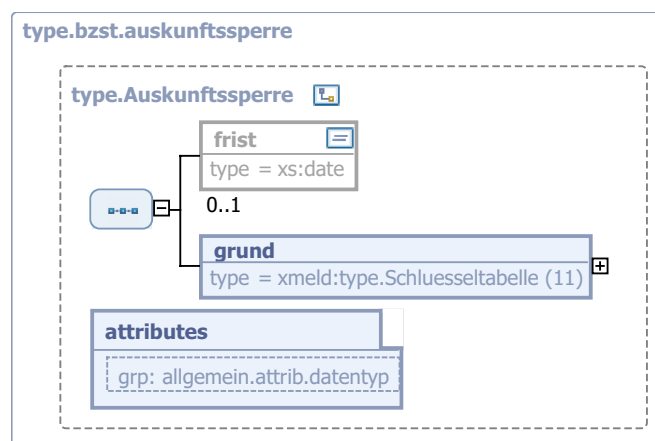
Die Werte müssen dem Muster '{1,25}' entsprechen.

7.4.6 Datentyp für die Übermittlung von Auskunftssperren im BZSt-Kontext

Typ: `type.bzst.auskunftssperre`

Bei einer Datenübermittlung an das BZSt darf nur der Grund für das Bestehen einer Auskunftssperre übermittelt werden. Für diesen Zweck wird dieser eingeschränkte Datentyp bereitgestellt.

Bild 7-10 type.bzst.auskunftssperre



Dieser Typ ist eine Einschränkung des Basistyps `type.Auskunftssperre` (siehe [Abschnitt 1.7.2 auf Seite 67](#)).

Kindelement von <code>type.bzst.auskunftssperre</code>				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
grund	<code>type.Schluesstabelle</code>	1		

7.4.6.1 grund (type.Schluesstabelle)

Es ist der Grund der Auskunftssperre anzugeben.

Der Wert dieses Elements ergibt sich aus der Schlüsseltabelle 11: *Grund für Auskunftssperre* auf [Seite 799](#).

7.4.7 Datentyp für alle zur Identifikation eines BZSt-Konfliktfalles notwendigen Daten

Typ: `type.bzst.konfliktmanagement`

Um alle in Zusammenhang mit einem konkreten Konflikt notwendigen Informationen an *einer* Stelle zusammenzufassen, wurde das Element `type.bzst.konfliktmanagement` definiert.

Dieses Element umfasst folgende Kindelemente:

- `konfliktkennzeichen`
- `dublettennummer`
- `versionsnummer`

Bild 7-11 `type.bzst.konfliktmanagement`



Kindelemente von <code>type.bzst.konfliktmanagement</code>				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
konfliktkennzeichen	<code>type.bzst.konfliktkennzeichen</code>	1	Abschnitt 7.4.1	437 *
dublettennummer	<code>type.bzst.dublettennummer</code>	1	Abschnitt 7.4.2	437 *
versionsnummer	<code>type.bzst.versionsnummer</code>	1	Abschnitt 7.4.3	437 *

7.4.7.1 `konfliktkennzeichen` (`type.bzst.konfliktkennzeichen`)

Das Konfliktkennzeichen wird im Konfliktfall (Bsp. vermutete Dubletten) vom BZSt vergeben. Es identifiziert einen konkreten Konflikt, in dem das BZSt vermutet, dass Unrichtigkeiten oder Unvollständigkeiten in den Melderegistern der beteiligten Meldebehörden vorliegen.

Solange ein Konfliktfall noch nicht abgeschlossen ist und sich zwischenzeitlich zusätzliche Erkenntnisse ergeben, die den dann noch Beteiligten wieder mitgeteilt werden müssen, erfolgt diese Mitteilung unter Erweiterung des bereits verwendeten Konfliktkennzeichens und der bereits verwendeten Dublettennummer um die Versionsnummer (z. B. Konfliktkennzeichen/Dublettennummer/Versionsnummer: 4711/1/1, 4711/1/2, ...). Derartige Situationen werden bereits nach der Erstübermittlung der VBMs an das BZSt mit Beginn der Konsolidierungsphase auftreten.

7.4.7.2 `dublettennummer` (`type.bzst.dublettennummer`)

Ein Konfliktfall besteht aus Hinweisen zu mindestens zwei Personen, die nach Erkenntnissen des BZSt als identisch erscheinen. Pro Konfliktfall wird jeder Person eine eindeutige Dublettennummer (DNr) zugeordnet. Die DNr bleibt während der Lebenszeit des Konfliktfalles unverändert bestehen und kann so zur Referenzierung bei der Aufklärung des Konfliktes sowohl bei den beteiligten Meldebehörden wie beim BZSt verwendet werden.

7.4.7.3 versionsnummer (type.bzst.versionsnummer)

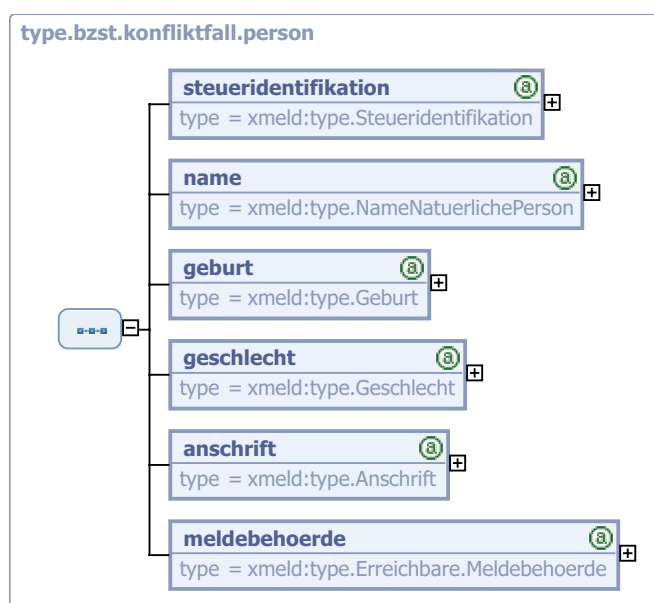
Ein Konfliktfall wird nur bei Zuständigkeitswechsel durch Umzug vom BZSt fortgeschrieben. Anhand der ergänzenden Versionsnummer kann eine konkrete Ausprägung des Konfliktes identifiziert werden.

7.4.8 Datentyp für die Beschreibung einer an einem BZSt-Konfliktfall beteiligten Person

Typ: *type.bzst.konfliktfall.person*

Es werden für jeden am Konflikt beteiligten BZSt-Datensatz alle beim BZSt gespeicherten personenbezogenen Daten zu Vergleichszwecken übermittelt. Außerdem sind die Daten der beteiligten Meldebehörde mit übermittelt.

Bild 7-12 type.bzst.konfliktfall.person



Kindelemente von type.bzst.konfliktfall.person				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
steueridentifikation	type.Steueridentifikation	1	Abschnitt 1.3.17	51
name	type.NameNatuerlichePerson	1	Abschnitt 1.4.1	53 *
geburt	type.Geburt	1	Abschnitt 1.3.5	39
geschlecht	type.Geschlecht	1	Abschnitt 1.3.6	40
anschrift	type.Anschrift	1	Abschnitt 1.7.4	73
meldebehoerde	type.Erreichbare.Meldebehoerde	1	Abschnitt 1.9.5	88

7.4.8.1 name (type.NameNatuerlichePerson)

Dies Element umfasst nur die Namensinformationen, wie sie auch von der Meldebehörde empfangen wurden.

7.4.8.2 anschrift (type.Anschrift)

Umsetzungshinweise:

Bei Anschriften im Geltungsbereich des MRRG sind mindestens der AGS, die Postleitzahl, die Gemeinde, der frühere Gemeindename und die Straße zu erfassen.

7.4.9 Datenstruktur für die Plausibilitätsprüfung eines Steuerpflichtigen beim BZSt

Typ: `type.plausibilitaetsteuerpflichtiger`

Die hier übermittelten Daten dienen der Plausibilitätsprüfung beim BZSt bzw. der MB.

Bei Übermittlung von MB an BZSt werden in diesem Element die Daten vor Änderung mitgeteilt. Diese Daten müssen identisch sein mit den beim BZSt gespeicherten Daten vor der Änderung.

Bei Übermittlung vom BZSt an MB werden in diesem Element die aktuellen BZSt-Daten übermittelt.

Für die Plausibilitätsdaten wurde bisher nur das Geburtsdatum ausgewählt, da es sich besonders gut zur ergänzenden Identifikation eignet und relativ selten geändert wird. Aus diesem Grunde werden Namen ausdrücklich *nicht* verwendet (Namensänderungen bei Eheschließungen, Vornamensänderungen bei Ausländern, etc).

Bild 7-13 type.plausibilitaetsteuerpflichtiger



Kindelement von type.plausibilitaetsteuerpflichtiger				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
plausibilitaet.geburt	type.Geburt	1	Abschnitt 1.3.5	39 *

7.4.9.1 plausibilitaet.geburt (type.Geburt)

Es darf im Zusammenhang mit der Plausibilitätsprüfung nur der Tag der Geburt übermittelt werden.

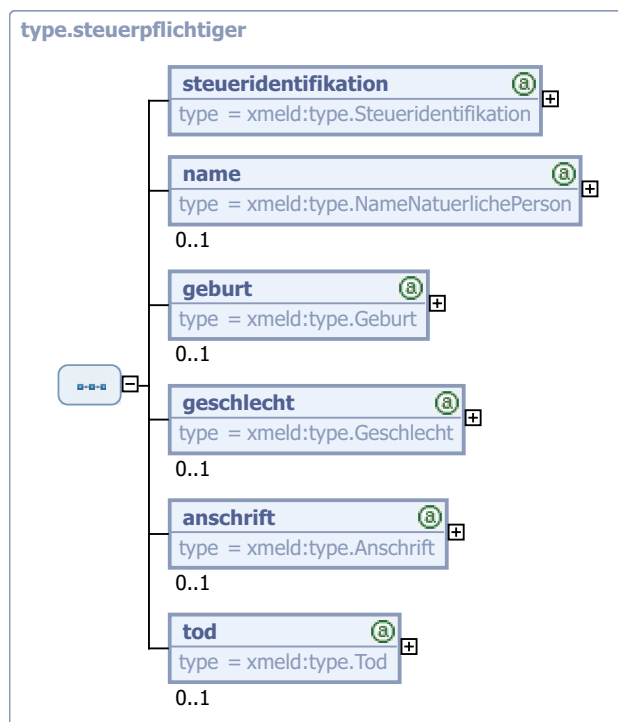
7.4.10 Steuerpflichtiger: Vollständiger Datensatz

Typ: `type.steuerpflichtiger`

Der Typ `type.steuerpflichtiger` fasst die Daten gemäß § 139b Abs. 6 AO zusammen.

Er dient derzeit (OSCI–XMeld 1.2) nur dokumentarischen Zwecken und wird ansonsten *nicht* in Nachrichten verwendet.

Bild 7-14 `type.steuerpflichtiger`



Kindelemente von <code>type.steuerpflichtiger</code>				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
steueridentifikation	<code>type.Steueridentifikation</code>	1	Abschnitt 1.3.17	51
name	<code>type.NameNatuerlichePerson</code>	0..1	Abschnitt 1.4.1	53 *
geburt	<code>type.Geburt</code>	0..1	Abschnitt 1.3.5	39 *
geschlecht	<code>type.Geschlecht</code>	0..1	Abschnitt 1.3.6	40
anschrift	<code>type.Anschrift</code>	0..1	Abschnitt 1.7.4	73 *
tod	<code>type.Tod</code>	0..1	Abschnitt 1.3.12	47 *

7.4.10.1 name (`type.NameNatuerlichePerson`)

Es dürfen nur die aktuellen Vornamen, der Familienname, die früheren Namen sowie der Doktorgrad übermittelt werden.

Es dürfen keine Nachweisdaten übermittelt werden.

7.4.10.2 geburt (type.Geburt)

Die Übermittlung der Geburtsinformationen ist nur ohne die Nachweisdaten erlaubt.

7.4.10.3 anschrift (type.Anschrift)

Es darf nur die Anschrift der aktuellen Haupt- oder alleinigen Wohnung übermittelt werden.

7.4.10.4 tod (type.Tod)

Es darf nur das Todesdatum (ohne -ort) übermittelt werden.

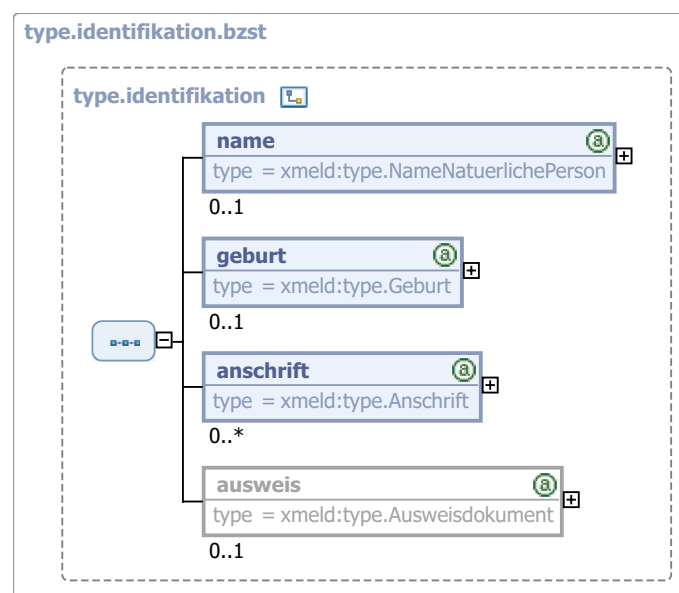
Nachweisdaten dürfen nicht übermittelt werden.

7.4.11 Datentyp zur Identifikation des Betroffenen

Typ: `type.identifikation.bzst`

Falls meldebehördenseitig die IdNr resp. das VBM gelöscht worden sind, ist mit diesem Element eine Zuordnung zum Betroffenen möglich.

Bild 7-15 `type.identifikation.bzst`



Dieser Typ ist eine Einschränkung des Basistyps `type.identifikation` (siehe [Abschnitt 2.3.1 auf Seite 123](#)).

Kindelemente von <code>type.identifikation.bzst</code>				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
name	<code>type.NameNatuerlichePerson</code>	1	Abschnitt 1.4.1	53 *
geburt	<code>type.Geburt</code>	1	Abschnitt 1.3.5	39 *
anschrift	<code>type.Anschrift</code>	1	Abschnitt 1.7.4	73 *

7.4.11.1 name (type.NameNatuerlichePerson)

Dieses Element dient dazu, den Betroffenen anhand seines Namens zu identifizieren.

Es muss mindestens ein Vor- und ein Nachname des Betroffenen angegeben werden. Weitere Namensangaben sind optional.

7.4.11.2 geburt (type.Geburt)

Dieses Element dient dazu, den Betroffenen anhand von Angaben zu seiner Geburt zu identifizieren.

Es muss mindestens das Geburtsdatum angegeben werden, weitere Daten sind optional.

7.4.11.3 anschrift (type.Anschrift)

Die beim BZSt bekannte Anschrift des Betroffenen ist zur Identifikation anzugeben.

7.5 Die Nachrichten

Eine Übersicht aller für den Datenaustausch mit dem Bundeszentralamt für Steuern spezifischen Nachrichten finden Sie in der [Tabelle auf Seite 444](#). Da es sich um eine Datenübermittlung zwischen Meldebehörden und anderen Behörden gemäß § 18 MRRG handelt, sind diese Nachrichten Bestandteil der Nachrichtenhauptgruppe **dateneuebermittlung**, siehe [Abschnitt 6.5 auf Seite 358](#).

Alle Nachrichten zu <i>“Datenübermittlungen zwischen Meldebehörden und BZSt (§ 139b AO)”</i>		
Nr.	Beschreibung	Seite
0500	<p>Die Meldebehörde fordert gemäß § 139b Abs. 6 und 7 AO für den/die Betroffenen die Vergabe einer IdNr an. Diese Nachricht (=Sammelnachricht) enthält das vorläufige Bearbeitungsmerkmale (VBM) des/der Betroffenen.</p> <p>Eine Übermittlung von Plausibilitätsdaten (vgl. Nachricht 0502) ist aus folgendem Grund nicht notwendig: Man muss davon ausgehen, dass im Meldeamt die aktuellen, geprüften und maßgeblichen Daten vorliegen. Insbesondere in der Zwischenzeit der Erstanforderung der IdNr und der Zuteilung dieser kann und wird es vielfältige Veränderungen in den unterschiedlichen Datensätzen eines Steuerpflichtigen geben, z. B. eine Namensänderung. Diese Veränderung wird mit dem VBM entsprechend der Änderung an das BZSt verschickt. Wann diese in den Datenbestand des BZSt eingearbeitet werden, ist nicht nachvollziehbar. Da eine Zuordnung der zugesandten IdNr über die VBM eindeutig möglich ist, und bedingt durch die nicht nachvollziehbare Aktualität der Daten beim BZSt, wird es keine zusätzliche Plausibilitätsprüfung geben.</p> <p>Diese Nachricht wird auch verwendet, wenn für einen Betroffenen eine vorher (mit einer 0510-Nachricht) mitgeteilte Nichtzuständigkeit wieder zurückgenommen werden soll.</p> <p>Rechtsgrundlage: § 139b (6), (7) AO</p>	448
0501	<p>Die mit der Nachricht 0500 angeforderte IdNr wurde vom BZSt vergeben und wird mit dieser Nachricht der Meldebehörde mitgeteilt. Zur eindeutigen Zuordnung des Betroffenen bei der Meldebehörde wird das VBM zurückübermittelt, d. h. beide Elemente müssen gefüllt sein.</p>	451

Alle Nachrichten zu <i>“Datenübermittlungen zwischen Meldebehörden und BZSt (§ 139b AO)”</i>		
Nr.	Beschreibung	Seite
0502	<p>Diese Nachricht wird von der Meldebehörde an das BZSt geschickt, wenn Personendaten geändert worden sind. Hierzu zählen auch Anschriftenänderungen innerhalb der Gemeinde, sofern damit keine Änderung des AGS oder des amtlichen Gemeindennamens (Wohnort) verbunden ist. (Änderungen am AGS oder dem amtlichen Gemeindennamen sind mit Nachricht 0515 mitzuteilen.)</p> <p>Es werden grundsätzlich <i>alle beim BZSt zu speichernden Daten</i> übermittelt, um die Datenqualität jederzeit sicherstellen zu können.</p> <p>Der korrespondierende Datensatz in der BZSt-Datenbank ist mit dem in dieser Nachricht gelieferten Bruttodatensatz komplett zu überschreiben. Um sicherzustellen, dass die anhand der IdNr beim BZSt gefundene Person auch diejenige ist, deren Daten zu überschreiben sind, wird als zusätzliches Plausibilitätsmerkmal das Geburtsdatum übermittelt.</p> <p>Betrifft die Änderung das Geburtsdatum selbst, so wird zur Plausibilitätsprüfung das Geburtsdatum <i>vor Änderung</i> übermittelt, in der Nachricht selbst das <i>geänderte</i> Geburtsdatum.</p> <p>Deshalb ist der gemeindeübergreifende Wohnsitzwechsel (verbunden mit einem Wechsel der zuständigen Meldebehörde) mit der Nachricht datenuebermittlung.zustaendigkeitsteuerpflichtiger.0504 zu übermitteln. Das Ende der Zuständigkeit (Tod, Wegzug ins Ausland oder nach unbekannt, Abmeldung von Amts wegen) ist mit der Nachricht datenuebermittlung.endezustaendigkeitsteuerpflichtiger.0510 zu übermitteln.</p> <p>Wenn sich durch Umbenennung oder Änderungen am Gemeindegefüge der AGS und/oder der amtl. Gemeindename (Wohnort) ändern, ist dies mit der Nachricht datenuebermittlung.umbenennungagswohnort.0515 zu übermitteln.</p> <p>Rechtsgrundlage: § 139b (8) AO</p>	452
0503	<p>Mit dieser Nachricht teilt das BZSt der den Konflikt auslösenden Meldebehörde mit, dass konkrete Anhaltspunkte für Unrichtigkeiten der Melderegister vorliegen.</p> <p>Die Meldebehörde ist verpflichtet, den Sachverhalt zu überprüfen und das Ergebnis dem BZSt mitzuteilen. Dazu erhält die Meldebehörde Informationen über alle betroffenen Datensätze, die von den jeweiligen Meldebehörden zu einem früheren Zeitpunkt an das BZSt übermittelt worden sind. (Hinweis: Konflikte können auch innerhalb derselben Meldebehörde auftreten.)</p> <p>Außerdem wird das Element konfliktmanagement zur Erleichterung der Kommunikation übermittelt.</p> <p>Hinweis: Diese Nachricht wird nur in der Phase des <i>“laufenden Betriebs”</i> verwendet.</p> <p>Rechtsgrundlage: § 4a MRRG in Verbindung mit § 139b (9) AO</p>	455
0504	<p>Die Nachricht 0504 wird von der Meldebehörde an das BZSt geschickt, wenn eine Haupt- oder alleinige Wohnung in der Gemeinde durch Zuzug oder Statuswechsel begründet und dadurch diese Meldebehörde zuständig im Sinne § 139b AO wird. Voraussetzung dafür ist der Eingang einer 0203 mit VBM resp. IdNr.</p> <p>Es werden der komplette für das BZSt erforderliche Datensatz des Steuerpflichtigen sowie Plausibilitätsdaten übermittelt (nach § 139b AO).</p> <p>Auf Seiten des BZSt bewirkt der Erhalt dieser Nachricht, dass (bis zu einer erneuten Mitteilung über den Wechsel der Zuständigkeit) Änderungsnachrichten nur von derjenigen Meldebehörde akzeptiert und bearbeitet werden, die sich mit einer Nachricht diesen Typs als <i>“zuständig für den Betroffenen”</i> erklärt hat.</p> <p>Rechtsgrundlage: § 139b (8) AO</p>	457

Alle Nachrichten zu <i>“Datenübermittlungen zwischen Meldebehörden und BZSt (§ 139b AO)”</i>		
Nr.	Beschreibung	Seite
0505	<p>Mit dieser Nachricht teilt das BZSt der betroffenen Meldebehörde mit, dass konkrete Anhaltspunkte für Unrichtigkeiten oder Unvollständigkeiten im Melderegister vorliegen. – Das BZSt vermutet nach der Anforderung einer IdNr einen Konflikt mit einem oder mehreren Datensätzen in der BZSt-Datenbank. Mit dieser Nachricht werden alle involvierten Meldebehörden über diesen möglichen Konflikt informiert und um Klärung gebeten. Alle Meldebehörden sind verpflichtet, den Sachverhalt zu überprüfen und das Ergebnis dem BZSt mitzuteilen.</p> <p>Jede Meldebehörde erhält Informationen über alle betroffenen Meldebehörden (Gemeindenname, Erreichbarkeit) sowie vollständig alle betroffenen Datensätze, die von den jeweiligen Meldebehörden an das BZSt übermittelt worden sind. (Hinweis: Konflikte können auch innerhalb derselben Meldebehörde auftreten.)</p> <p>Außerdem wird das Element konfliktmanagement zur Erleichterung der Kommunikation übermittelt.</p> <p>Hinweis: Diese Nachricht wird nur in der Phase der <i>“Erstvergabe”</i> verwendet.</p> <p>Rechtsgrundlage: § 4a MRRG in Verbindung mit § 139b (9) AO</p>	460
0506	<p>Mit dieser Nachricht zieht eine Meldebehörde einen früher gestellten Antrag (mit einer Nachricht 0500) auf Erteilung einer IdNr zurück.</p> <p>Diese Nachricht wird von der Meldebehörde an das BZSt gesandt, nachdem innerhalb der Meldebehörde eine <i>Klärung von Amts wegen</i> zu dem Ergebnis geführt hat, dass eine frühere Anforderung der Vergabe einer IdNr zu Unrecht erfolgt ist.</p> <p>Rechtsgrundlage: § 139b (6), (7) AO</p>	462
0507	<p>Falls bei einer melderegisterinternen Konsolidierung festgestellt wird, dass der Eintrag für eine (mit Haupt- oder alleiniger Wohnung gemeldeten) Person zu löschen ist, so ist mit dieser Nachricht (0507) das BZSt zu informieren.</p> <p>Führt die Meldebehörde in ihrem Register zwei Datensätze zusammen, teilt sie die weiterhin geltende und die stornierte IdNr dem BZSt mit dieser Nachricht mit.</p> <p>Rechtsgrundlage: § 4a MRRG</p>	464
0508	<p>Wird in einer von einer Meldebehörde erhaltenen Nachricht bei der BZSt-seitigen Plausibilitätskontrolle ein Fehler entdeckt, so sendet das BZSt eine Nachricht 0508 an die entsprechende Meldebehörde.</p> <p>Darin wird mit der Schlüsseltabelle 49 der Meldebehörde eine grobe Fehlerklassifizierung übermittelt. Mit differenzierten Hinweisen resp. Freitexten in den zusätzlichen Feldern kann das BZSt eine eigene Fehlerbeschreibung angeben. – Damit bekommt das BZSt einen Gestaltungsspielraum unabhängig von OSCI–XMeld.</p> <p>Beispiele für Fehler sind: Geburts- oder Todesdatum liegt in der Zukunft, übermittelte Felder sind leer, etc.</p> <p>Bei dieser Nachricht handelt es sich um eine Sammelnachricht. Somit kann das BZSt mehrere Fälle (die sich auf verschiedene fehlerhafte Nachrichten beziehen können) an eine Meldebehörde übermitteln.</p> <p>Rechtsgrundlage: § 4a (3) MRRG</p>	465
0509	<p>Hiermit teilt eine Meldebehörde auf Anforderung des BZSt mit, dass die Person in dieser Meldebehörde mit der angegebenen IdNr zu Recht geführt wird, die Meldebehörde also zuständig ist. Diese Nachricht kann somit als Antwort auf eine Konfliktmitteilungsnachricht 0505 oder 0503 geschickt werden.</p> <p>Rechtsgrundlage: § 4a MRRG</p>	468
0510	<p>Mit dieser Nachricht teilt eine Meldebehörde dem BZSt mit, dass sie nicht mehr für den Betroffenen zuständig ist. Diese Nachricht wird geschickt, wenn entweder eine Abmeldung ins Ausland/Unbekannt, eine Abmeldung von Amts wegen oder der Tod des Betroffenen vorliegt.</p> <p>Rechtsgrundlage: § 4a MRRG in Verbindung mit § 139b (8) AO</p>	469

Alle Nachrichten zu <i>“Datenübermittlungen zwischen Meldebehörden und BZSt (§ 139b AO)”</i>		
Nr.	Beschreibung	Seite
0511	Hiermit teilt eine Meldebehörde auf Anforderung des BZSt mit, dass die Person in dieser Meldebehörde mit der angegebenen IdNr nicht geführt wird. Diese Nachricht kann somit als Antwort auf eine Konfliktmitteilungsnachricht 0505 bzw. 0503 geschickt werden. Aus diesen Nachrichten sind dafür die Daten der auslösenden Person in das Element konfliktfall.person zu übernehmen. Rechtsgrundlage: § 4a MRRG	471
0512	Mit dieser Nachricht kann eine Meldebehörde (nach Klärung) eine fehlerhafte Beantragung einer IdNr zurückziehen. Gleichzeitig teilt sie dem BZSt diejenige IdNr mit, die sie im Rahmen des Klärungsprozesses ermittelt hat. Diese Nachricht ist daher eine der möglichen Antwortnachrichten auf die Konfliktmitteilungsnachricht 0503. Rechtsgrundlage: § 4a MRRG	472
0513	Diese Nachricht wird in folgenden Fällen von der Meldebehörde an das BZSt geschickt: <ul style="list-style-type: none"> • Meldebehörde ist bei Erhalt der Nachricht 0501 nicht mehr zuständig, so dass keine VBM-Zuordnung möglich ist • Meldebehörde ist bei Erhalt der Nachricht 0508 nicht mehr zuständig, so dass keine VBM/IdNr-Zuordnung möglich ist Aufgrund dessen können nur die Angaben aus der erhaltenen Nachricht (0501 oder 0508) zurückgesendet werden.	473
0514	Diese Nachricht wird von der Meldebehörde an das BZSt geschickt, falls der Brief mit der IdNr nicht zugestellt werden konnte.	475
0515	Mit dieser Nachricht teilt die Gemeinde aufgrund einer Umbenennung einer Gemeinde oder einer Änderung am Gemeindegefüge (Änderung des AGS und/oder amtl. Gemeindennamens (Wohnort)) dem BZSt die veränderten Anschriftdaten mit. Dabei sind Situationen denkbar, bei denen BZSt-seitig <i>noch</i> keine Informationen über die geänderten AGS/Gemeindennamen vorliegen. Die Nachricht darf deshalb nicht zurückgewiesen werden. Ändern sich in diesem Zusammenhang weitere Anschriftsdaten, werden diese ebenfalls mit dieser Nachricht mitgeteilt. Es werden der komplette für das BZSt erforderliche Datensatz des Steuerpflichtigen sowie Plausibilitätsdaten übermittelt (nach § 139b AO). Für die Übermittlung anderer Anschriftdaten-Änderungen ist Nachricht 0502 vorgesehen. Auf Seiten des BZSt bewirkt der Erhalt dieser Nachricht, dass (bis zu einer erneuten Mitteilung über den Wechsel der Zuständigkeit) Änderungsnachrichten nur von derjenigen Meldebehörde akzeptiert und bearbeitet werden, die sich mit einer Nachricht dieses Typs als <i>“zuständig für den Betroffenen”</i> erklärt hat. Rechtsgrundlage: § 139b (8) AO	477

Die Meldebehörde fordert eine IdNr mit der Nachricht **datenuebermittlung.anforderung.idnr.0500** ([Abschnitt 7.5.1 auf Seite 448](#)) vom BZSt an. Nachdem die IdNr vergeben worden ist, wird sie vom BZSt mit der Nachricht **datenuebermittlung.antwortidnr.0501** ([Abschnitt 7.5.2 auf Seite 451](#)) an die Meldebehörde gesendet.

Sofern das BZSt auf Seiten der Meldebehörde(n) einen Konflikt vermutet, sendet es bis zum Abschluss der Konsolidierungsphase (Erstvergabe) eine Nachricht **datenuebermittlung.konfliktmitteilung.0505** ([Abschnitt 7.5.6 auf Seite 460](#)) an die am vermuteten Konflikt beteiligten Meldebehörden. Nach Abschluss der Konsolidierungsphase (also im laufenden Betrieb) sendet das BZSt bei der Vermutung eines Konfliktes die Nachricht **datenuebermittlung.konfliktmitteilunganausloesser.0503** ([Abschnitt 7.5.4 auf Seite 455](#)) an die den Konflikt auslösende Meldebehörde. Falls vom BZSt eindeutig ein Fehler in der empfangenen Nachricht festgestellt wurde, so versendet das BZSt die Nachricht **datenuebermittlung.fehlerhaftenachricht.0508** ([Abschnitt 7.5.9 auf Seite 465](#)) an die Meldebehörde, von der die Nachricht empfangen worden ist.

Mit der Nachricht **datenuebermittlung.zustaendigkeit.0509** ([Abschnitt 7.5.10 auf Seite 468](#)) teilt die Meldebehörde dem BZSt im Konfliktfall mit, dass die Person mit der angegebenen IdNr zu Recht im Melderegister der Meldebehörde geführt wird. Mit der Nachricht **datenuebermittlung.nichtzustaendigkeit.0511** ([Abschnitt 7.5.12 auf Seite 471](#)) teilt die Meldebehörde dem BZSt im Konfliktfall mit, dass die Person mit der angegebenen IdNr nicht (mehr) im Melderegister der Meldebehörde geführt wird. Mit der Nachricht **datenuebermittlung.zustaendigkeitnachdublette.0512** ([Abschnitt 7.5.13 auf Seite 472](#)) teilt die Meldebehörde dem BZSt im Konfliktfall zu einen mit, dass die Person mit der angegebenen IdNr zu Recht im Melderegister der Meldebehörde geführt wird, zum anderen, dass eine Dublette zusammengeführt wurde.

Sollte eine Meldebehörde auf eine Konfliktmitteilungsnachricht **datenuebermittlung.konfliktmitteilung.0505** oder **datenuebermittlung.konfliktmitteilunganausloeser.0503** nicht innerhalb einer bestimmten Zeit antworten, kann das BZSt diese Nachricht – mit einem entsprechenden Erinnerungsstatus versehen – erneut an die Meldebehörde versenden.

Änderungen an den im Melderegister gespeicherten Personendaten werden von der Meldebehörde mit der Nachricht **datenuebermittlung.aenderungsteuerpflichtiger.0502** ([Abschnitt 7.5.3 auf Seite 452](#)) an das BZSt weitergegeben.

Mit der Nachricht **datenuebermittlung.stornoanforderungidnr.0506** ([Abschnitt 7.5.7 auf Seite 462](#)) kann die Meldebehörde eine irrtümlich durchgeführte IdNr-Anforderung beim BZSt stornieren.

Sofern sich (durch Statuswechsel oder Umzug) ein Zuständigkeitswechsel ergibt, teilt die zukünftig zuständige Meldebehörde diesen Sachverhalt dem BZSt mit der Nachricht **datenuebermittlung.zustaendigkeitsteuerpflichtiger.0504** ([Abschnitt 7.5.5 auf Seite 457](#)) mit. Mit der Nachricht **datenuebermittlung.endezustaendigkeitsteuerpflichtiger.0510** ([Abschnitt 7.5.11 auf Seite 469](#)) kann eine Meldebehörde ihre bisherige Zuständigkeit für einen Steuerpflichtigen für beendet erklären.

Es ist möglich, dass durch meldebehördeninterne Konsolidierung festgestellt wird, dass eine Person aus dem Melderegister zu streichen ist. Dies wird dem BZSt mit der Nachricht **datenuebermittlung.stornierungperson.0507** ([Abschnitt 7.5.8 auf Seite 464](#)) mitgeteilt.

Mit den Nachrichten **datenuebermittlung.nichtmehrzustaendigkeit.0513** ([Abschnitt 7.5.14 auf Seite 473](#)) und **datenuebermittlung.briefnichtzustellbar.0514** ([Abschnitt 7.5.15 auf Seite 475](#)) informiert die Meldebehörde das BZSt über die Nichtzustellbarkeit der IdNr-Benachrichtigung.

7.5.1 Anforderung der IdNr

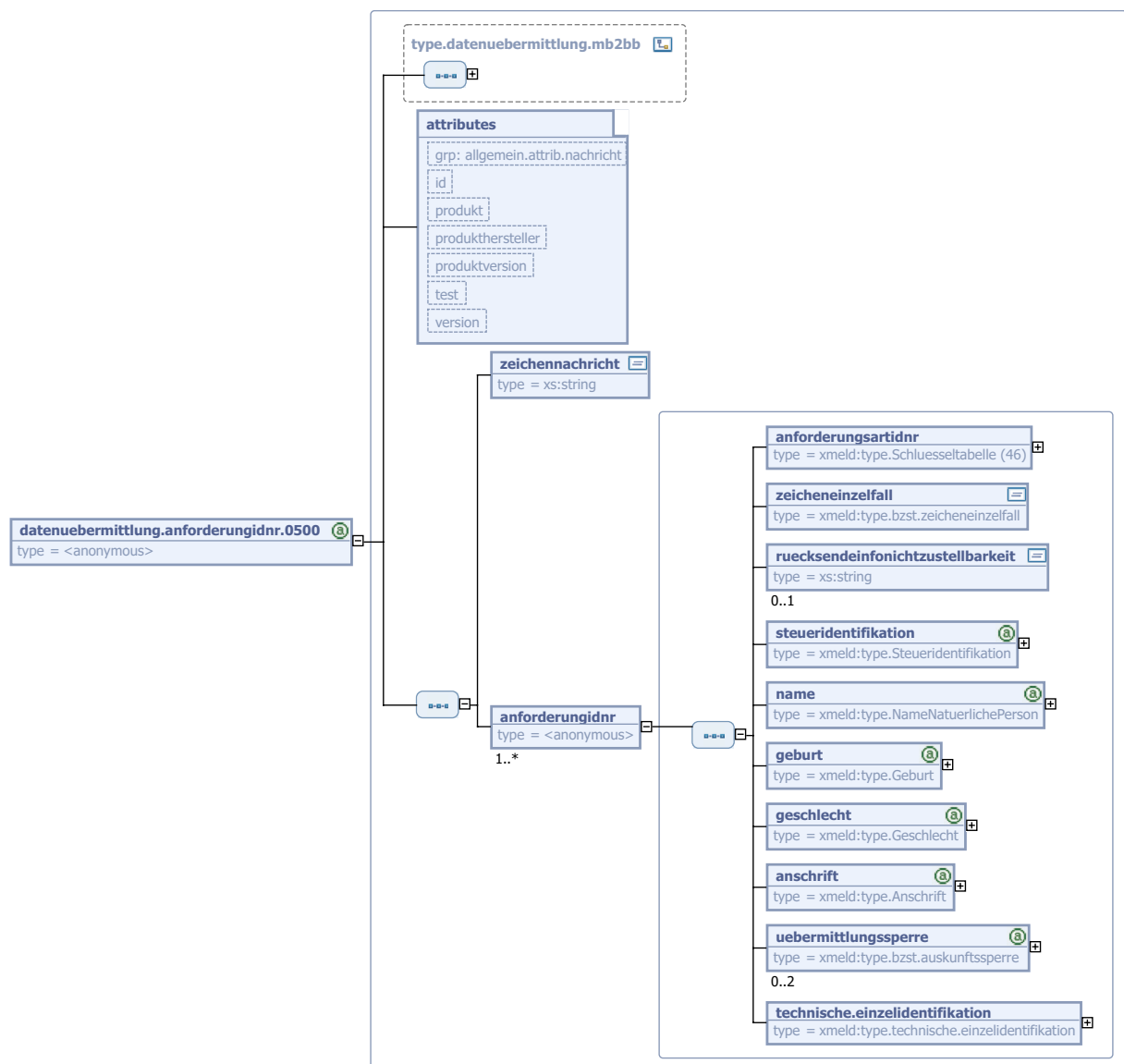
*Nachricht: **datenuebermittlung.anforderungidnr.0500***

Die Meldebehörde fordert gemäß § 139b Abs. 6 und 7 AO für den/die Betroffenen die Vergabe einer IdNr an. Diese Nachricht (=Sammelnachricht) enthält das vorläufige Bearbeitungsmerkmale (VBM) des/der Betroffenen.

Eine Übermittlung von Plausibilitätsdaten (vgl. Nachricht 0502) ist aus folgendem Grund nicht notwendig: Man muss davon ausgehen, dass im Meldeamt die aktuellen, geprüften und maßgeblichen Daten vorliegen. Insbesondere in der Zwischenzeit der Erstanforderung der IdNr und der Zuteilung dieser kann und wird es vielfältige Veränderungen in den unterschiedlichen Datensätzen eines Steuerpflichtigen geben, z. B. eine Namensänderung. Diese Veränderung wird mit dem VBM entsprechend der Änderung an das BZSt verschickt. Wann diese in den Datenbestand des BZSt eingearbeitet werden, ist nicht nachvollziehbar. Da eine Zuordnung der zugesandten IdNr über die VBM eindeutig möglich ist, und bedingt durch die nicht nachvollziehbare Aktualität der Daten beim BZSt, wird es keine zusätzliche Plausibilitätsprüfung geben.

Diese Nachricht wird auch verwendet, wenn für einen Betroffenen eine vorher (mit einer 0510-Nachricht) mitgeteilte Nichtzuständigkeit wieder zurückgenommen werden soll.

Rechtsgrundlage: § 139b (6), (7) AO

Bild 7-16 datenuebermittlung.anforderungidnr.0500

Diese Nachricht ist eine Erweiterung des Basistyps `type.datenuebermittlung.mb2bb` (siehe [Abschnitt 2.2.4.5 auf Seite 117](#)).

Kindelemente von <code>datenuebermittlung.anforderungidnr.0500</code>				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
zeichennachricht	<code>xs:string</code>	1		
anforderungidnr		1..n		

7.5.1.1 `zeichennachricht (xs:string)`

Die versendende Meldebehörde trägt hier ihr Zuordnungsmerkmal für die Anfrage ein (Aktenzeichen, Surrogat, Geschäftskennzeichen). Falls das BZSt auf diese Nachricht reagiert, kann es dieses Merkmal verwenden, so dass meldebehördenseitig eine unmittelbare Zuordnung zur ursprünglich auslösenden Nachricht möglich ist.

7.5.1.2 anforderungidnr

Der Typ `type.anforderungidnr` enthält Daten über den Steuerpflichtigen sowie die Anforderungsart.

Kindelemente von <code>anforderungidnr</code>				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
<code>anforderungsartidnr</code>	<code>type.Schluesseltabelle</code>	1		
<code>zeicheneinzelfall</code>	<code>type.bzst.zeicheneinzelfall</code>	1	Abschnitt 7.4.5	438 *
<code>ruecksendeinfonichtzustellbarkeit</code>	<code>xs:string</code>	0..1		
<code>steueridentifikation</code>	<code>type.Steueridentifikation</code>	1	Abschnitt 1.3.17	51
<code>name</code>	<code>type.NameNatuerlichePerson</code>	1	Abschnitt 1.4.1	53 *
<code>geburt</code>	<code>type.Geburt</code>	1	Abschnitt 1.3.5	39 *
<code>geschlecht</code>	<code>type.Geschlecht</code>	1	Abschnitt 1.3.6	40
<code>anschrift</code>	<code>type.Anschrift</code>	1	Abschnitt 1.7.4	73 *
<code>uebermittlungssperre</code>	<code>type.bzst.auskunftssperre</code>	0..2	Abschnitt 7.4.6	438 *
<code>technische.einzelidentifikation</code>	<code>type.technische.einzelidentifikation</code>	1	Abschnitt 2.4.3	140

7.5.1.2.1 anforderungsartidnr (`type.Schluesseltabelle`)

Anforderungsart der IdNr.

Der Wert dieses Elements ergibt sich aus der Schlüsseltabelle 46: *Mitteilung der Zuständigkeit* auf [Seite 821](#).

7.5.1.2.2 zeicheneinzelfall (`type.bzst.zeicheneinzelfall`)

Kennzeichen zur Identifikation des Einzelfalls innerhalb der Sammelnachricht.

7.5.1.2.3 ruecksendeinfonichtzustellbarkeit (`xs:string`)

Für den Fall der Nichtzustellbarkeit wird als Absenderangabe die Adresse der jeweiligen örtlichen Meldebehörde vermerkt, die auch für die weitere Problemlösung zuständig ist. Dazu soll das BZSt für den Fall der Nichtzustellbarkeit möglichst präzise die Anschrift der übermittelnden Meldebehörde auf dem Umschlag vermerken. (Als Beispiel sei Hamburg mit 27 Meldebehörden genannt.)

Wenn dieses Element nicht vorhanden ist, dann ermittelt das BZSt über den AGS gegen eine bereinigte Bundesgemeindedatei die Angaben zur Aufbereitung der Absenderzeile für den Fall der Unzustellbarkeit selbst.

Umsetzungshinweise:

Wenn vorhanden, ist hier die Postfachadresse der Meldebehörde (Behördenname, Postfach, PLZ, Ort bzw. Behördenname, PLZ-Großkunde, Ort) anzugeben.

7.5.1.2.4 name (`type.NameNatuerlichePerson`)

Es dürfen nur die aktuellen Vornamen, der Rufname, der Familienname, der Ehepartnername, der Lebenspartnerschaftsname, der Geburtsname sowie der Doktorgrad übermittelt werden.

7.5.1.2.5 geburt (type.Geburt)

Die Übermittlung der Geburtsinformationen ist nur ohne die Nachweisdaten erlaubt.

7.5.1.2.6 anschrift (type.Anschrift)

Es darf nur die Anschrift der aktuellen Haupt- oder alleinigen Wohnung übermittelt werden.

Umsetzungshinweise:

Bei Anschriften im Geltungsbereich des MRRG sind mindestens der AGS, die Postleitzahl, die Gemeinde, der frühere Gemeindename und die Straße zu erfassen.

7.5.1.2.7 uebermittlungssperre (type.bzst.auskunftssperre)

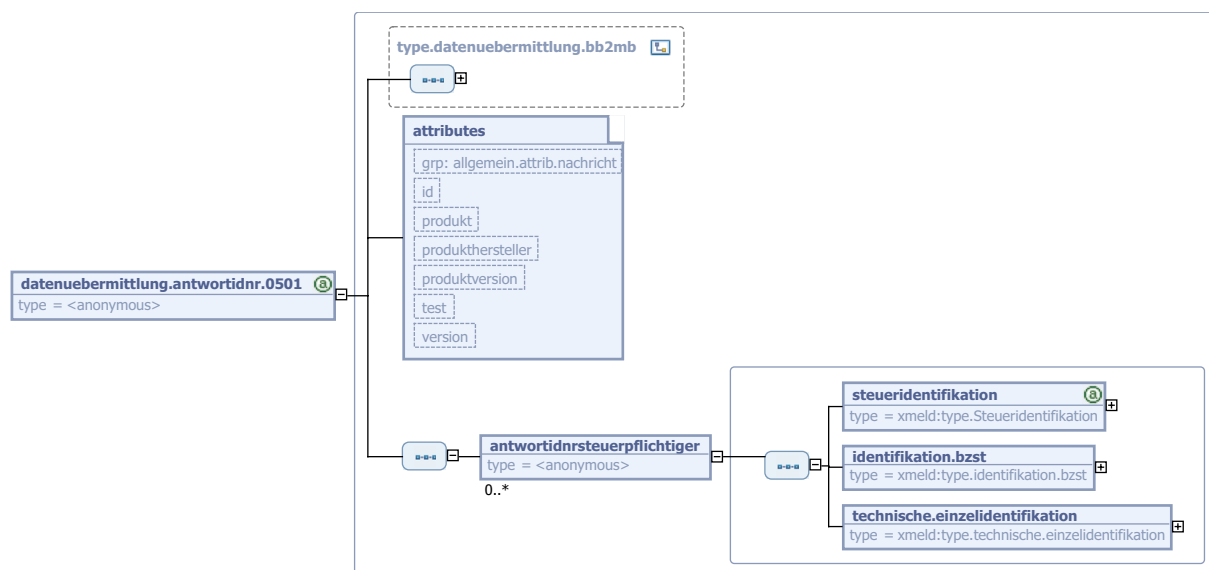
Auf Grund der Sensibilität der mit dieser Nachricht übermittelten Information ist es erforderlich, den Empfänger auf bestehende Übermittlungssperren hinzuweisen (§ 21 Abs. 5 und § 21 Abs. 7 Nr. 2 MRRG), sofern deren Befristungsdatum nicht in der Vergangenheit liegt.

7.5.2 Mitteilung der IdNr durch das BZSt

Nachricht: datenuebermittlung.antwortidnr.0501

Die mit der Nachricht 0500 angeforderte IdNr wurde vom BZSt vergeben und wird mit dieser Nachricht der Meldebehörde mitgeteilt. Zur eindeutigen Zuordnung des Betroffenen bei der Meldebehörde wird das VBM zurückübermittelt, d. h. beide Elemente müssen gefüllt sein.

Bild 7-17 datenuebermittlung.antwortidnr.0501



Diese Nachricht ist eine Erweiterung des Basistyps `type.datenuebermittlung.bb2mb` (siehe [Abschnitt 2.2.4.2 auf Seite 115](#)).

Kindelement von <code>datenuebermittlung.antwortidnr.0501</code>				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
antwortidnrsteuerpflichtiger		0..n		

7.5.2.1 antwortidnrsteuerpflichtiger

Der Typ `type.antwortidnrsteuerpflichtiger` enthält die Steueridentifikationsdaten des Steuerpflichtigen sowie einen Datenblock mit minimalen Identifikationsdaten (wird nur benötigt, falls zwischenzeitlich auf Seiten der Meldebehörde das VBM des Betroffenen gelöscht worden ist).

Kindelemente von antwortidnrsteuerpflichtiger				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
steueridentifikation	<code>type.Steueridentifikation</code>	1	Abschnitt 1.3.17	51
identifikation.bzst	<code>type.identifikation.bzst</code>	1	Abschnitt 7.4.11	443
technische.einzelidentifikation	<code>type.technische.einzelidentifikation</code>	1	Abschnitt 2.4.3	140

7.5.3 Änderung der Daten des Steuerpflichtigen

Nachricht: datenuebermittlung.aenderungsteuerpflichtiger.0502

Diese Nachricht wird von der Meldebehörde an das BZSt geschickt, wenn Personendaten geändert worden sind. Hierzu zählen auch Anschriftenänderungen innerhalb der Gemeinde, sofern damit keine Änderung des AGS oder des amtlichen Gemeindefamens (Wohnort) verbunden ist. (Änderungen am AGS oder dem amtlichen Gemeindefamens sind mit Nachricht 0515 mitzuteilen.)

Es werden grundsätzlich *alle beim BZSt zu speichernden Daten* übermittelt, um die Datenqualität jederzeit sicherstellen zu können.

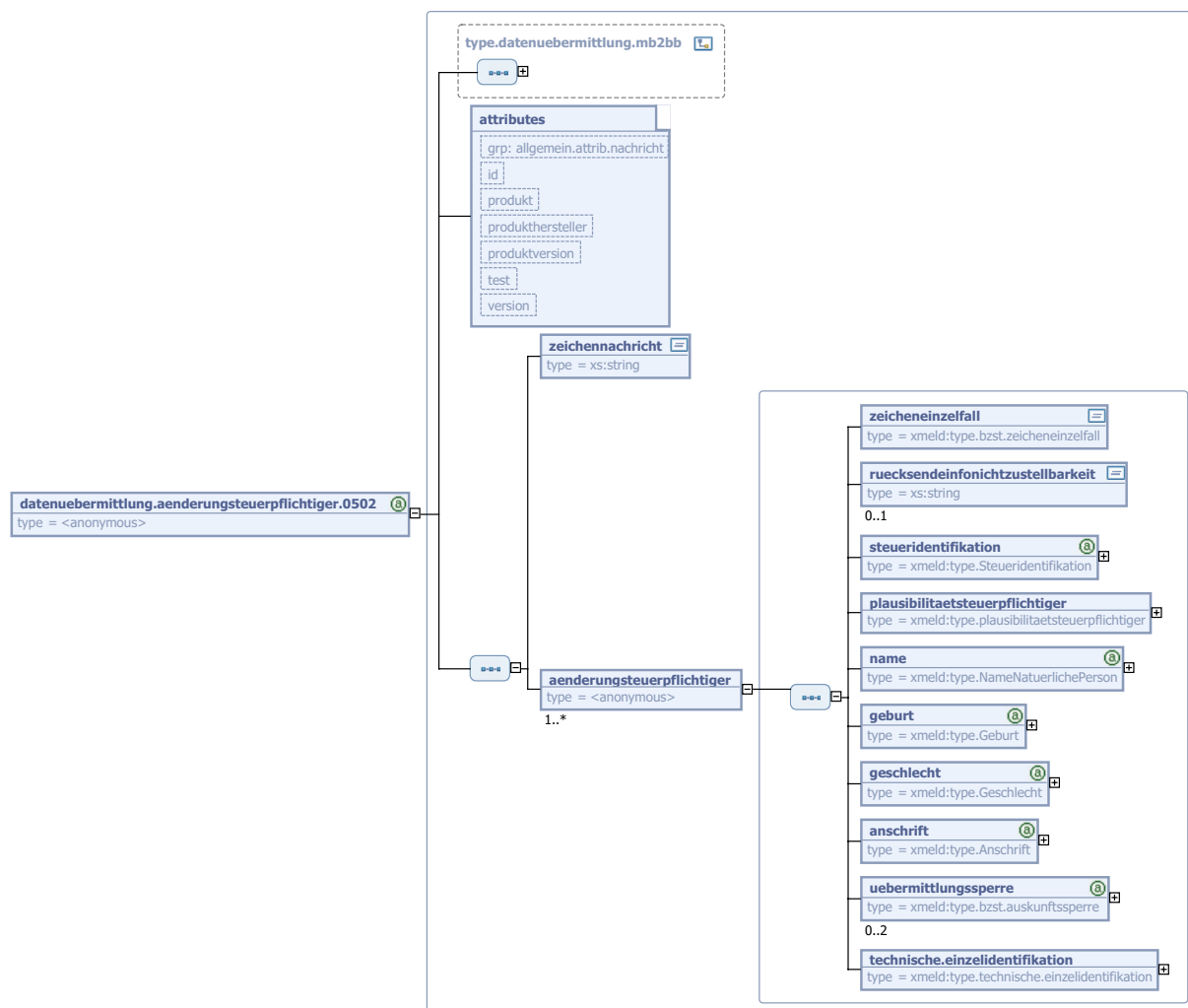
Der korrespondierende Datensatz in der BZSt-Datenbank ist mit dem in dieser Nachricht gelieferten Bruttodatenatz komplett zu überschreiben. Um sicherzustellen, dass die anhand der IdNr beim BZSt gefundene Person auch diejenige ist, deren Daten zu überschreiben sind, wird als zusätzliches Plausibilitätsmerkmal das Geburtsdatum übermittelt.

Betrifft die Änderung das Geburtsdatum selbst, so wird zur Plausibilitätsprüfung das Geburtsdatum *vor Änderung* übermittelt, in der Nachricht selbst das *geänderte* Geburtsdatum.

Deshalb ist der gemeindeübergreifende Wohnsitzwechsel (verbunden mit einem Wechsel der zuständigen Meldebehörde) mit der Nachricht `datenuebermittlung.zustaendigkeitsteuerpflichtiger.0504` zu übermitteln. Das Ende der Zuständigkeit (Tod, Wegzug ins Ausland oder nach unbekannt, Abmeldung von Amts wegen) ist mit der Nachricht `datenuebermittlung.endezustaendigkeitsteuerpflichtiger.0510` zu übermitteln.

Wenn sich durch Umbenennung oder Änderungen am Gemeindegefüge der AGS und/oder der amtlichen Gemeindefame (Wohnort) ändern, ist dies mit der Nachricht `datenuebermittlung.umbenennungagswohnort.0515` zu übermitteln.

Rechtsgrundlage: § 139b (8) AO

Bild 7-18 datenuebermittlung.aenderungsteuerpflichtiger.0502

Diese Nachricht ist eine Erweiterung des Basistyps `type.datenuebermittlung.mb2bb` (siehe [Abschnitt 2.2.4.5 auf Seite 117](#)).

Kindelemente von <code>datenuebermittlung.aenderungsteuerpflichtiger.0502</code>				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
zeichennachricht	<code>xs:string</code>	1		
aenderungsteuerpflichtiger		1..n		

7.5.3.1 `zeichennachricht (xs:string)`

Die versendende Meldebehörde trägt hier ihr Zuordnungsmerkmal für die Anfrage ein (Aktenzeichen, Surrogat, Geschäftskennzeichen). Falls das BZSt auf diese Nachricht reagiert, kann es dieses Merkmal verwenden, so dass meldebehördenseitig eine unmittelbare Zuordnung zur ursprünglich auslösenden Nachricht möglich ist.

7.5.3.2 aenderungsteuerpflichtiger

Der Typ `type.aenderungsteuerpflichtiger` enthält geänderte Daten über den Steuerpflichtigen sowie die Änderungsart.

Kindelemente von aenderungsteuerpflichtiger				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
zeicheneinzelfall	<code>type.bzst.zeicheneinzelfall</code>	1	Abschnitt 7.4.5	438 *
ruecksendeinfonichtzustellbarkeit	<code>xs:string</code>	0..1		
steueridentifikation	<code>type.Steueridentifikation</code>	1	Abschnitt 1.3.17	51
plausibilitaetsteuerpflichtiger	<code>type.plausibilitaetsteuerpflichtiger</code>	1	Abschnitt 7.4.9	441
name	<code>type.NameNatuerlichePerson</code>	1	Abschnitt 1.4.1	53 *
geburt	<code>type.Geburt</code>	1	Abschnitt 1.3.5	39 *
geschlecht	<code>type.Geschlecht</code>	1	Abschnitt 1.3.6	40
anschrift	<code>type.Anschrift</code>	1	Abschnitt 1.7.4	73 *
uebermittlungssperre	<code>type.bzst.auskunftssperre</code>	0..2	Abschnitt 7.4.6	438 *
technische.einzelidentifikation	<code>type.technische.einzelidentifikation</code>	1	Abschnitt 2.4.3	140

7.5.3.2.1 zeicheneinzelfall (type.bzst.zeicheneinzelfall)

Kennzeichen zur Identifikation des Einzelfalls innerhalb der Sammelnachricht.

7.5.3.2.2 ruecksendeinfonichtzustellbarkeit (xs:string)

Für den Fall der Nichtzustellbarkeit wird als Absenderangabe die Adresse der jeweiligen örtlichen Meldebehörde vermerkt, die auch für die weitere Problemlösung zuständig ist. Dazu soll das BZSt für den Fall der Nichtzustellbarkeit möglichst präzise die Anschrift der übermittelnden Meldebehörde auf dem Umschlag vermerken. (Als Beispiel sei Hamburg mit 27 Meldebehörden genannt.)

Wenn dieses Element nicht vorhanden ist, dann ermittelt das BZSt über den AGS gegen eine bereinigte Bundesgemeindedatei die Angaben zur Aufbereitung der Absenderzeile für den Fall der Unzustellbarkeit selbst.

Die Übermittlung dieser Information ist nur erforderlich, bis die Erstzuteilung der IdNr abgeschlossen ist.

Umsetzungshinweise:

Wenn vorhanden, ist hier die Postfachadresse der Meldebehörde (Behördenname, Postfach, PLZ, Ort bzw. Behördenname, PLZ-Großkunde, Ort) anzugeben.

7.5.3.2.3 name (type.NameNatuerlichePerson)

Es dürfen nur die aktuellen Vornamen, der Rufname, der Familienname, der Ehefrau, der Lebenspartnerschaftsname, der Geburtsname sowie der Doktorgrad übermittelt werden.

7.5.3.2.4 geburt (type.Geburt)

Die Übermittlung der Geburtsinformationen ist nur ohne die Nachweisdaten erlaubt.

7.5.3.2.5 anschrift (type.Anschrift)

Es darf nur die Anschrift der aktuellen Haupt- oder alleinigen Wohnung übermittelt werden.

Umsetzungshinweise:

Bei Anschriften im Geltungsbereich des MRRG sind mindestens der AGS, die Postleitzahl, die Gemeinde, der frühere Gemeindename und die Straße zu erfassen.

7.5.3.2.6 uebermittlungssperre (type.bzst.auskunftssperre)

Auf Grund der Sensibilität der mit dieser Nachricht übermittelten Information ist es erforderlich, den Empfänger auf bestehende Übermittlungssperren hinzuweisen (§ 21 Abs. 5 und § 21 Abs. 7 Nr. 2 MRRG), sofern deren Befristungsdatum nicht in der Vergangenheit liegt.

7.5.4 Mitteilung des BZSt über einen vermuteten Konfliktfall an die auslösende Meldebehörde

Nachricht: *datenuebermittlung.konfliktmitteilungausloeser.0503*

Mit dieser Nachricht teilt das BZSt der den Konflikt auslösenden Meldebehörde mit, dass konkrete Anhaltspunkte für Unrichtigkeiten der Melderegister vorliegen.

Die Meldebehörde ist verpflichtet, den Sachverhalt zu überprüfen und das Ergebnis dem BZSt mitzuteilen. Dazu erhält die Meldebehörde Informationen über alle betroffenen Datensätze, die von den jeweiligen Meldebehörden zu einem früheren Zeitpunkt an das BZSt übermittelt worden sind. (Hinweis: Konflikte können auch innerhalb derselben Meldebehörde auftreten.)

Außerdem wird das Element **konfliktmanagement** zur Erleichterung der Kommunikation übermittelt.

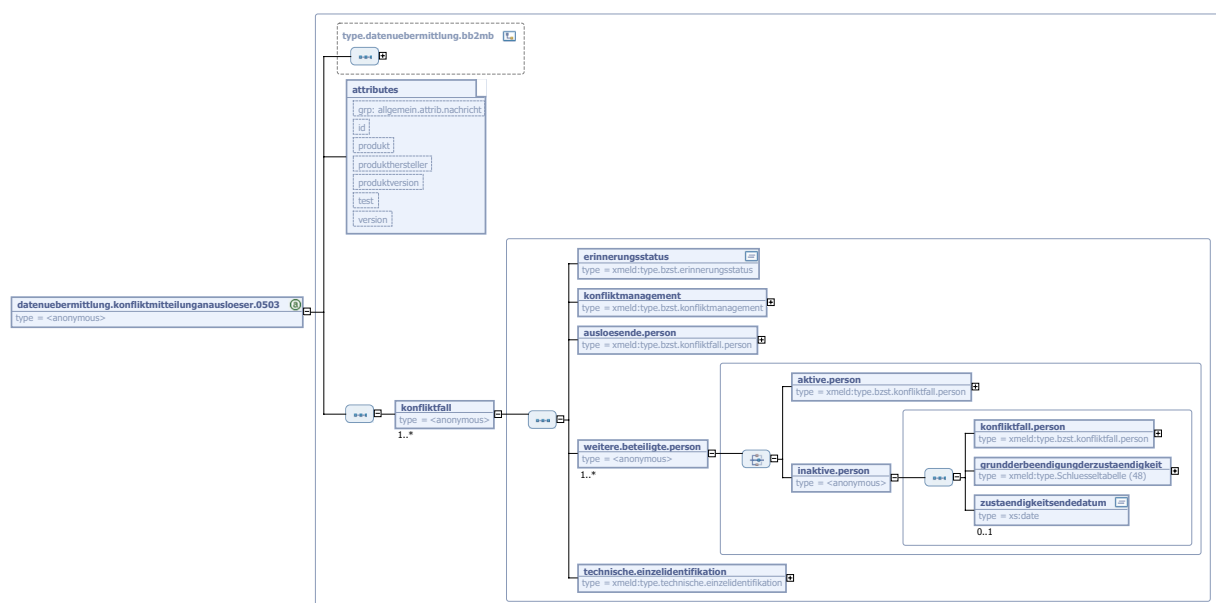
Hinweis: Diese Nachricht wird nur in der Phase des *“laufenden Betriebs”* verwendet.

Rechtsgrundlage: § 4a MRRG in Verbindung mit § 139b (9) AO

Umsetzungshinweise:

Diese Nachricht ist ausschließlich im Produktivbetrieb (also *nach* der Phase der *“Erstvergabe”*) zu verwenden.

Bild 7-19 datenuebermittlung.konfliktmitteilungausloeser.0503



Diese Nachricht ist eine Erweiterung des Basistyps `type.datenuebermittlung.bb2mb` (siehe [Abschnitt 2.2.4.2 auf Seite 115](#)).

Kindelement von <code>datenuebermittlung.konfliktmitteilunganausloeser.0503</code>				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
konfliktfall		1..n		

7.5.4.1 konfliktfall

Dieses Element wird zur Übermittlung genau eines Konfliktfalls verwendet. Zu einem Konfliktfall gehört immer die den Konflikt auslösende und mindestens eine weitere Person. Innerhalb der umfassenden Nachricht 0503 kann dieses Element allerdings n-mal auftreten.

Falls eine Meldebehörde auf die initiale Konfliktmitteilung nicht innerhalb einer sinnvollen Zeit (vom BZSt zu definieren) reagiert, hat das BZSt die Möglichkeit, diese Nachricht erneut zu schicken. Dabei nutzt das BZSt das Feld `erinnerungsstatus`, um der Meldebehörde qualifiziert mitzuteilen, welche Erinnerungsstufe vorliegt.

Kindelemente von <code>konfliktfall</code>				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
erinnerungsstatus	<code>type.bzst.erinnerungsstatus</code>	1	Abschnitt 7.4.4	437 *
konfliktmanagement	<code>type.bzst.konfliktmanagement</code>	1	Abschnitt 7.4.7	439
ausloesende.person	<code>type.bzst.konfliktfall.person</code>	1	Abschnitt 7.4.8	440 *
weitere.beteiligte.person		1..n		
technische.einzelidentifikation	<code>type.technische.einzelidentifikation</code>	1	Abschnitt 2.4.3	140

7.5.4.1.1 `erinnerungsstatus` (`type.bzst.erinnerungsstatus`)

Das Feld `erinnerungsstatus` dient der Übermittlung von Erinnerungs-Warnstufen an die Meldebehörde.

7.5.4.1.2 `ausloesende.person` (`type.bzst.konfliktfall.person`)

Die hier übermittelten Personendaten sind Auslöser des zu lösenden Dublettenproblems.

7.5.4.1.3 `weitere.beteiligte.person`

Für jede weitere am Dublettenproblem beteiligte Person (aktiv oder inaktiv) ist dieses Element genau einmal zu übermitteln.

Kindelemente von <code>weitere.beteiligte.person</code>				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
aktive.person	<code>type.bzst.konfliktfall.person</code>	1	Abschnitt 7.4.8	440 *
inaktive.person		1		

7.5.4.1.3-1 aktive.person (type.bzst.konfliktfall.person)

Mit diesem Element wird eine aktive, am Dublettenproblem beteiligte Person gekennzeichnet.

7.5.4.1.3-2 inaktive.person

Mit diesem Element wird eine inaktive, am Dublettenproblem beteiligte Person gekennzeichnet.

Kindelemente von inaktive.person				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
konfliktfall.person	type.bzst.konfliktfall.person	1	Abschnitt 7.4.8	440
grundderbeendigungderzustaendigkeit	type.Schluesseltabelle	1		
zustaendigkeitsendedatum	xs:date	0..1		

7.5.4.1.3-3 grundderbeendigungderzustaendigkeit (type.Schluesseltabelle)

Beendigung der Zuständigkeit

Der Wert dieses Elements ergibt sich aus der Schlüsseltabelle 48: *Mitteilung der Beendigung der Zuständigkeit* auf [Seite 822](#).

7.5.4.1.3-4 zustaendigkeitsendedatum (xs:date)

Mit diesem Datum teilt die Meldebehörde den Zeitpunkt des Endes ihrer Zuständigkeit mit.

7.5.5 Änderung der für den Steuerpflichtigen zuständigen Meldebehörde

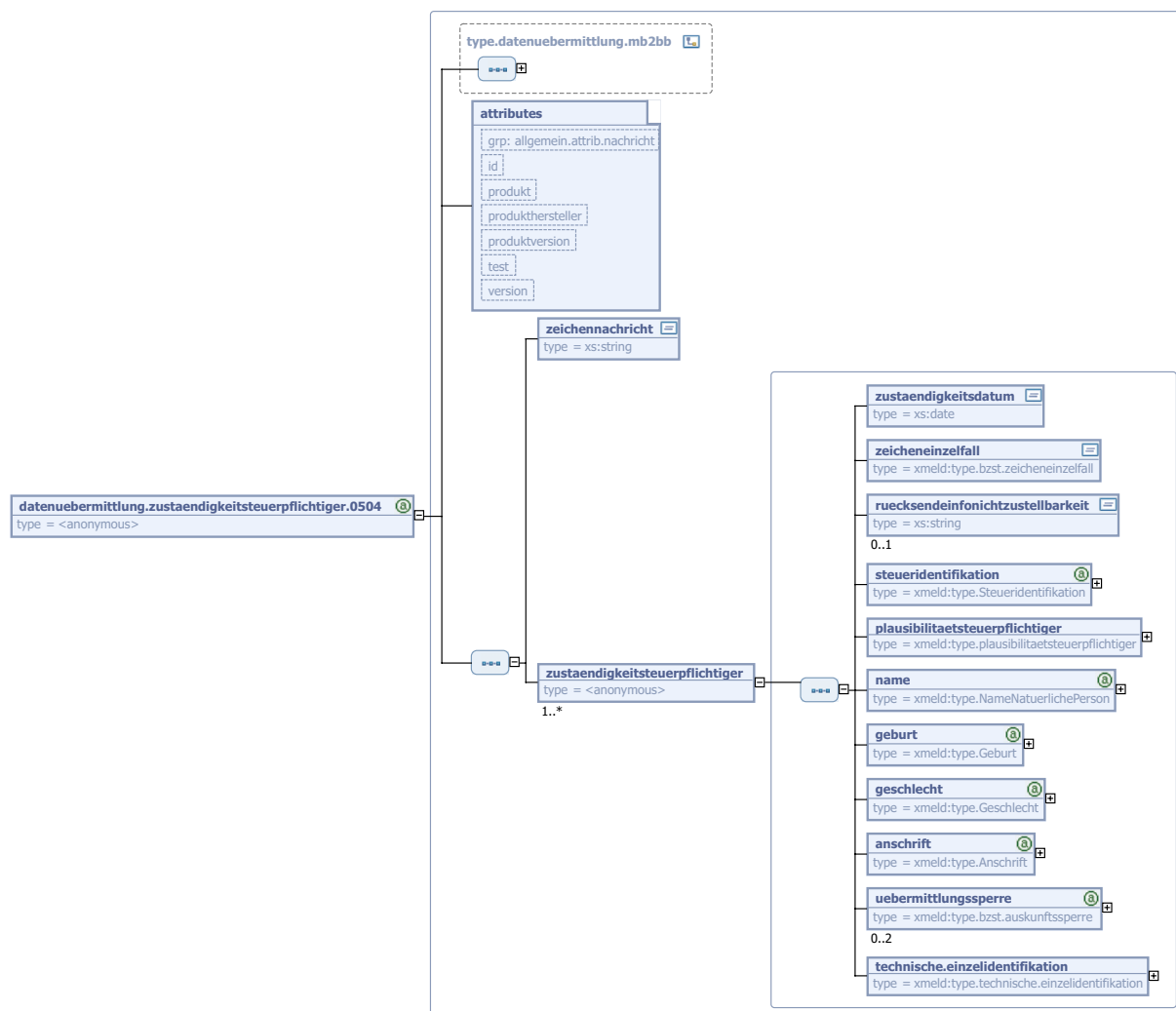
Nachricht: datenuebermittlung.zustaendigkeitsteuerpflichtiger.0504

Die Nachricht 0504 wird von der Meldebehörde an das BZSt geschickt, wenn eine Haupt- oder alleinige Wohnung in der Gemeinde durch Zuzug oder Statuswechsel begründet und dadurch diese Meldebehörde zuständig im Sinne § 139b AO wird. Voraussetzung dafür ist der Eingang einer 0203 mit VBM resp. IdNr.

Es werden der komplette für das BZSt erforderliche Datensatz des Steuerpflichtigen sowie Plausibilitätsdaten übermittelt (nach § 139b AO).

Auf Seiten des BZSt bewirkt der Erhalt dieser Nachricht, dass (bis zu einer erneuten Mitteilung über den Wechsel der Zuständigkeit) Änderungsnachrichten nur von derjenigen Meldebehörde akzeptiert und bearbeitet werden, die sich mit einer Nachricht diesen Typs als *„zuständig für den Betroffenen“* erklärt hat.

Rechtsgrundlage: § 139b (8) AO

Bild 7-20 datenuebermittlung.zustaendigkeitsteuerpflichtiger.0504

Diese Nachricht ist eine Erweiterung des Basistyps `type.datenuebermittlung.mb2bb` (siehe [Abschnitt 2.2.4.5 auf Seite 117](#)).

Kindelemente von <code>datenuebermittlung.zustaendigkeitsteuerpflichtiger.0504</code>				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
zeichennachricht	<code>xs:string</code>	1		
zustaendigkeitsteuerpflichtiger		1..n		

7.5.5.1 `zeichennachricht (xs:string)`

Die versendende Meldebehörde trägt hier ihr Zuordnungsmerkmal für die Anfrage ein (Aktenzeichen, Surrogat, Geschäftskennzeichen). Falls das BZSt auf diese Nachricht reagiert, kann es dieses Merkmal verwenden, so dass meldebehördenseitig eine unmittelbare Zuordnung zur ursprünglich auslösenden Nachricht möglich ist.

7.5.5.2 **zustaendigkeitsteuerpflichtiger**

Der Typ **type.zustaendigkeitsteuerpflichtiger** enthält den kompletten Datensatz über den Steuerpflichtigen sowie das Datum, zu dem der Wohnungstatuswechsel stattgefunden hat bzw. die Haupt- oder alleinige Wohnung bezogen worden ist.

Kindelemente von zustaendigkeitsteuerpflichtiger				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
zustaendigkeitsdatum	xs:date	1		
zeicheneinzelfall	type.bzst.zeicheneinzelfall	1	Abschnitt 7.4.5	438 *
ruecksendeinfonichtzustellbarkeit	xs:string	0..1		
steueridentifikation	type.Steueridentifikation	1	Abschnitt 1.3.17	51
plausibilitaetsteuerpflichtiger	type.plausibilitaetsteuerpflichtiger	1	Abschnitt 7.4.9	441
name	type.NameNatuerlichePerson	1	Abschnitt 1.4.1	53 *
geburt	type.Geburt	1	Abschnitt 1.3.5	39 *
geschlecht	type.Geschlecht	1	Abschnitt 1.3.6	40
anschrift	type.Anschrift	1	Abschnitt 1.7.4	73 *
uebermittlungssperre	type.bzst.auskunftssperre	0..2	Abschnitt 7.4.6	438 *
technische.einzelidentifikation	type.technische.einzelidentifikation	1	Abschnitt 2.4.3	140

7.5.5.2.1 **zustaendigkeitsdatum (xs:date)**

Es ist das Datum des Beziehens der Haupt- oder alleinigen Wohnung anzugeben. Bei einem Statuswechsel ist das Datum des Wohnungstatuswechsels zu übermitteln.

Ab diesem Datum ist die im Nachrichtenkopf übermittelte Meldebehörde zuständig.

Zuständig in diesem Sinne bedeutet, dass das BZSt ab diesem Datum Nachrichten unter anderem vom Typ 0502 und 0510 nur noch von dieser Meldebehörde akzeptiert.

Das Datum ist erforderlich, weil nicht auszuschließen ist, dass aufgrund einer hohen Mobilität einzelner Meldepflichtiger Nachrichten des Typs 0504 beim BZSt nicht in der Reihenfolge der Ereignisse eintreffen (Nachrichten überholen sich aufgrund von Verzögerungen in den Meldebehörden).

7.5.5.2.2 **zeicheneinzelfall (type.bzst.zeicheneinzelfall)**

Kennzeichen zur Identifikation des Einzelfalls innerhalb der Sammelnachricht.

7.5.5.2.3 **ruecksendeinfonichtzustellbarkeit (xs:string)**

Für den Fall der Nichtzustellbarkeit wird als Absenderangabe die Adresse der jeweiligen örtlichen Meldebehörde vermerkt, die auch für die weitere Problemlösung zuständig ist. Dazu soll das BZSt für den Fall der Nichtzustellbarkeit möglichst präzise die Anschrift der übermittelnden Meldebehörde auf dem Umschlag vermerken. (Als Beispiel sei Hamburg mit 27 Meldebehörden genannt.)

Wenn dieses Element nicht vorhanden ist, dann ermittelt das BZSt über den AGS gegen eine bereinigte Bundesgemeindedatei die Angaben zur Aufbereitung der Absenderzeile für den Fall der Unzustellbarkeit selbst.

Die Übermittlung dieser Information ist nur erforderlich, bis die Erstzuteilung der IdNr abgeschlossen ist.

Umsetzungshinweise:

Wenn vorhanden, ist hier die Postfachadresse der Meldebehörde (Behördenname, Postfach, PLZ, Ort bzw. Behördenname, PLZ-Großkunde, Ort) anzugeben.

7.5.5.2.4 name (type.NameNatuerlichePerson)

Es dürfen nur die aktuellen Vornamen, der Rufname, der Familienname, der Ehepartnername, der Lebenspartnerschaftsname, der Geburtsname sowie der Doktorgrad übermittelt werden.

7.5.5.2.5 geburt (type.Geburt)

Die Übermittlung der Geburtsinformationen ist nur ohne die Nachweisdaten erlaubt.

7.5.5.2.6 anschrift (type.Anschrift)

Es darf nur die Anschrift der aktuellen Haupt- oder alleinigen Wohnung übermittelt werden.

Umsetzungshinweise:

Bei Anschriften im Geltungsbereich des MRRG sind mindestens der AGS, die Postleitzahl, die Gemeinde, der frühere Gemeindename und die Straße zu erfassen.

7.5.5.2.7 uebermittlungssperre (type.bzst.auskunftssperre)

Auf Grund der Sensibilität der mit dieser Nachricht übermittelten Information ist es erforderlich, den Empfänger auf bestehende Übermittlungssperren hinzuweisen (§ 21 Abs. 5 und § 21 Abs. 7 Nr. 2 MRRG), sofern deren Befristungsdatum nicht in der Vergangenheit liegt.

7.5.6 Mitteilung des BZSt über vermutete Unrichtigkeiten im Melderegister (Erstvergabe)

Nachricht: datenuebermittlung.konfliktmitteilung.0505

Mit dieser Nachricht teilt das BZSt der betroffenen Meldebehörde mit, dass konkrete Anhaltspunkte für Unrichtigkeiten oder Unvollständigkeiten im Melderegister vorliegen. – Das BZSt vermutet nach der Anforderung einer IdNr einen Konflikt mit einem oder mehreren Datensätzen in der BZSt-Datenbank. Mit dieser Nachricht werden alle involvierten Meldebehörden über diesen möglichen Konflikt informiert und um Klärung gebeten. Alle Meldebehörden sind verpflichtet, den Sachverhalt zu überprüfen und das Ergebnis dem BZSt mitzuteilen.

Jede Meldebehörde erhält Informationen über alle betroffenen Meldebehörden (Gemeindename, Erreichbarkeit) sowie vollständig alle betroffenen Datensätze, die von den jeweiligen Meldebehörden an das BZSt übermittelt worden sind. (Hinweis: Konflikte können auch innerhalb derselben Meldebehörde auftreten.)

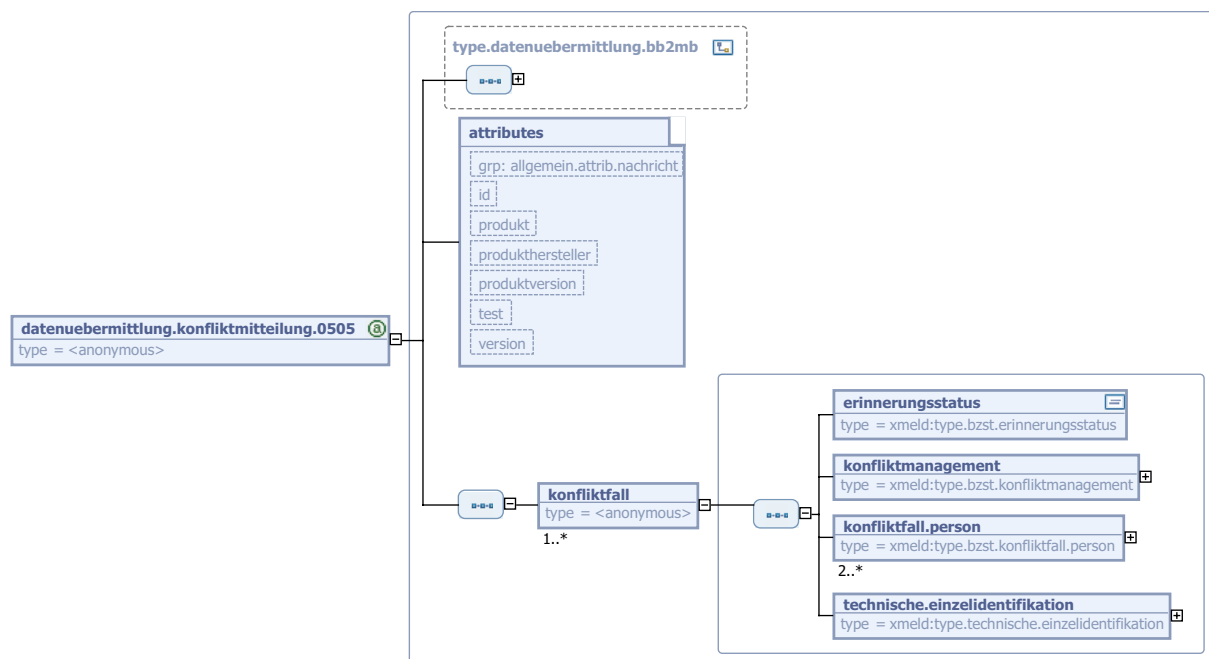
Außerdem wird das Element **konfliktmanagement** zur Erleichterung der Kommunikation übermittelt.

Hinweis: Diese Nachricht wird nur in der Phase der „Erstvergabe“ verwendet.

Rechtsgrundlage: § 4a MRRG in Verbindung mit § 139b (9) AO

Umsetzungshinweise:

Diese Nachricht ist ausschließlich in der Phase der „Erstvergabe“ zu verwenden. Anschließend (Produktivbetrieb) ist die Nachricht 0503 zu verwenden.

Bild 7-21 datenuebermittlung.konfliktmitteilung.0505

Diese Nachricht ist eine Erweiterung des Basistyps `type.datenuebermittlung.bb2mb` (siehe [Abschnitt 2.2.4.2 auf Seite 115](#)).

Kindelement von <code>datenuebermittlung.konfliktmitteilung.0505</code>				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
konfliktfall		1..n		

7.5.6.1 konfliktfall

Dieses Element wird zur Übermittlung genau eines Konfliktfalls verwendet. Innerhalb der umfassenden Nachricht `0505` kann dieses Element allerdings n-mal auftreten.

Falls eine Meldebehörde auf die initiale Konfliktmitteilung nicht innerhalb einer sinnvollen Zeit (vom BZSt zu definieren) reagiert, hat das BZSt die Möglichkeit, diese Nachricht erneut zu schicken. Dabei nutzt das BZSt das Feld `erinnerungsstatus`, um der Meldebehörde qualifiziert mitzuteilen, welche Erinnerungsstufe vorliegt.

Kindelemente von <code>konfliktfall</code>				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
erinnerungsstatus	<code>type.bzst.erinnerungsstatus</code>	1	Abschnitt 7.4.4	437 *
konfliktmanagement	<code>type.bzst.konfliktmanagement</code>	1	Abschnitt 7.4.7	439
konfliktfall.person	<code>type.bzst.konfliktfall.person</code>	2..n	Abschnitt 7.4.8	440
technische.einzelfindung	<code>type.technische.einzelfindung</code>	1	Abschnitt 2.4.3	140

7.5.6.1.1 `erinnerungsstatus` (`type.bzst.erinnerungsstatus`)

Das Feld **erinnerungsstatus** dient sowohl der Übermittlung von Erinnerungs-Warnstufen an die Meldebehörde als auch der Mitteilung der Ausdehnung eines Konfliktes auf weitere Meldebehörden.

7.5.7 Stornierung einer vorherigen IdNrn-Anforderung durch die Meldebehörde

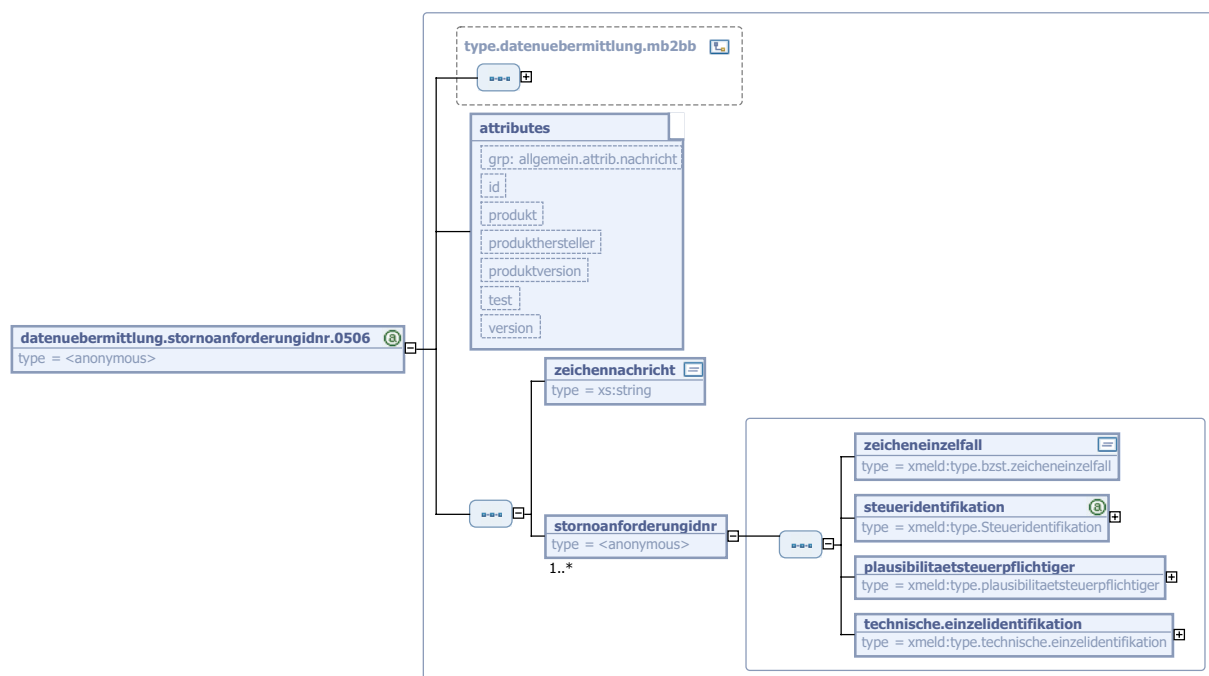
Nachricht: `datenuebermittlung.stornoanforderungidnr.0506`

Mit dieser Nachricht zieht eine Meldebehörde einen früher gestellten Antrag (mit einer Nachricht 0500) auf Erteilung einer IdNr zurück.

Diese Nachricht wird von der Meldebehörde an das BZSt gesandt, nachdem innerhalb der Meldebehörde eine *Klärung von Amts wegen* zu dem Ergebnis geführt hat, dass eine frühere Anforderung der Vergabe einer IdNr zu Unrecht erfolgt ist.

Rechtsgrundlage: § 139b (6), (7) AO

Bild 7-22 `datenuebermittlung.stornoanforderungidnr.0506`



Diese Nachricht ist eine Erweiterung des Basistyps `type.datenuebermittlung.mb2bb` (siehe [Abschnitt 2.2.4.5 auf Seite 117](#)).

Kindelemente von <code>datenuebermittlung.stornoanforderungidnr.0506</code>				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
zeichennachricht	<code>xs:string</code>	1		
stornoanforderungidnr		1..n		

7.5.7.1 zeichennachricht (xs:string)

Die versendende Meldebehörde trägt hier ihr Zuordnungsmerkmal für die Anfrage ein (Aktenzeichen, Surrogat, Geschäftskennzeichen). Falls das BZSt auf diese Nachricht reagiert, kann es dieses Merkmal verwenden, so dass meldebehördenseitig eine unmittelbare Zuordnung zur ursprünglich auslösenden Nachricht möglich ist.

7.5.7.2 stornoanforderungidnr

Stornierung *eines* Anforderungsfalles.

Kindelemente von stornoanforderungidnr				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
zeicheneinzelfall	<code>type.bzst.zeicheneinzelfall</code>	1	Abschnitt 7.4.5	438 *
steueridentifikation	<code>type.Steueridentifikation</code>	1	Abschnitt 1.3.17	51
plausibilitaetsteuerpflichtiger	<code>type.plausibilitaetsteuerpflichtiger</code>	1	Abschnitt 7.4.9	441
technische.einzelidentifikation	<code>type.technische.einzelidentifikation</code>	1	Abschnitt 2.4.3	140

7.5.7.2.1 zeicheneinzelfall (type.bzst.zeicheneinzelfall)

Kennzeichen zur Identifikation des Einzelfalles innerhalb der Sammelnachricht.

7.5.8 Mitteilung der Stornierung einer Person an das BZSt

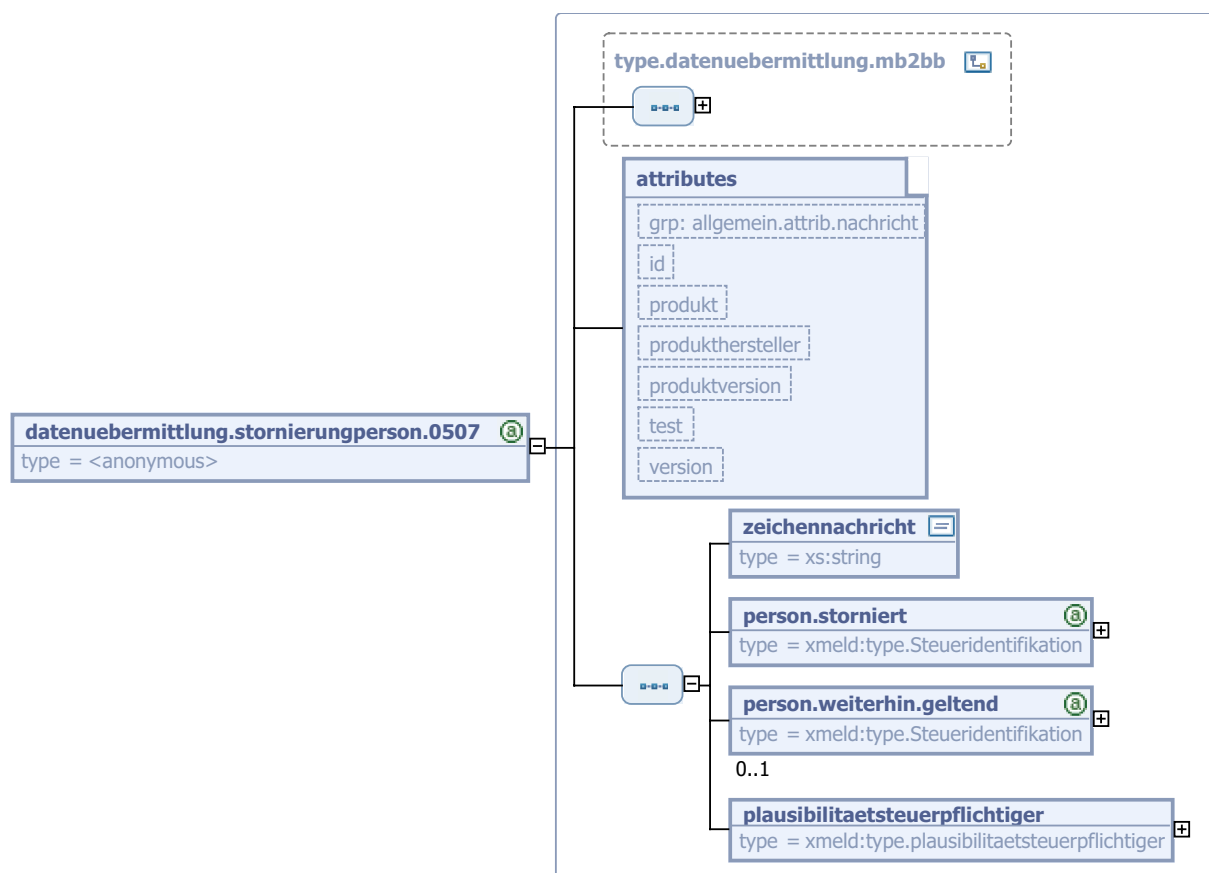
Nachricht: **datenuebermittlung.stornierungperson.0507**

Falls bei einer melderegisterinternen Konsolidierung festgestellt wird, dass der Eintrag für eine (mit Haupt- oder alleiniger Wohnung gemeldeten) Person zu löschen ist, so ist mit dieser Nachricht (0507) das BZSt zu informieren.

Führt die Meldebehörde in ihrem Register zwei Datensätze zusammen, teilt sie die weiterhin geltende und die stornierte IdNr dem BZSt mit dieser Nachricht mit.

Rechtsgrundlage: § 4a MRRG

Bild 7-23 datenuebermittlung.stornierungperson.0507



Diese Nachricht ist eine Erweiterung des Basistyps **type.datenuebermittlung.mb2bb** (siehe [Abschnitt 2.2.4.5 auf Seite 117](#)).

Kindelemente von datenuebermittlung.stornierungperson.0507				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
zeichennachricht	xs:string	1		
person.storniert	type.Steueridentifikation	1	Abschnitt 1.3.17	51 *
person.weiterhin.geltend	type.Steueridentifikation	0..1	Abschnitt 1.3.17	51 *
plausibilitaetsteuerpflichtiger	type.plausibilitaetsteuerpflichtiger	1	Abschnitt 7.4.9	441

7.5.8.1 zeichennachricht (xs:string)

Die versendende Meldebehörde trägt hier ihr Zuordnungsmerkmal für die Anfrage ein (Aktenzeichen, Surrogat, Geschäftskennzeichen). Falls das BZSt auf diese Nachricht reagiert, kann es dieses Merkmal verwenden, so dass meldebehördenseitig eine unmittelbare Zuordnung zur ursprünglich auslösenden Nachricht möglich ist.

7.5.8.2 person.storniert (type.Steueridentifikation)

Dies ist die Steueridentifikation der in der Meldebehörde gelöschten Person.

7.5.8.3 person.weiterhin.geltend (type.Steueridentifikation)

Dies ist die Steueridentifikation der in der Meldebehörde weiterhin geltenden Person.

7.5.9 Mitteilung eines Fehlers an die Meldebehörde

Nachricht: datenuebermittlung.fehlerhaftennachricht.0508

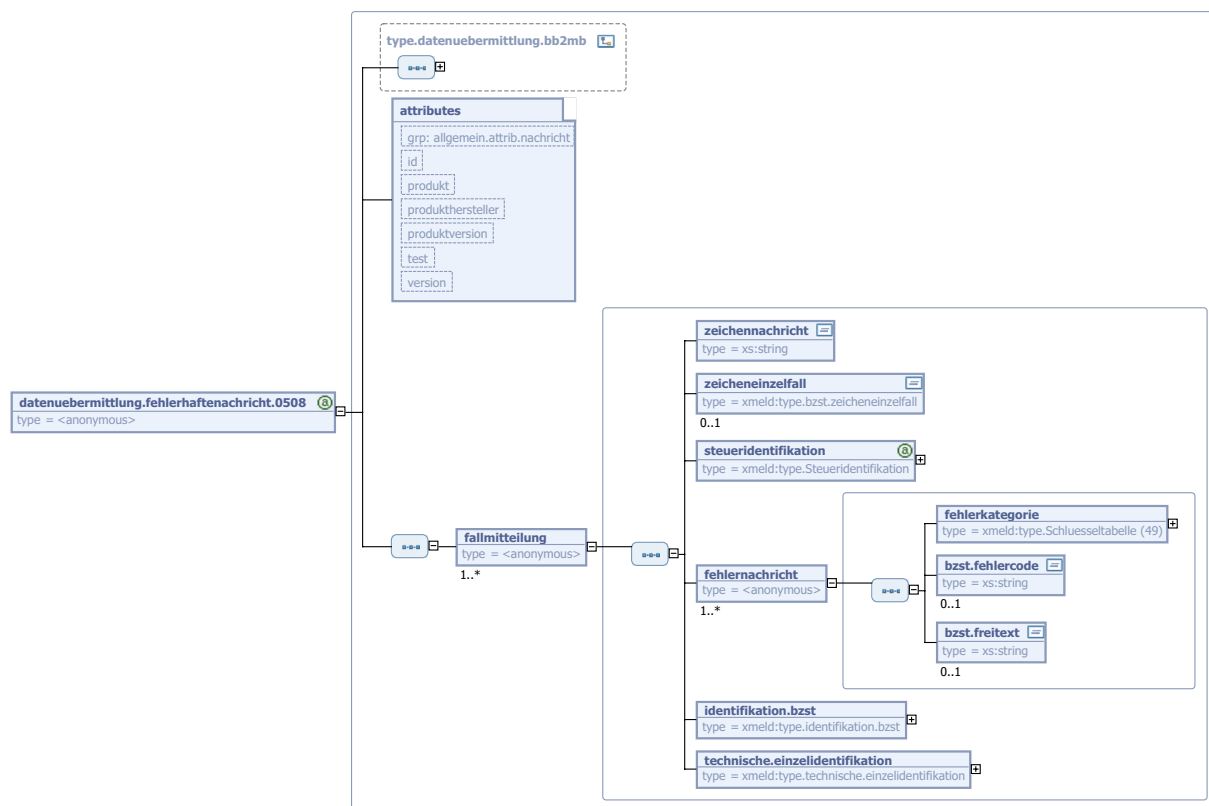
Wird in einer von einer Meldebehörde erhaltenen Nachricht bei der BZSt-seitigen Plausibilitätskontrolle ein Fehler entdeckt, so sendet das BZSt eine Nachricht 0508 an die entsprechende Meldebehörde.

Darin wird mit der Schlüsseltabelle 49 der Meldebehörde eine grobe Fehlerklassifizierung übermittelt. Mit differenzierten Hinweisen resp. Freitexten in den zusätzlichen Feldern kann das BZSt eine eigene Fehlerbeschreibung angeben. – Damit bekommt das BZSt einen Gestaltungsspielraum unabhängig von OSCI-XMeld.

Beispiele für Fehler sind: Geburts- oder Todesdatum liegt in der Zukunft, übermittelte Felder sind leer, etc.

Bei dieser Nachricht handelt es sich um eine Sammelnachricht. Somit kann das BZSt mehrere Fälle (die sich auf verschiedene fehlerhafte Nachrichten beziehen können) an eine Meldebehörde übermitteln.

Rechtsgrundlage: § 4a (3) MRRG

Bild 7-24 datenuebermittlung.fehlerhaftenachricht.0508

Diese Nachricht ist eine Erweiterung des Basistyps `type.datenuebermittlung.bb2mb` (siehe [Abschnitt 2.2.4.2 auf Seite 115](#)).

Kindelement von <code>datenuebermittlung.fehlerhaftenachricht.0508</code>				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
fallmitteilung		1..n		

7.5.9.1 fallmitteilung

Mit diesem Element wird genau ein konkreter Fall übermittelt. Um auf Seiten der Meldebehörde eine eindeutige Zuordnung zu der von dort versendeten, fehlerhaften Nachricht zu ermöglichen, übermittelt das BZSt je Fall die folgenden Felder:

- **zeichennachricht**: Zeichenkette, die die von der Meldebehörde gesendete, fehlerhafte Nachricht identifiziert
- **zeicheneinzelfall**: Zeichenkette, mit der der fehlerhafte Fall innerhalb der Nachricht identifiziert wird (wichtig bei Sammelnachrichten)

Da je Fall durchaus mehrere Fehlerarten möglich sind, kann das Element **fehlernachricht** mehrfach auftreten.

Kindelemente von <code>fallmitteilung</code>				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
zeichennachricht	<code>xs:string</code>	1		

Kindelemente von fallmitteilung				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
zeicheneinzelfall	type.bzst.zeicheneinzelfall	0..1	Abschnitt 7.4.5	438 *
steueridentifikation	type.Steueridentifikation	1	Abschnitt 1.3.17	51
fehlernachricht		1..n		
identifikation.bzst	type.identifikation.bzst	1	Abschnitt 7.4.11	443
technische.einzelidentifikation	type.technische.einzelidentifikation	1	Abschnitt 2.4.3	140

7.5.9.1.1 zeichennachricht (xs:string)

Zeichenkette, mit der die von der Meldebehörde gesendete, fehlerhafte Nachricht identifiziert werden kann

7.5.9.1.2 zeicheneinzelfall (type.bzst.zeicheneinzelfall)

Zeichenkette, mit der innerhalb der von der Meldebehörde gesendeten, fehlerhaften Nachricht ein konkreter Fall identifiziert werden kann. (Dieses Element ist nur vorhanden, wenn auf eine Sammelnachricht geantwortet wird.)

7.5.9.1.3 fehlernachricht

Mit diesem Element wird genau ein konkreter Fehler beschrieben, der sich innerhalb einer Nachricht in einem konkreten Fall befindet.

Kindelemente von fehlernachricht				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
fehlerkategorie	type.Schluesseltabelle	1		
bzst.fehlercode	xs:string	0..1		
bzst.freitext	xs:string	0..1		

7.5.9.1.3-1 fehlerkategorie (type.Schluesseltabelle)

Das BZSt kann hier eine grobe Vorklassifizierung des gefundenen Fehlers vornehmen.

Der Wert dieses Elements ergibt sich aus der Schlüsseltabelle 49: *Fehlermeldungen des BZSt* auf [Seite 823](#).

7.5.9.1.3-2 bzst.fehlercode (xs:string)

Hier wird der BZSt-interne Fehlercode für den zu beschreibenden Fehler abgelegt.

7.5.9.1.3-3 bzst.freitext (xs:string)

Das BZSt hat mit diesem Feld die Möglichkeit, eine Freitext-Beschreibung des gefundenen Fehlers mitzuliefern.

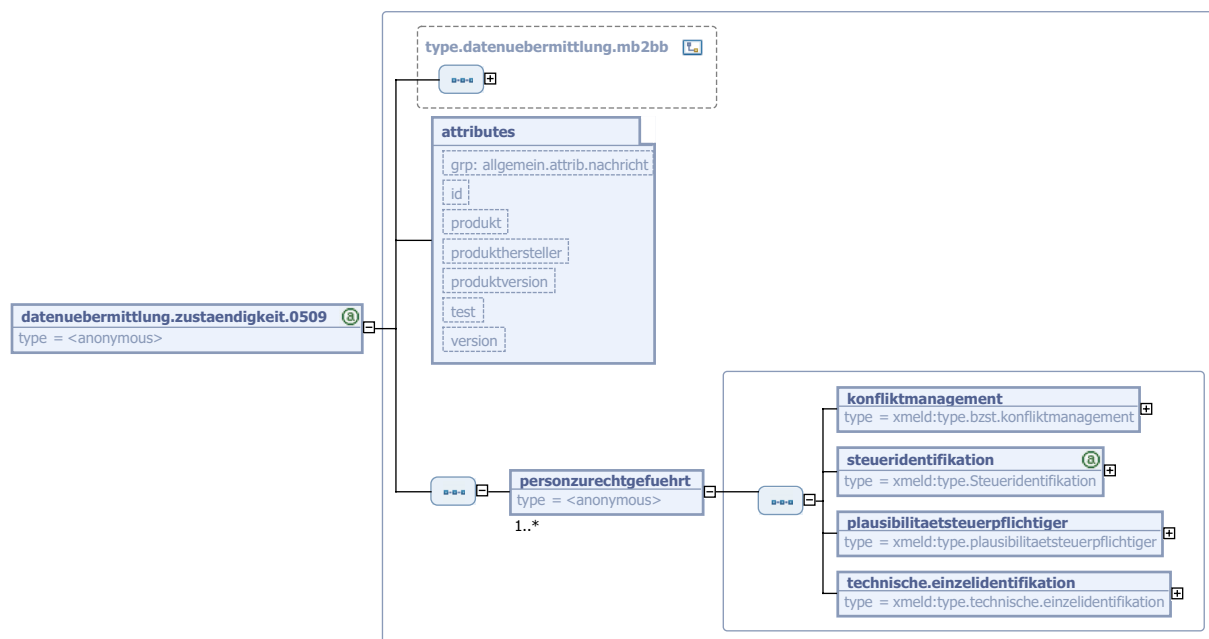
7.5.10 Mitteilung, dass eine Person zu Recht im Melderegister geführt wird

Nachricht: **datenuebermittlung.zustaendigkeit.0509**

Hiermit teilt eine Meldebehörde auf Anforderung des BZSt mit, dass die Person in dieser Meldebehörde mit der angegebenen IdNr zu Recht geführt wird, die Meldebehörde also zuständig ist. Diese Nachricht kann somit als Antwort auf eine Konfliktmitteilungsnachricht 0505 oder 0503 geschickt werden.

Rechtsgrundlage: § 4a MRRG

Bild 7-25 datenuebermittlung.zustaendigkeit.0509



Diese Nachricht ist eine Erweiterung des Basistyps `type.datenuebermittlung.mb2bb` (siehe [Abschnitt 2.2.4.5 auf Seite 117](#)).

Kindelement von <code>datenuebermittlung.zustaendigkeit.0509</code>				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
personzurechtgefuehrt		1..n		

7.5.10.1 personzurechtgefuehrt

Auf Anforderung durch das BZSt wurde für diese Person die rechtmäßige Führung im Melderegister festgestellt.

Kindelemente von <code>personzurechtgefuehrt</code>				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
konfliktmanagement	<code>type.bzst.konfliktmanagement</code>	1	Abschnitt 7.4.7	439
steueridentifikation	<code>type.Steueridentifikation</code>	1	Abschnitt 1.3.17	51
plausibilitaetsteuerpflichtiger	<code>type.plausibilitaetsteuerpflichtiger</code>	1	Abschnitt 7.4.9	441

Kindelemente von personzurechtgefuehrt				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
technische.einzelidentifikation	type.technische.einzelidentifikation	1	Abschnitt 2.4.3	140

7.5.11 Mitteilung einer Meldebehörde über das Ende der Zuständigkeit für einen Steuerpflichtigen

Nachricht: *datenuebermittlung.endezustaendigkeitsteuerpflichtiger.0510*

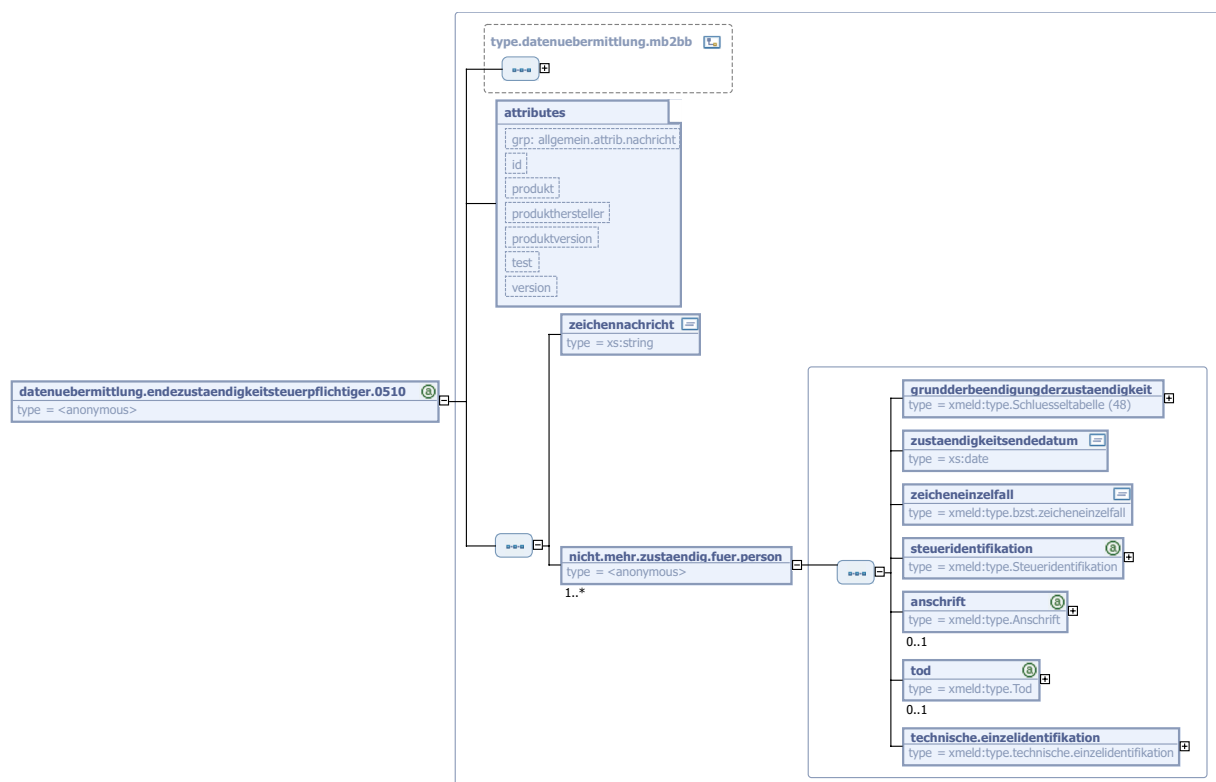
Mit dieser Nachricht teilt eine Meldebehörde dem BZSt mit, dass sie nicht mehr für den Betroffenen zuständig ist. Diese Nachricht wird geschickt, wenn entweder eine Abmeldung ins Ausland/Unbekannt, eine Abmeldung von Amts wegen oder der Tod des Betroffenen vorliegt.

Rechtsgrundlage: § 4a MRRG in Verbindung mit § 139b (8) AO

Umsetzungshinweise:

Bei Vorliegen eines Pseudo-AGS (*“nach unbekannt”, “auf See”, “auf Reisen”, etc*) ist dieser nicht zu übermitteln.

Bild 7-26 datenuebermittlung.endezustaendigkeitsteuerpflichtiger.0510



Diese Nachricht ist eine Erweiterung des Basistyps **type.datenuebermittlung.mb2bb** (siehe [Abschnitt 2.2.4.5 auf Seite 117](#)).

Kindelemente von <code>datenuebermittlung.endezustaendigkeitsteuerpflichtiger.0510</code>				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
zeichennachricht	<code>xs:string</code>	1		
nicht.mehr.zustaendig.fuer.person		1..n		

7.5.11.1 `zeichennachricht (xs:string)`

Die versendende Meldebehörde trägt hier ihr Zuordnungsmerkmal für die Anfrage ein (Aktenzeichen, Surrogat, Geschäftskennzeichen). Falls das BZSt auf diese Nachricht reagiert, kann es dieses Merkmal verwenden, so dass meldebehördenseitig eine unmittelbare Zuordnung zur ursprünglich auslösenden Nachricht möglich ist.

7.5.11.2 `nicht.mehr.zustaendig.fuer.person`

Für jede Person, für die die Zuständigkeit der Meldebehörde erloschen ist, wird ein derartiges Element erzeugt.

Kindelemente von <code>nicht.mehr.zustaendig.fuer.person</code>				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
grundderbeendigungder-zustaendigkeit	<code>type.Schluesseltabelle</code>	1		
zustaendigkeitsendedatum	<code>xs:date</code>	1		
zeicheneinzelfall	<code>type.bzst.zeicheneinzelfall</code>	1	Abschnitt 7.4.5	438 *
steueridentifikation	<code>type.Steueridentifikation</code>	1	Abschnitt 1.3.17	51
anschrift	<code>type.Anschrift</code>	0..1	Abschnitt 1.7.4	73 *
tod	<code>type.Tod</code>	0..1	Abschnitt 1.3.12	47 *
technische.einzelidentifikation	<code>type.technische.einzelidentifikation</code>	1	Abschnitt 2.4.3	140

7.5.11.2.1 `grundderbeendigungderzustaendigkeit (type.Schluesseltabelle)`

Beendigung der Zuständigkeit

Der Wert dieses Elements ergibt sich aus der Schlüsseltabelle **48: Mitteilung der Beendigung der Zuständigkeit** auf [Seite 822](#).

7.5.11.2.2 `zustaendigkeitsendedatum (xs:date)`

Mit diesem Datum teilt die Meldebehörde den Zeitpunkt des Endes ihrer Zuständigkeit mit. Falls das Zuständigkeitsende durch den Tod des Betroffenen ausgelöst wird, wird der Sterbetag sowohl in (diesem) Element `zustaendigkeitsendedatum` als auch im Kindelement `sterbetag` des Elementes `tod` eingetragen.

7.5.11.2.3 `zeicheneinzelfall (type.bzst.zeicheneinzelfall)`

Kennzeichen zur Identifikation des Einzelfalls innerhalb der Sammelnachricht.

7.5.11.2.4 anschrift (type.Anschrift)

Sollte die Meldebehörde Informationen über die neue Anschrift des Betroffenen haben, so kann sie diese Informationen mitliefern.

7.5.11.2.5 tod (type.Tod)

Es darf nur das Todesdatum (ohne -ort) übermittelt werden.

Nachweisdaten dürfen nicht übermittelt werden.

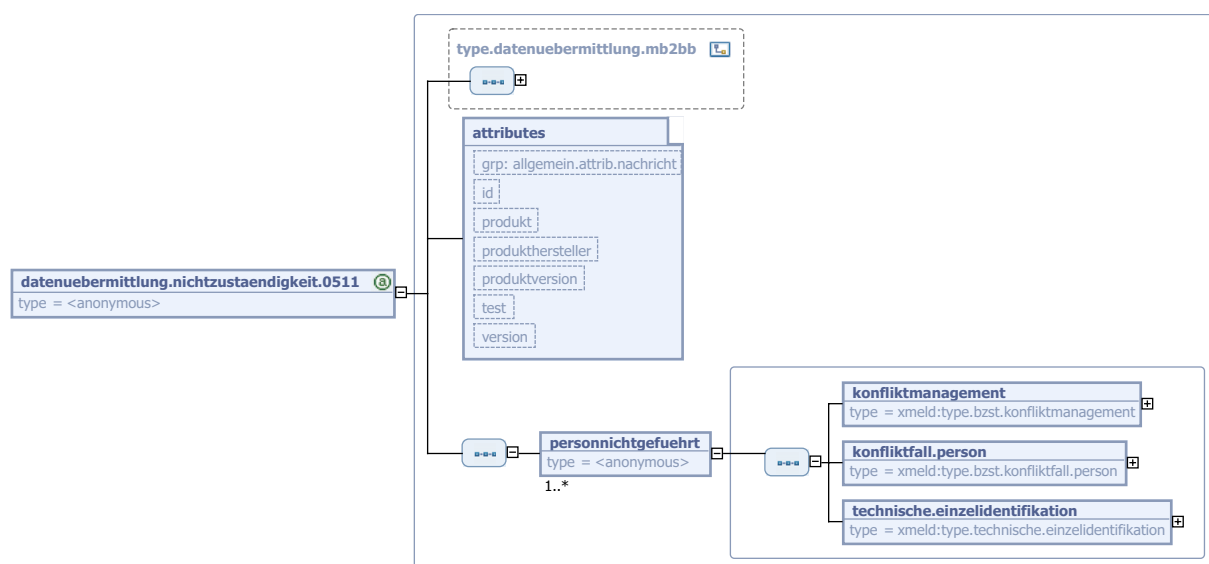
7.5.12 Mitteilung, dass eine Person nicht (mehr) im Melderegister geführt wird

Nachricht: datenuebermittlung.nichtzustaendigkeit.0511

Hiermit teilt eine Meldebehörde auf Anforderung des BZSt mit, dass die Person in dieser Meldebehörde mit der angegebenen IdNr nicht geführt wird. Diese Nachricht kann somit als Antwort auf eine Konfliktmitteilungsnachricht 0505 bzw. 0503 geschickt werden. Aus diesen Nachrichten sind dafür die Daten der auslösenden Person in das Element **konfliktfall.person** zu übernehmen.

Rechtsgrundlage: § 4a MRRG

Bild 7-27 datenuebermittlung.nichtzustaendigkeit.0511



Diese Nachricht ist eine Erweiterung des Basistyps **type.datenuebermittlung.mb2bb** (siehe [Abschnitt 2.2.4.5 auf Seite 117](#)).

Kindelement von datenuebermittlung.nichtzustaendigkeit.0511				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
personnichtgefuehrt		1..n		

7.5.12.1 personnichtgefuehrt

Auf Anforderung durch das BZSt wurde für diese Person festgestellt, dass sie nicht mit HW oder AW im Melderegister geführt wird..

Kindelemente von <code>personnichtgefuehrt</code>				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
konfliktmanagement	<code>type.bzst.konfliktmanagement</code>	1	Abschnitt 7.4.7	439
konfliktfall.person	<code>type.bzst.konfliktfall.person</code>	1	Abschnitt 7.4.8	440
technische.einzelidentifikation	<code>type.technische.einzelidentifikation</code>	1	Abschnitt 2.4.3	140

7.5.13 Mitteilung an BZSt, welche IdNr nach Klärung gelten soll

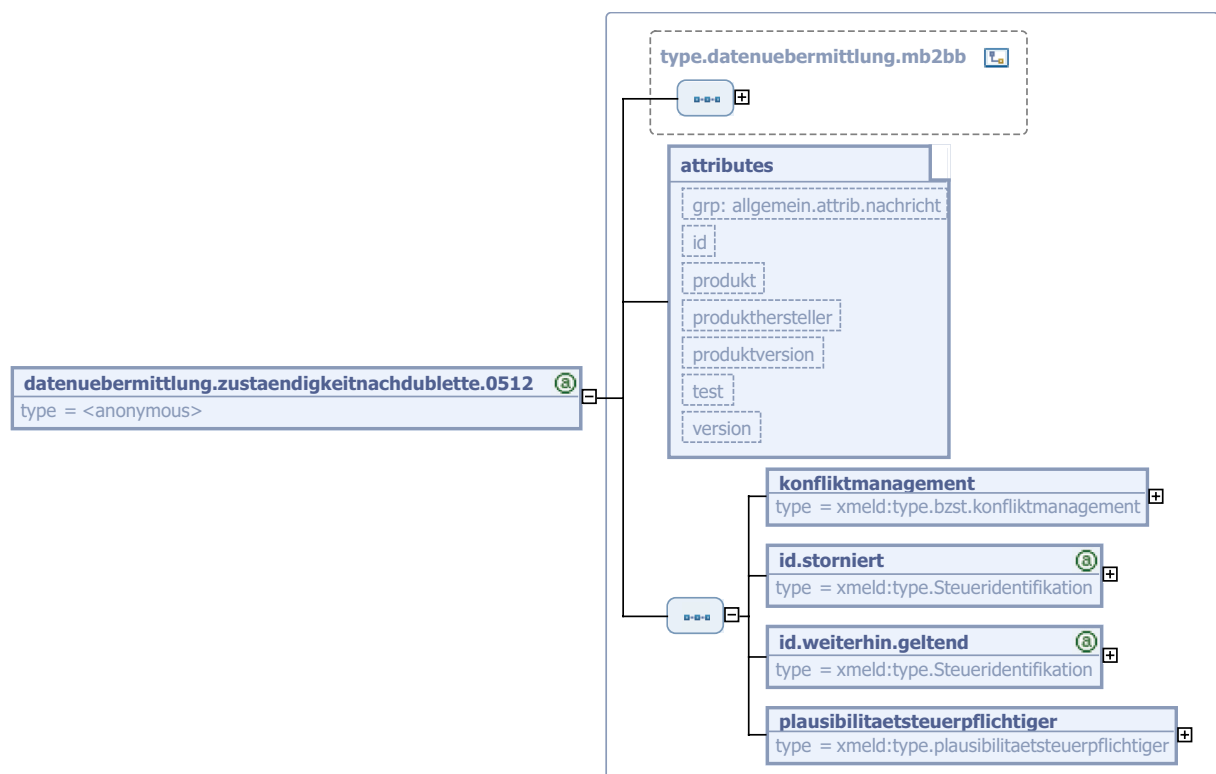
Nachricht: `datenuebermittlung.zustaendigkeitnachdublette.0512`

Mit dieser Nachricht kann eine Meldebehörde (nach Klärung) eine fehlerhafte Beantragung einer IdNr zurückziehen. Gleichzeitig teilt sie dem BZSt diejenige IdNr mit, die sie im Rahmen des Klärungsprozesses ermittelt hat.

Diese Nachricht ist daher eine der möglichen Antwortnachrichten auf die Konfliktmitteilungsnachricht 0503.

Rechtsgrundlage: § 4a MRRG

Bild 7-28 `datenuebermittlung.zustaendigkeitnachdublette.0512`



Diese Nachricht ist eine Erweiterung des Basistyps `type.datenuebermittlung.mb2bb` (siehe [Abschnitt 2.2.4.5 auf Seite 117](#)).

Kindelemente von <code>datenuebermittlung.zustaendigkeitnachdublette.0512</code>				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
konfliktmanagement	<code>type.bzst.konfliktmanagement</code>	1	Abschnitt 7.4.7	439 *
id.storniert	<code>type.Steueridentifikation</code>	1	Abschnitt 1.3.17	51 *
id.weiterhin.geltend	<code>type.Steueridentifikation</code>	1	Abschnitt 1.3.17	51 *
plausibilitaetsteuerpflichtiger	<code>type.plausibilitaetsteuerpflichtiger</code>	1	Abschnitt 7.4.9	441

7.5.13.1 `konfliktmanagement (type.bzst.konfliktmanagement)`

Mit diesem Element werden die Informationen übermittelt, die für eine Referenzierung auf den Sachverhalt notwendig ist.

7.5.13.2 `id.storniert (type.Steueridentifikation)`

In diesem Element übermittelt die (auslösende) Meldebehörde abschließend noch einmal das VBM, damit BZSt-seitig dieser Vorgang abgeschlossen werden kann.

7.5.13.3 `id.weiterhin.geltend (type.Steueridentifikation)`

Dies ist die IdNr derjenigen Person, die nach der Dublettenklärung als weiterhin geltende Person erhalten bleibt.

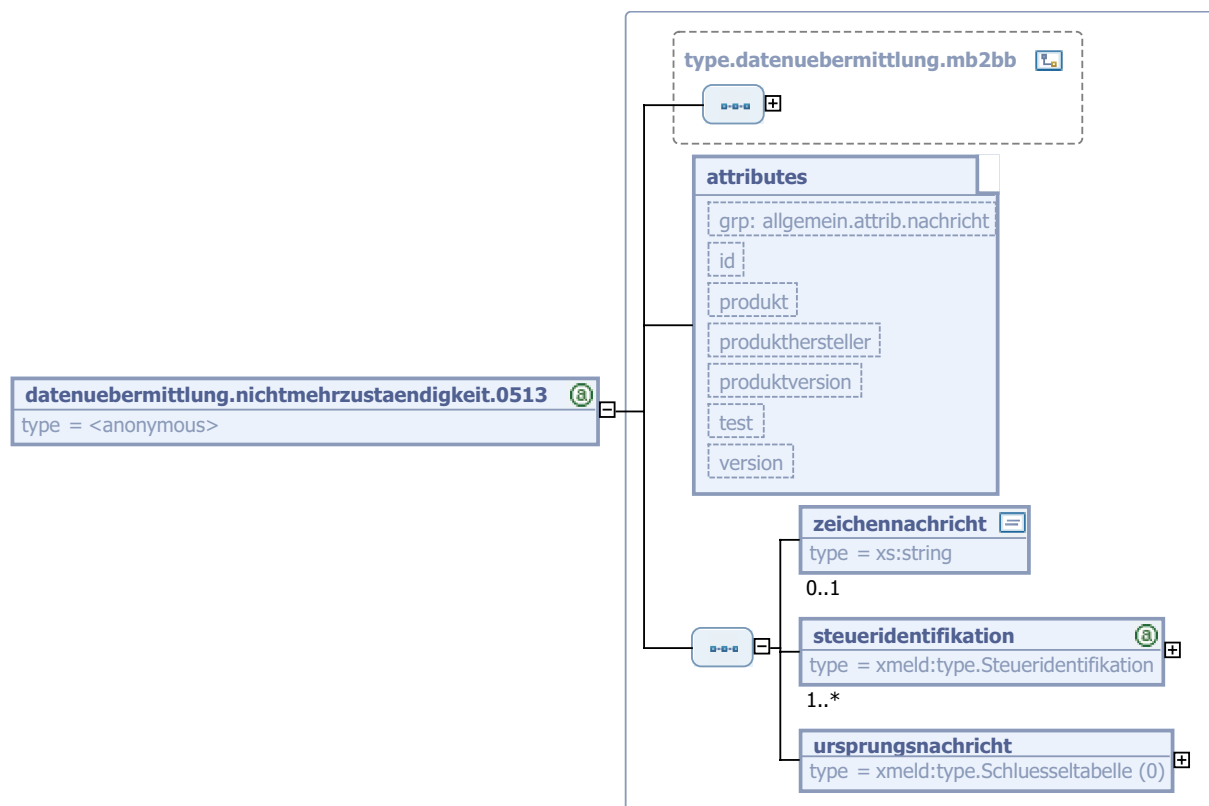
7.5.14 Antwort *“Meldebehörde nicht mehr zuständig”*

Nachricht: `datenuebermittlung.nichtmehrzustaendigkeit.0513`

Diese Nachricht wird in folgenden Fällen von der Meldebehörde an das BZSt geschickt:

- Meldebehörde ist bei Erhalt der Nachricht 0501 nicht mehr zuständig, so dass keine VBM-Zuordnung möglich ist
- Meldebehörde ist bei Erhalt der Nachricht 0508 nicht mehr zuständig, so dass keine VBM/IdNr-Zuordnung möglich ist

Aufgrund dessen können nur die Angaben aus der erhaltenen Nachricht (0501 oder 0508) zurückgesendet werden.

Bild 7-29 datenuebermittlung.nichtmehrzuendaendigkeit.0513

Diese Nachricht ist eine Erweiterung des Basistyps **type.datenuebermittlung.mb2bb** (siehe [Abschnitt 2.2.4.5 auf Seite 117](#)).

Kindelemente von datenuebermittlung.nichtmehrzuendaendigkeit.0513				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
zeichennachricht	xs:string	0..1		
steueridentifikation	type.Steueridentifikation	1..n	Abschnitt 1.3.17	51
ursprungsnachricht	type.Schluesselfabelle	1		

7.5.14.1 **zeichennachricht** (**xs:string**)

Die versendende Meldebehörde trägt hier ihr Zuordnungsmerkmal für die Anfrage ein (Aktenzeichen, Surrogat, Geschäftskennzeichen). Falls das BZSt auf diese Nachricht reagiert, kann es dieses Merkmal verwenden, so dass meldebehördenseitig eine unmittelbare Zuordnung zur ursprünglich auslösenden Nachricht möglich ist.

7.5.14.2 **ursprungsnachricht** (**type.Schluesselfabelle**)

Mit diesem Kindelement wird die Nachrichtennummer der ursächlichen Nachricht übermittelt. Als Schlüssel dürfen nur die Werte **0501** und **0508** übermittelt werden.

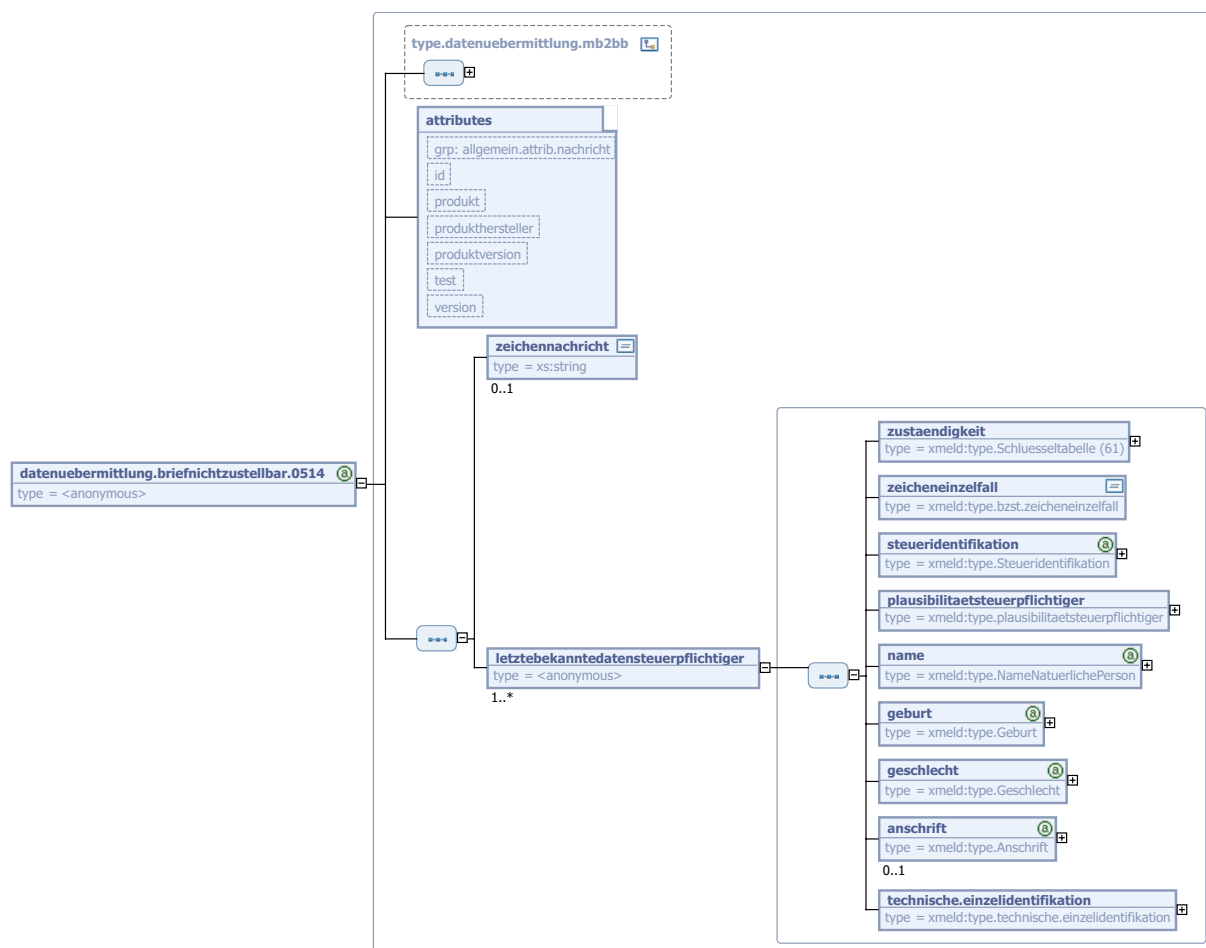
In diesem Element wird der Nachrichtenbezeichner übermittelt.

7.5.15 Brief mit IdNr nicht zustellbar

Nachricht: **datenuebermittlung.briefnichtzustellbar.0514**

Diese Nachricht wird von der Meldebehörde an das BZSt geschickt, falls der Brief mit der IdNr nicht zugestellt werden konnte.

Bild 7-30 datenuebermittlung.briefnichtzustellbar.0514



Diese Nachricht ist eine Erweiterung des Basistyps `type.datenuebermittlung.mb2bb` (siehe [Abschnitt 2.2.4.5 auf Seite 117](#)).

Kindelemente von <code>datenuebermittlung.briefnichtzustellbar.0514</code>				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
zeichennachricht	<code>xs:string</code>	0..1		
letztebekanntedatensteuerpflichtiger		1..n		

7.5.15.1 zeichennachricht (xs:string)

Die versendende Meldebehörde trägt hier ihr Zuordnungsmerkmal für die Anfrage ein (Aktenzeichen, Surrogat, Geschäftskennzeichen). Falls das BZSt auf diese Nachricht reagiert, kann es dieses Merkmal verwenden, so dass meldebehördenseitig eine unmittelbare Zuordnung zur ursprünglich auslösenden Nachricht möglich ist.

7.5.15.2 letztebekanntedatensteuerpflichtiger

Dies sind die letzten bekannten Daten des Steuerpflichtigen, für den die sendende Meldebehörde nicht mehr zuständig ist.

Für jede Person, für die dieser Sachverhalt zutrifft, ist ein derartiges Element zu übermitteln.

Kindelemente von letztebekanntedatensteuerpflichtiger				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
zustaendigkeit	type.Schluesseltabelle	1		
zeicheneinzelfall	type.bzst.zeicheneinzelfall	1	Abschnitt 7.4.5	438 *
steueridentifikation	type.Steueridentifikation	1	Abschnitt 1.3.17	51 *
plausibilitaetsteuerpflichtiger	type.plausibilitaetsteuerpflichtiger	1	Abschnitt 7.4.9	441
name	type.NameNatuerlichePerson	1	Abschnitt 1.4.1	53 *
geburt	type.Geburt	1	Abschnitt 1.3.5	39 *
geschlecht	type.Geschlecht	1	Abschnitt 1.3.6	40
anschrift	type.Anschrift	0..1	Abschnitt 1.7.4	73 *
technische.einzelidentifikation	type.technische.einzelidentifikation	1	Abschnitt 2.4.3	140

7.5.15.2.1 zustaendigkeit (type.Schluesseltabelle)

Mit diesem Element teilt die Meldebehörde dem BZSt Informationen über die (Nicht-)Zuständigkeit für den Steuerpflichtigen mit.

Der Wert dieses Elements ergibt sich aus der Schlüsseltabelle 61: *Zuständigkeit* auf [Seite 835](#).

7.5.15.2.2 zeicheneinzelfall (type.bzst.zeicheneinzelfall)

Kennzeichen zur Identifikation des Einzelfalls innerhalb der Sammelnachricht.

7.5.15.2.3 steueridentifikation (type.Steueridentifikation)

In diesem Element kann nur die IdNr übermittelt werden.

7.5.15.2.4 name (type.NameNatuerlichePerson)

Es dürfen nur die aktuellen Vornamen, der Rufname, der Familienname, der Ehepartnername, der Geburtsname sowie der Doktorgrad übermittelt werden.

7.5.15.2.5 geburt (type.Geburt)

Die Übermittlung der Geburtsinformationen ist nur ohne die Nachweisdaten erlaubt.

7.5.15.2.6 anschrift (type.Anschrift)

Es ist die aus Sicht der Meldebehörde derzeitige aktuelle Anschrift der Haupt- oder alleinigen Wohnung mitzuteilen, sofern sie bekannt ist.

Umsetzungshinweise:

Bei Anschriften im Geltungsbereich des MRRG sind mindestens der AGS, die Postleitzahl, die Gemeinde, der frühere Gemeindename und die Straße zu erfassen.

7.5.16 Mitteilung veränderter Anschriftdaten aufgrund einer Umbenennung einer Gemeinde oder einer Änderung am Gemeindegefüge

Nachricht: datenuebermittlung.umbenennungagswohnt. 0515

Mit dieser Nachricht teilt die Gemeinde aufgrund einer Umbenennung einer Gemeinde oder einer Änderung am Gemeindegefüge (Änderung des AGS und/oder amtl. Gemeindens (Wohnort)) dem BZSt die veränderten Anschriftdaten mit.

Dabei sind Situationen denkbar, bei denen BZSt-seitig *noch* keine Informationen über die geänderten AGS/Gemeindenamen vorliegen. Die Nachricht darf deshalb nicht zurückgewiesen werden.

Ändern sich in diesem Zusammenhang weitere Anschriftsdaten, werden diese ebenfalls mit dieser Nachricht mitgeteilt.

Es werden der komplette für das BZSt erforderliche Datensatz des Steuerpflichtigen sowie Plausibilitätsdaten übermittelt (nach § 139b AO).

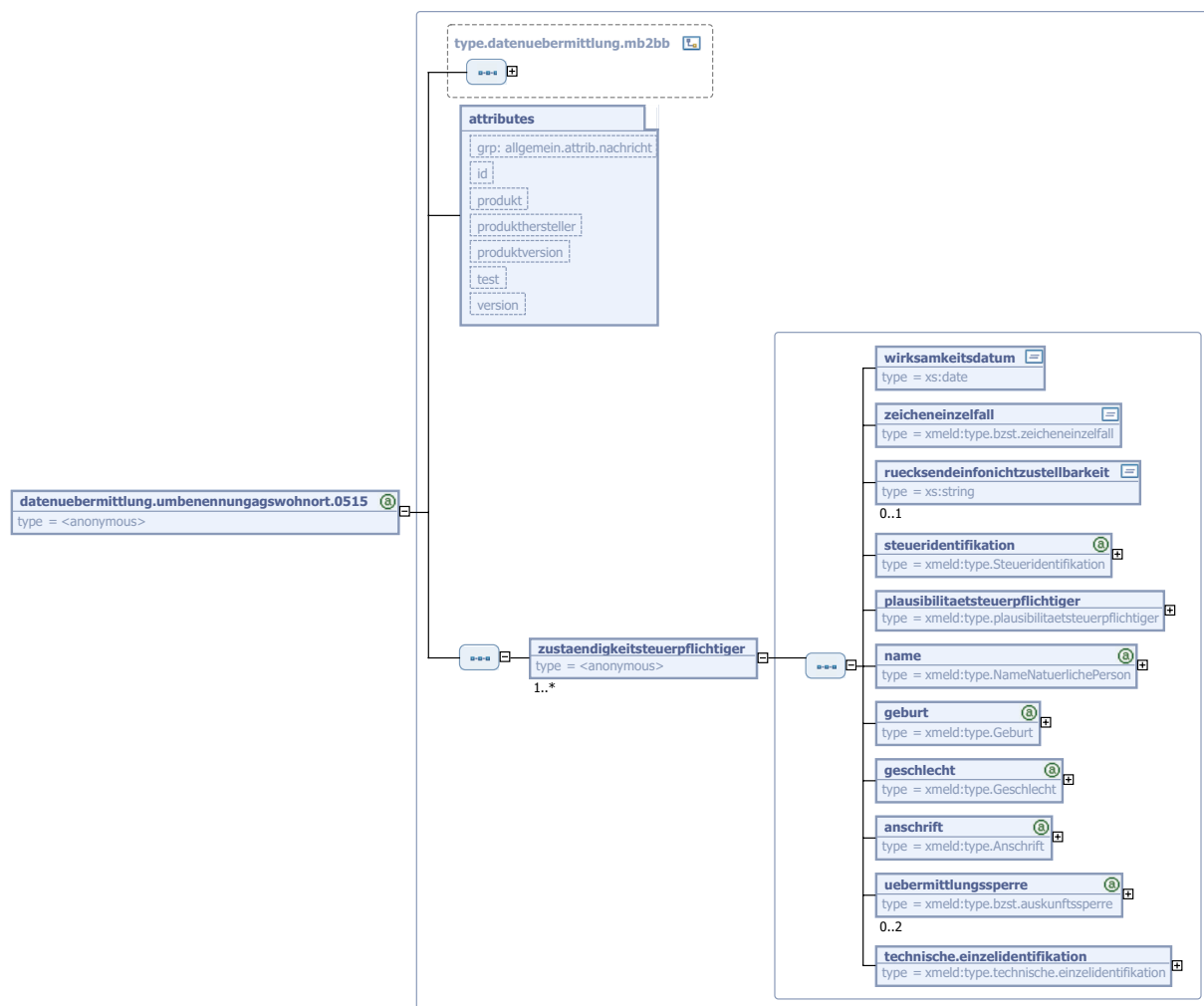
Für die Übermittlung anderer Anschriftdaten-Änderungen ist Nachricht 0502 vorgesehen.

Auf Seiten des BZSt bewirkt der Erhalt dieser Nachricht, dass (bis zu einer erneuten Mitteilung über den Wechsel der Zuständigkeit) Änderungsnachrichten nur von derjenigen Meldebehörde akzeptiert und bearbeitet werden, die sich mit einer Nachricht dieses Typs als *“zuständig für den Betroffenen”* erklärt hat.

Rechtsgrundlage: § 139b (8) AO

Umsetzungshinweise:

Diese Nachricht darf vom BZSt nicht zurückgewiesen werden, falls dort der AGS oder Gemeindename (noch) nicht bekannt ist.

Bild 7-31 datenuebermittlung.umbenennungagswohnort.0515

Diese Nachricht ist eine Erweiterung des Basistyps `type.datenuebermittlung.mb2bb` (siehe [Abschnitt 2.2.4.5 auf Seite 117](#)).

Kindelement von <code>datenuebermittlung.umbenennungagswohnort.0515</code>				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
zustandigkeitsteuerpflichtiger		1..n		

7.5.16.1 `zustandigkeitsteuerpflichtiger`

Dieses Element enthält den kompletten Datensatz über den Steuerpflichtigen sowie das Datum, zu dem die Änderung rechtswirksam geworden ist.

Kindelemente von <code>zustandigkeitsteuerpflichtiger</code>				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
wirksamkeitsdatum	<code>xs:date</code>	1		

Kindelemente von zustaendigkeitsteuerpflichtiger				
Kindelement	Typ	Häufigkeit	Referenz	Seite
zeicheneinzelfall	type.bzst.zeicheneinzelfall	1	Abschnitt 7.4.5	438 *
ruecksendeinfonichtzustellbarkeit	xs:string	0..1		
steueridentifikation	type.Steueridentifikation	1	Abschnitt 1.3.17	51
plausibilitaetsteuerpflichtiger	type.plausibilitaetsteuerpflichtiger	1	Abschnitt 7.4.9	441
name	type.NameNatuerlichePerson	1	Abschnitt 1.4.1	53 *
geburt	type.Geburt	1	Abschnitt 1.3.5	39 *
geschlecht	type.Geschlecht	1	Abschnitt 1.3.6	40
anschrift	type.Anschrift	1	Abschnitt 1.7.4	73 *
uebermittlungssperre	type.bzst.auskunftssperre	0..2	Abschnitt 7.4.6	438 *
technische.einzelidentifikation	type.technische.einzelidentifikation	1	Abschnitt 2.4.3	140

7.5.16.1.1 wirksamkeitsdatum (xs:date)

Zu diesem Datum wurde die Änderung rechtswirksam.

7.5.16.1.2 zeicheneinzelfall (type.bzst.zeicheneinzelfall)

Kennzeichen zur Identifikation des Einzelfalls innerhalb der Sammelnachricht.

7.5.16.1.3 ruecksendeinfonichtzustellbarkeit (xs:string)

Für den Fall der Nichtzustellbarkeit wird als Absenderangabe die Adresse der jeweiligen örtlichen Meldebehörde vermerkt, die auch für die weitere Problemlösung zuständig ist. Dazu soll das BZSt für den Fall der Nichtzustellbarkeit möglichst präzise die Anschrift der übermittelnden Meldebehörde auf dem Umschlag vermerken. (Als Beispiel sei Hamburg mit 27 Meldebehörden genannt.)

Wenn dieses Element nicht vorhanden ist, dann ermittelt das BZSt über den AGS gegen eine bereinigte Bundesgemeindedatei die Angaben zur Aufbereitung der Absenderzeile für den Fall der Unzustellbarkeit selbst.

Die Übermittlung dieser Information ist nur erforderlich, bis die Erstzuteilung der IdNr abgeschlossen ist.

Umsetzungshinweise:

Wenn vorhanden, ist hier die Postfachadresse der Meldebehörde (Behördenname, Postfach, PLZ, Ort bzw. Behördenname, PLZ-Großkunde, Ort) anzugeben.

7.5.16.1.4 name (type.NameNatuerlichePerson)

Es dürfen nur die aktuellen Vornamen, der Rufname, der Familienname, der Ehefrau, der Lebenspartnerschaftsname, der Geburtsname sowie der Doktorgrad übermittelt werden.

7.5.16.1.5 geburt (type.Geburt)

Die Übermittlung der Geburtsinformationen ist nur ohne die Nachweisdaten erlaubt.

7.5.16.1.6 anschrift (type.Anschrift)

Es darf nur die Anschrift der aktuellen Haupt- oder alleinigen Wohnung übermittelt werden.

Umsetzungshinweise:

Bei Anschriften im Geltungsbereich des MRRG sind mindestens der AGS, die Postleitzahl, die Gemeinde, der frühere Gemeindename und die Straße zu erfassen.

7.5.16.1.7 uebermittlungssperre (type.bzst.auskunftssperre)

Auf Grund der Sensibilität der mit dieser Nachricht übermittelten Information ist es erforderlich, den Empfänger auf bestehende Übermittlungssperren hinzuweisen (§ 21 Abs. 5 und § 21 Abs. 7 Nr. 2 MRRG), sofern deren Befristungsdatum nicht in der Vergangenheit liegt.

7.6 Rahmenbedingungen

Verbindliche Vorgaben für die Übermittlungen von Nachrichten gemäß § 139b AO mittels OSCI-Transport sind in [Abschnitt F auf Seite 1050](#) zu finden.

7.7 Versionshistorie

In diesem Abschnitt beschreiben wir die Versionshistorie der Nachrichten-Hauptgruppe *Bundeszentralamt für Steuern*.

7.7.1 Release OSCI-XMeld 1.5

CR 2009-6-7: Nachrichten 0500, 0502, 0504 und 0515: Postfachangaben in ruecksendeinfo-nichtzustellbarkeit

Das betroffene Kindelement wurde um einen Umsetzungshinweis ergänzt.

Aufnahme der Nachrichtenübersichtstabelle

In [Abschnitt 7.5 auf Seite 444](#) wurde die Nachrichtenübersichtstabelle ergänzt.

CR 2009-11-6: Ungültige Schlüsselangaben in Nachricht 0500 (Kindelement anforderungsartidnr, Abschnitt 7.5.1.2.1) Die (fehlerhafte) Aufzählung der Schlüsselwerte wurde gelöscht. Über die Seitenangabe und den Hyperlink ist der direkte Zugriff auf die Schlüssel der Tabelle 46 möglich.

CR 2009-17-1: Redaktionelle Überarbeitung des Kapitels Die vorgesehene redaktionelle Überarbeitung des Kapitels wird erst im Rahmen von OSCI-XMeld Release E erfolgen. Es wurde ausschließlich ein Hinweis zur Amtshilfe der Meldebehörden im Zusammenhang mit der Bearbeitung der Briefe bei der Nichtzustellbarkeit der IdNr-Benachrichtigung an den Bürger in [Abschnitt 7.3.2.4 auf Seite 430](#) aufgenommen.

7.7.2 Release OSCI-XMeld 1.4

CR 37-1: Erweiterung der Schlüsseltabelle 61 für die Nachrichten 0514 Die Schlüsseltabelle 61 wurde um die beiden Schlüssel "6 – Anforderung IdNr zurückgezogen" und "7 – Person im Melderegister nicht gefunden" ergänzt.

CRs 37-14, 45-4: Pattern erinnerungsstatus Bei der Übermittlung dieses Kindelementes sind nur noch folgende Werte erlaubt:

- "00"
- "1E" (1. Erinnerung)
- "2E" (2. Erinnerung)

CR 37-6: Begrenzung von Länge und Inhalt des simpleTypes `zeicheneinzelfall` (verwendet in den Nachrichten 0500, 0502, 0504, 0506, 0508, 0510 und 0514) Bei diesem Element dürfen maximal nur noch 25 Zeichen übermittelt werden. Außer den Zeichen `A..Z`, `a..z` sowie den Ziffern `0..9` sind maximal zwei Sonderzeichen erlaubt. Umlaute und das „ß“ gelten als Sonderzeichen.

CR 37-18, CR 37-26: Konkretisierung des Zuständigkeitsdatums in Nachricht 0504 In Nachricht `datenebermittlung.zustaendigkeitsteuerpflichtiger.0504` ist der Kommentar des Kindelementes `zustaendigkeitsdatum` überarbeitet worden: Das Datum des Wohnungsstatuswechsels ist als Zuständigkeitsdatum zu übermitteln.

CR 37-11: Neuer Umsetzungshinweis in Nachricht 0503 Es muss mindestens eine aktive oder eine inaktive Person innerhalb eines Konfliktfalls übermittelt werden. Es gibt keine Situation, bei der beide Elemente leer sind.

Mindestens zwei Personen innerhalb eines Konfliktfalls in Nachricht 0505 Da in Nachricht `datenebermittlung.konfliktmitteilung.0505` je Konfliktfall mindestens zwei Personen übermittelt werden müssen, wurde die Kardinalität des Kindelementes `konfliktfall.person` von `1..n` auf `2..n` geändert.

CR 37-12: Korrektur der Kommentare des Kindelementes `name` in den Nachrichten 0500, 0502, 0504 und 0514 wg. fehlendem Hinweis auf Ehe-/LP-Name In den Nachrichten `datenebermittlung.anforderungidnr.0500`, `datenebermittlung.aenderungsteuerpflichtiger.0502`, `datenebermittlung.zustaendigkeitsteuerpflichtiger.0504` und `datenebermittlung.briefnichtzustellbar.0514` ist der Kommentar des Kindelementes `name` korrigiert worden.

In diesem Zusammenhang wurde die Tabelle 7-1 angepasst sowie ein entsprechender Rechtshinweis aufgenommen (beides in [Abschnitt 7.1 auf Seite 417](#)).

CR 37-16 / Nachrichten 0500/0502/0504: Ausschließliche Übermittlung von Auskunftssperren, deren Befristungsdatum *nicht* in der Vergangenheit liegt Anpassung des Kommentars des Kindelementes `uebermittlungssperre` bei den genannten Nachrichten: Es dürfen ausschließlich Auskunftssperren übermittelt werden, deren Befristungsdatum nicht in der Vergangenheit liegt.

CR 37-21, CR 37-13: Erreichbarkeit der Meldebehörde im `type.bzst.139b.ao.konfliktfall.person` Eine Meldebehörde muss im Konfliktfall immer erreichbar sein. Daher wurde der neue Datentyp `type.Erreichbare.Meldebehoerde` als Kindelement `meldebehoerde` verwendet. Das Kindelement `type.Erreichbarkeit` ist damit obsolet und kann gelöscht werden.

CR 37-3: Umgang mit der Umbenennung von Straßen und Orten Folgende Änderungen haben sich in diesem Zusammenhang ergeben:

- Nachricht 0502: Anpassung der Dokumentation um herauszustellen, dass diese Nachricht nicht verwendet wird, wenn sie AGS oder Gemeindename ändern. In diesen Fällen ist die (neue) Nachricht 0515 zu verwenden.
- Nachricht 0515: Diese neue Nachricht ist zu verwenden, wenn dem BZSt Änderungen mitzuteilen sind, die auch den AGS und/oder den amtl. Gemeindennamen betreffen. Die Nachricht wird in der Beschreibung des Prozessmodells zum *laufenden Betrieb* (siehe [Abschnitt 7.3.2.2 auf Seite 428](#), [Bild 7-5 auf Seite 429](#) sowie [Abschnitt 7.3.13 auf Seite 437](#)) berücksichtigt.

CR 37-10: Nachricht 0503 strukturell überarbeitet wg. Häufigkeit der Personen Die Struktur wurde so überarbeitet, dass außer der den Konflikt auslösenden Person immer mindestens eine weitere (aktive oder inaktive) Person am Konflikt beteiligt ist.

Nachricht 0510 / Pseudo-Gemeindeschlüssel nicht an das BZSt übermitteln Nachricht 0510 wurde um einen Umsetzungshinweis mit folgendem Text ergänzt: 'Bei Vorliegen eines Pseudo-AGS (*„nach unbekannt“*, *„auf See“*, *„auf Reisen“*, etc) ist dieser nicht zu übermitteln.'

CR 37-35: Novellierung SGB IV: Übermittlung des früheren Gemeindennamens Anpassungen an verschiedenen Stellen inkl. Erweiterung des `anschrift`-Umsetzungshinweises in den Nachrichten 0500, 0502, 0504, 0510, 0511, 0514 und 0515: Übermittlung des *„früheren Gemeindennamens“* (DSMeld-Blatt 1204)

CR 34-1: Identifizierung nicht verarbeitbarer Einzelfälle innerhalb von Sammelnachrichten Um nicht verarbeitbare Einzelfälle innerhalb von Sammelnachrichten identifizieren und qualifizieren zu können, wurde der neue Datentyp `type.technische.einzelidentifikation` in folgenden Sammelnachrichten eingebunden:

- `datenuebermittlung.anforderungidnr.0500`
- `datenuebermittlung.antwortidnr.0501`
- `datenuebermittlung.aenderungsteuerpflichtiger.0502`
- `datenuebermittlung.konfliktmitteilunganausloeser.0503`
- `datenuebermittlung.zustaendigkeitsteuerpflichtiger.0504`
- `datenuebermittlung.konfliktmitteilung.0505`
- `datenuebermittlung.stornoanforderungidnr.0506`
- `datenuebermittlung.fehlerhaftennachricht.0508`
- `datenuebermittlung.zustaendigkeit.0509`
- `datenuebermittlung.endezustaendigkeitsteuerpflichtiger.0510`
- `datenuebermittlung.nichtzustaendigkeit.0511`
- `datenuebermittlung.briefnichtzustellbar.0514`
- `datenuebermittlung.umbenennungagswohnort.0515`

7.7.3 Release OSCI-XMeld 1.3.3

Mindestanforderungen bzgl. Anschriftdaten bei Nachrichten an das BZSt Bei Anschriften im Geltungsbereich des MRRG sind mindestens der AGS, die Postleitzahl, die Gemeinde und die Straße zu erfassen. In den betroffenen Nachrichten 0500, 0502, 0504, 0510, 0511 und 0514 wurde jeweils ein Umsetzungshinweis beim Kindelement `anschrift` aufgenommen.

Löschen und Aufbewahren von Daten In [Abschnitt 7.1.1 auf Seite 419](#) wird in einem neuen Passus über das Löschen und Aufbewahren von IdNr/VBM-Daten darauf hingewiesen, dass entsprechende Regelungen auf Landesebene festzulegen sind.

Löschung eines falschen Umsetzungshinweises in Nachricht 0514 Der beim Kindelement `zustaendigkeit` der Nachricht 0514 eingetragene Umsetzungshinweis ist falsch und wurde gelöscht.

Gelöschtes Kindelement `antwortstatus` in Nachricht 0501 Da ab OSCI-XMeld 1.3.2a nur noch ein Schlüsselwert (00 – „*Leistung erbracht*“) übermittelt werden durfte, war das Kindelement `antwortstatus` in Nachricht 0501 überflüssig. Daher wurde es gelöscht.

Neuanforderung der IdNr wegen irrtümlich gelöschter IdNr/VBM Im Falle einer irrtümlich gelöschten IdNr/VBM ist mit dem Schlüssel 06 eine Neuanforderung durchzuführen, sofern die Meldebehörde weiterhin für den Betroffenen zuständig ist, siehe auch [Abschnitt 7.3.10 auf Seite 434](#).

Zuordenbarkeit der Nachrichten 0501 bzw. 0508 nach Löschung IdNr/VBM Um nach einer meldebehördenseitigen Löschung der IdNr resp. des VBM eingehende 0501- bzw. 0508-Nachrichten zuordnen zu können, wurde der neue Datentyp `type.identifikation.bzst` definiert und in beiden Nachrichten (in Nachricht 0501 an Stelle des bisherigen Kindelementes `type.plausibilitaetsteuerpflichtiger`) verwendet.

Entfall von Ordens-/Künstlernamen Da durch die Novellierung des MRRG Ordens- und Künstlernamen nicht mehr übermittelt werden dürfen, wurden die entsprechenden Stellen angepasst.

Verbesserte Kommunikation im Konfliktfall Der Datentyp `bzst.139b.ao.konfliktfall1.person` ist um Informationen zur Meldebehörde ergänzt worden, damit eine schnelle Kommunikation im Konfliktfall möglich ist.

CR 37-9: Konkretisierung von Datentypen Die folgenden Datentypen sind auf Schema-Ebene konkretisiert worden (dies ist noch nicht Modell- und Spezifikationsbestandteil!):

- **IdNr**: Die gesetzliche Grundlage schreibt für die IdNr (§ 139b AO) eine 11-stellige Nummer vor, wobei die letzte Ziffer eine Prüfziffer ist.
- **VBM**: Die Codierung des VBM (Grundlage DSMeld) ist mit einer 20-stelligen Nummer vorzunehmen.
- Die Codierung des **konfliktkennzeichens** ist mit einer 9-stelligen Nummer vorzunehmen.
- Die Codierung der **dublettennummer** ist ebenfalls mit einer 9-stelligen Nummer vorzunehmen.
- Die Codierung der **versionsnummer** ist ebenfalls mit einer 9-stelligen Nummer vorzunehmen.
- Der **erinnerungsstatus** ist zweistellig.

Prüfzifferberechnung für die IdNr Der Algorithmus für die Prüfzifferberechnung der IdNr wurde aufgenommen.

Löschung der IdNr Im (neuen) [Abschnitt 7.1.1 auf Seite 419](#) wird die *“Problematik der Löschung der IdNr (bzw. des VBM)”* behandelt und einer Lösung zugeführt.

Angaben zu “Übermittlungssperren” und “Zuständigkeits(ende)daten” Diese Daten dürfen ab 01.11.2008 dem BZSt mitgeteilt werden. Die entsprechenden Kindelemente wurden überarbeitet. In diesem Zusammenhang ist der [Abschnitt 7.3.12 auf Seite 436](#) neu aufgenommen worden.

Klärungstabelle im Übersichtsabschnitt Der Klärungspunkt ist entfallen, da das BMF die derzeitige Verfahrensweise der Meldebehörden akzeptiert.

7.7.4 Patch OSCI-XMeld 1.3.2a

Angaben zu “Übermittlungssperren” und “Zuständigkeits(ende)daten” Diese Daten dürfen derzeit (Juni 2007) nicht dem BZSt mitgeteilt werden. Die entsprechenden Kindelemente wurden als optional gekennzeichnet, da wir davon ausgehen, dass eine entsprechende rechtliche Regelung kommen wird. Im einleitenden Text dieses Kapitels wird auf diesen Sachverhalt hingewiesen.

BZSt-Nachrichtenübersichtstabelle jetzt standardisiert und automatisch generiert Die bisher in [Abschnitt 7.2 auf Seite 420](#) manuell gepflegte Übersichtstabelle aller BZSt-Nachrichten ist entfallen. Statt dessen gibt es zu Beginn von [Abschnitt 7.5 auf Seite 444](#) eine automatisch generierte Tabelle, so dass die einzelnen Stellen, an denen die BZSt-Nachrichten beschrieben werden, einen identischen Inhalt haben.

Korrektur Rücknahme der Nichtzuständigkeit (inkl. Sonderfall “Korrektur Sterbedatum”) Bisher war davon ausgegangen worden, dass mit der Nachricht `dateneuebermittlung.endezustaendigkeitsteuerpflichtiger.0510` die Rücknahme der Nichtzuständigkeit (vier Sachverhalte) möglich ist. Dies ist nicht der Fall, da *“Nichtzuständigkeit”* auf Seiten der Meldebehörde bedeutet, dass VBM/IdNr gelöscht werden, so dass zu einem späteren Zeitpunkt diese notwendigen Identifikationsdaten für eine Nachricht `dateneuebermittlung.endezustaendigkeitsteuerpflichtiger.0510` überhaupt nicht mehr zur Verfügung stehen, so dass die Schlüssel 05 – 08 in Schlüsseltabelle 48 obsolet sind.

Um diesen Sachverhalt zu beschreiben, wurde der neue Abschnitt [Abschnitt 7.3.9 auf Seite 434](#) definiert. Darin werden sowohl die Rücknahme der Nichtzuständigkeit als auch der Sonderfall *“Korrektur Sterbedatum”* behandelt.

Nichtzustellbarkeit der IdNr-Benachrichtigung Das Prozessmodell zum Komplex *“Nichtzustellbarkeit der IdNr-Benachrichtigung”* ist neu, siehe [Abschnitt 7.3.2.4 auf Seite 430](#). In diesem Zusammenhang wurden die beiden Nachrichten `dateneuebermittlung.nichtmehrzustaendigkeit.0513` und `dateneuebermittlung.briefnichtzustellbar.0514` neu erarbeitet. Dabei wurde auch die neue Schlüsseltabelle 61 (*“Zuständigkeit”*) angelegt.

Rückweisung von Nachrichten Es wurde ein neuer Abschnitt zum Thema *“Rückweisung von Nachrichten”* eingeführt, siehe [Abschnitt 7.3.3 auf Seite 431](#).

Überarbeitung “Plausibilitätsprüfung” Dieser Abschnitt wurde überarbeitet, in dem grafischen Prozessmodell die Nachricht 0513 aufgenommen, siehe [Abschnitt 7.3.4 auf Seite 432](#).

Nachricht 0508 Ergänzung des Nachrichtenkommentars: Wenn in einer (beliebigen) Nachricht von einer Meldebehörde an das BZSt im Rahmen der Plausibilitätskontrolle ein Fehler entdeckt wird, so führt dies zu einer Nachricht 0508.

Überarbeitung Nachricht 0511 Aus Vereinheitlichungsgründen wird in Nachricht 0511 statt der Kind-elemente `steueridentifikation` und `plausibilitaetsteuerpflichtiger` jetzt das Element `bzst.139b.ao.konfliktfall.person` verwendet.

Kommentaränderung im Element `bzst.139b.ao.konfliktmanagement/versionsnummer`

“Ein Konfliktfall wird nur bei Zuständigkeitswechsel durch Umzug vom BZSt fortgeschrieben. ...”

7.7.5 Release OSCI–XMeld 1.3.2

Aufgrund der vollständigen Überarbeitung dieses Kapitels ist eine detaillierte Versionshistorie nicht sinnvoll. – Das Kapitel sollte daher *wie ein neues* gelesen werden.

7.7.6 Release OSCI–XMeld 1.3.1

In ??? (Hinweis: Dieser Link ist ab OSCI–XMeld 1.3.2 nicht mehr gültig!) wird jetzt die Änderung im Rückmeldungs-Prozessmodell (siehe [Bild 4-1 auf Seite 169](#)) berücksichtigt, aus der hervorgeht, dass *immer* eine Rückmeldungsauswertungsnachricht `rueckmeldung.auswertung.0203` geschickt wird.

7.7.7 Release OSCI–XMeld 1.3.0

Die Namensänderung des “Bundesamtes für Finanzen” in “Bundeszentralamt für Steuern” ab 01.01.2006 wurde überall berücksichtigt. Damit verbunden waren Änderungen sowohl in den beschreibenden Texten als auch auf struktureller Ebene.

7.7.8 Release OSCI–XMeld 1.3

In den Nachrichten `datenuebermittlung.anforderungidnr.0500`, `datenuebermittlung.aenderungsteuerpflichtiger.0502` und `datenuebermittlung.zustaendigkeitssteuerpflichtiger.0504` wurde mit Hilfe eines entsprechenden Attributes (*ruecksendeinfonichtzustellbarkeit*) dafür Sorge getragen, dass bei Nichtzustellbarkeit eines vom BZSt verschickten Briefes eine Weiterleitung an die jeweils zuständige Meldebehörde erfolgt.

7.7.9 Release OSCI–XMeld 1.2

Die Nachrichten-Hauptgruppe *Bundeszentralamt für Steuern* ist im Rahmen des Projektes OSCI–XMeld 1.2 neu entwickelt worden. Da der Datenaustausch gemäß § 139b AO ganz neu entwickelt werden musste, und da auf Seiten des BZSt das zugehörige Fachverfahren erst noch aufgebaut wird, ist von Konsolidierungsbedarf auszugehen. Wir gehen davon aus, dass es im ersten Halbjahr 2005 zu Integrations-tests kommen wird. Deren Ergebnisse werden für die nächste Version von OSCI–XMeld zu einer Konsolidierung der Nachrichten an das BZSt führen.